

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 38. Jahrgang
229 | Mai/Juni 2015 EUR 2,00

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Totgesagte leben länger

Was Prekarisierung und Klassenbewusstsein (noch nicht) miteinander zu tun haben

Die Zombies sind zurückgekehrt, und zwar im Ruhrgebiet, in Berlin und Bremen, in Mecklenburg-Vorpommern und im Großraum Köln/Düsseldorf. Zumindest liegen die Armutsquoten dort etwa zwischen 16 und 25 Prozent, auch wenn die Bundesregierung ständig beteuert, dass es den Menschen in der BRD so gut gehe wie nie. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kommt in seiner jährlichen Studie zu einem anderen Ergebnis: 12,5 Millionen Menschen in Deutschland sind arm. Alleinerziehende, Erwerbslose, Kinder, Jugendliche und RentnerInnen sind besonders von Armut betroffen.

Noch mehr Menschen sind mit prekären Lebenslagen und Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert. Letztere zeichnen sich durch Befristung, Teilzeit, Zeitarbeit und Geringfügigkeit aus. Das trifft nicht nur auf die sogenannten Geringqualifizierten zu, sondern auch auf junge AkademikerInnen oder gut ausgebildete Selbstständige und FreiberuflerInnen. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität, die Seminare für einen umgerechneten Stundenlohn von drei Euro gibt, der minijobbende Supermarktkassierer, die pro Zeile bezahlte freiberufliche Journalistin oder der Altenpfleger, der von einem befristeten Job in den nächsten taumelt: Bei allen Unterschieden – prekär sind sie doch alle irgendwie.

Solche Beschäftigungsverhältnisse führen zu einer mangelnden sozialen Absicherung in allen Bereichen. Aber auch Zeitmangel, Immobilität und Verdrängung an die Stadtränder sind die Folgen für die prekär Beschäftigten. Und wer seine Arbeitsstelle häufig wechselt, die KollegInnen nur noch auf dem Sprung trifft, weil gemeinsame Pausen nicht mehr einkalkuliert sind oder vereinzelt für sich selbst schuftet, der hat es um einiges schwerer, Widerstand gegen diese Zustände zu leisten.

Die Prekarisierung der Beschäftigung kommt den ArbeitgeberInnen also nicht nur entgegen, weil sie auf diese Weise kräftig an Lohnkosten und Sozialabgaben sparen, sondern auch, weil mit einer wirksamen betrieblichen oder gewerkschaftlichen Organisierung unter diesen Umständen kaum noch zu rechnen ist. Auch die Einführung des Mindestlohns, der zudem von zahlreichen Ausnahmen unterlaufen wird, verspricht langfristig keine Verbesserung für die prekär Beschäftigten. Eine andere Frage ist sowieso, ob er gezahlt wird: Laut *Süddeutsche Zeitung* läuft die Mindestlohn-Hotline des DGB zwar heiß, doch nur wenige AnruferInnen seien bereit, ihr Recht auch durchzusetzen und der Zoll habe ohnehin nicht genügend Personal, um flächendeckende Kontrollen durchzuführen.

Da ist es spannend, den Blick auf die USA zu richten, wo momentan die Kampagne „Fight for $15“ für die Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Dollar kämpft. In der Kampagne sind vor allem prekär Beschäftigte organisiert: Fast-Food-ArbeiterInnen, VerkäuferInnen, Pflege- und Putzdienste, ErzieherInnen, Flughafenpersonal und BauarbeiterInnen. Im April machten sie mit Streiks und Demonstrationen auf ihre Forderung aufmerksam, in New York wurde eine McDonalds-Filiale gestürmt und in Seattle konnte sogar erfolgreich eine Lohnerhöhung für 40.000 Menschen durchgesetzt werden. Besonders interessant ist, dass sich an den Universitäten auch Lehrbeauftragte ohne Festanstellung der Bewegung angeschlossen haben. Denn hierzulande wird gerne bezweifelt – und zwar nicht nur von SoziologInnen, sondern auch von GewerkschafterInnen – dass Allianzen zwischen den Prekären der verschiedenen Schichten möglich sind. Zu groß sei die Angst vorm Abstieg bei den AkademikerInnen, selbst wenn dieser sich auf der Gehaltsabrechnung längst vollzogen hat.

Urheber: Findus

Im jungen 21. Jahrhundert muten die Arbeitsbedingungen auch in Mitteleuropa häufig wie vor 150 Jahren an. Da ist es nicht verwunderlich, dass selbst in den großen Medien hin und wieder die Rede von der „Zombiekategorie“ ist. So bezeichnete jedenfalls der kürzlich verstorbene Soziologe Ulrich Beck den Klassenbegriff. Bislang sind die Zombies jedoch nicht wirklich zurückgekehrt – trotz der beständig größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich. Die soziale Frage wird in der BRD nur äußerst zaghaft gestellt, die vereinzelten Arbeitskämpfe werden selten mit einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik verknüpft, noch seltener haben die Kämpfenden ein klares Klassenbewusstsein. Obwohl den Paketzusteller und die Lehrbeauftragte eint, dass sie ihre Arbeitskraft unter ziemlich miesen Bedingungen verkaufen müssen – auch wenn sie verschiedenen Schichten angehören. Hier kann die aktuelle Kampagne in den USA inspirieren. Eine lautstarke und enthusiastische Picket-Line vor dem ein oder anderen Fast-Food-Lokal oder auf dem Campus wirkt nämlich ziemlich lebendig. Da könnte sich die in vielen Bereichen recht tote Gewerkschaftsbewegung in der BRD mal eine Scheibe von abschneiden – vielleicht ein erster kleiner Schritt zur Auferstehung.

Silke Bremer

Einheit durch Vielfalt

Die Basis der Gewerkschaften demonstriert gemeinsam gegen das Tarifeinheitsgesetz

Rund 1.000 GewerkschafterInnen fanden sich am 18. April in Frankfurt am Main ein, um gemeinsam gegen die von der großen Koalition geplante gesetzliche Tarifeinheit zu demonstrieren. Fahnen der Lokführergewerkschaft GDL, von ver.di und GEW sowie natürlich von der FAU wehten einmütig nebeneinander bei der gewerkschaftsübergreifenden Demonstration des Bündnisses „Hände weg vom Streikrecht“.

Nachdem im März die erste Parlamentsdebatte zur Tarifeinheit stattfand und auch der weitere Fahrplan bekannt ist, war es für das Bündnis höchste Zeit, eine solche Demonstration zu organisieren. Auch einige Einzelgewerkschaften des DGB lehnen das Gesetz ab, doch beteiligten sich nur einzelne Verwaltungsstellen und Lokalgruppen von ver.di und GEW an der Demonstration, die NGG offiziell gar nicht. Während diese drei Gewerkschaften auf eine Unterschriftenkampagne setzen, rechnen die Berufsgewerkschaften Marburger Bund und cockpit damit, dass das Bundesverfassungsgericht den Gesetzesentwurf kippen wird.

Das Kalkül wird allerdings nicht aufgehen: Zwar ist damit zu rechnen, dass das Gesetz gekippt wird, allerdings wird das Bundesverfassungsgericht mit der Urteilsbegründung auch die Erläuterung liefern, wie ein entsprechendes Gesetz denn „verfassungskonform“ aussehen könnte. Abgesehen davon ist so ein Prozess nicht an einem Tag geführt – zwischen Gesetzesbeschluss und Gerichtsurteil kann eine Menge Porzellan zerschlagen werden.

Unterdessen sind sich nicht nur die Gewerkschaften innerhalb des DGB uneinig, wie mit dem Gesetzentwurf umzugehen ist, auch SPD und CDU sind sich uneins. Der Wirtschaftsflügel der CDU äußerte nur einen Tag vor der Demonstration, dass es „Nachbesserungsbedarf“ bei dem Gesetz gebe, weil es Streiks im Falle von „nicht anwendbaren Tarifverträgen“ nicht explizit verbieten würde. Sprich: Die CDU würde den kleineren Gewerkschaften das Streiken gerne gleich ganz verbieten. Wenn die SPD dies damit kommentiert, dass der CDU-Wirtschaftsflügel hier hart am Abgrund der Illegalität stehe, müsste sie sich entsprechend eigentlich auch an die eigene Nase packen. Kritik an der Position des Wirtschaftsflügels kommt aber auch aus dem Sozialflügel der CDU.

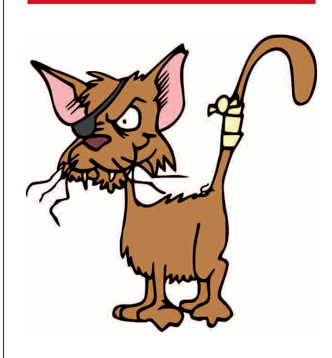
Ebenfalls einen Tag vor der Demonstration scheiterten die Verhandlungen zwischen der Deutschen Bahn AG und der GDL und in der Woche, in der diese Zeitung in Druck ging, werden neue Streiks der GDL stattgefunden haben. „Die Bahn machte der GDL ein Angebot, das lautet: Wir werden euch ein Angebot machen“, fasste der GDL-Vizevorsitzende Norbert Quitter in seiner Rede zusammen. Offenbar spielt die DB AG auf Zeit und wartet auf die Verabschiedung des Gesetzes – und wäre damit die lästigen Forderungen der GDL los.

Norbert Quitter betonte auch die Solidarität der GDL mit den laufenden Streiks bei der Post und in den KiTas. Damit erfasste er den solidarischen Sinn der Demonstration: Sowohl FAU-Redner Rudolf Mühland wie auch Dörte Stein, die für das Bündnis durch die Demonstration führte, betonten die Wichtigkeit der Akzeptanz von Vielfalt als Grundlage für eine von unten entstehende Einheit, die eben nicht zwangsläufig in ein und derselben Gewerkschaft stattfinden muss.

Abschließend sprach Arbeitsrechtler Rolf Geffken aus juristischer Perspektive über das Streikrecht. Die Kernaussage seiner Rede kann man nur unterstreichen: Das Streikrecht wir am besten verteidigt, erhalten und erweitert, indem man streikt. Ein Streikrecht als Grund- und Menschenrecht wurde den ArbeiterInnen nicht geschenkt, sondern mit wirtschaftlichem Druck erkämpft.

Erik Dickmann

Catwalk



Prekäre Zeiten...

Schon seltsam: Am 1. Mai gedenkt die ArbeiterInnenbewegung den Streiks zur Durchsetzung des Achtstundentags. 129 Jahre später müssen viele Lohnabhängige deutlich mehr als acht Stunden täglich schuften. Egal, ob sie mehrere Jobs machen, um sich über Wasser zu halten oder unbezahlte und gar „freiwillige“ Überstunden leisten. Die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse nimmt zu. Diese Ausgabe beleuchtet solche Verhältnisse in verschiedenen Branchen: im Gebäudereinigungswesen, in der Sozialen Arbeit, bei den Paketdienstleistern und in der Fleischindustrie. Der Widerstand dagegen kommt auf den nächsten Seiten Einigen vielleicht ein bisschen kurz. Doch es gibt auch Mut machende Beispiele: Bei UPS in Hannover wollen einige Beschäftigte die miesen Bedingungen nicht mehr hinnehmen und erhalten Unterstützung durch ein Solidaritätskomitee (Seite 3). Die Streiks im Öffentlichen Dienst der Länder waren zwar alles andere als kämpferisch – aber gerade deshalb stoßen basisdemokratische Ideen auf den Demos bei KollegInnen auf zunehmendes Interesse (Seite 7). Und Mag Wompel hält auf Seite 4 ein Plädoyer für mehr Solidarität im Alltag. Also: Im Supermarkt nicht gleich austicken, wenn die zweite Kasse nicht geöffnet wird!

Mall of Shame

Sechs Monate später noch immer keinen Lohn! Aber: Den Klagen von zwei um ihren Lohn betrogenen Bauarbeitern bei der Mall of Berlin wurde am 10. April in einem Versäumnisurteil vor dem Arbeitsgericht stattgegeben. Das dubiose Subunternehmen war bei der Verhandlung nicht anwesend. Ein großer Erfolg für die kämpfenden Arbeiter! Am 14. und 20. April wurden außerdem weitere Klagen verhandelt. Auf einer kämpferischen Demo Ende April verliehen die Arbeiter und ihre UnterstützerInnen den Forderungen erneut lautstark Ausdruck. Doch: So ein lang andauernder Kampf kostet nicht nur Durchhaltevermögen und starke Nerven, sondern auch Geld. Deshalb freuen sich die Kollegen und die FAU Berlin nach wie vor über Spenden:

Allgemeines Syndikat Berlin
IBAN: DE45 1605 0000 3703 0017 11
BIC: WELA DE D1 PMB
Verwendungszweck: Arbeitskampf MoS

Mehr Infos unter: berlin.fau.org/kaempfe/mall-of-shame

FAU-Ticker

+++ Die FAU Berlin kämpft weiterhin mit sieben rumänischen Arbeitern der Mall of Berlin um die vollständige Auszahlung ihrer Löhne. Während die arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen weitergehen (siehe Catwalk Seite 1), fand am 25. April erneut eine Demonstration direkt an der Mall of Berlin statt. +++ Die FAU Dresden engagiert sich weiter gegen Pegida und rassistische Kundgebungen im Umland. +++ Gleichzeitig trat die BNG-FAU Dresden mit einer Pressemitteilung zu rassistischen Einlasskontrollen in der Gastronomie an die Presse und bietet betroffenem Personal, welches derartige Anweisungen erhält, aber auch betroffenen KundInnen mediale und juristische Unterstützung an. +++ Außerdem unterstützte die FAU Dresden Streikkundgebungen der LehrerInnen und Kita-MitarbeiterInnen vor Ort und informierte in Vorträgen über anarchosyndikalistische Gesellschaftsentwürfe und die aktuellen Organisationsbemühungen im Gastro-Bereich. +++ Die FAU Hannover beteiligte sich an den Warnstreiks im öffentlichen Dienst. +++ Desweiteren organisierte die FAU Hannover je eine Veranstaltung mit der Gefangenengewerkschaft GG/BO und der Anti-Knast-Gruppe Bielefeld, eine dritte Veranstaltung zum Thema ist in Planung. +++ Die FAU Köln beteiligte sich im März erneut am monatlichen Smartmob „Pflege am Boden", eine bundesweite Basisinitiative gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Pflege. +++ Außerdem veranstaltet die FAU Köln zurzeit mit weiteren anarchistischen Gruppen die libertären Wochen in Köln (siehe Termine). +++ Die FAU Münsterland arbeitet an einer Neuauflage der Broschüre „Dein Recht im Minijob". Sie wird auch online unter www.fau-muensterland.de veröffentlicht und regelmäßig mit aktuellen Infos ergänzt. +++

Liebe Leserinnen und Leser,

in Ausgabe 219 hat die DA *schon einmal einen Schwerpunkt zu prekärer Arbeit gebracht. Das ist noch nicht lange her. Nun ist es nicht so, dass uns keine anderen Themen einfallen. Doch das Ausmaß, mit dem wir im Alltag und bei der gewerkschaftlichen Arbeit mit Prekarisierung konfrontiert werden oder selbst davon betroffen sind, ist immens. Gerade im Gespräch mit jungen Leuten macht sich eine große Unsicherheit bemerkbar. Da ist es nicht verwunderlich, dass es auch im sozialen und kulturellen Bereich einen Rollback hin zu konservativen oder gar reaktionären Lebensentwürfen zu geben scheint, von denen man glaubte, vorherige Generationen hätten sie längst hinter sich gelassen. Und auch den Älteren fällt regelmäßig die Kinnlade herunter, wenn sie nach jahrelanger Schufterei auf ihren kargen Rentenbescheid blicken. Der Wunsch nach Sicherheit wird umso größer. So fragten wir uns auch, welche Sicherheiten das „Konzept Klasse" noch zu bieten hat, das vielen unzeitgemäß und überholt erscheint. Die syndikalistische Praxis lehrt uns jedoch: Kaum etwas schweißt enger zusammen, als gemeinsam durchgestandene Kämpfe und gelebte Solidarität. Dies führte uns auch unsere Kollegin Emmely stets vor Augen, die sich mutig und kämpferisch mit Unterstützung Anderer gegen ihre Kündigung bei der Supermarktkette Kaiser's wehrte. Die erlebte Solidarität trug sicher dazu bei, dass Emmely auch nach ihrem Sieg weiterhin aktiv und engagiert blieb. Nun ist sie viel zu früh gestorben – wir sind traurig über ihren Tod.*

Eure Redaktion „Betrieb und Gesellschaft" aus Hannover

Noch eine Mitteilung in eigener Sache: Pfingsten findet wie jedes Jahr der FAU-Kongress statt. Hier werden auch etliche Mandate für die Direkte Aktion *neu besetzt. Einige von uns sind bereits zwei Jahre oder länger für diese Zeitung aktiv. Sie stellen sicher, dass ihr alle zwei Monate eine neue* DA *lesen könnt, mit einzigartigen Texten und anarchosyndikalistischem Standpunkt.*

Sicherlich ist es manchmal zu spüren, dass wir ehrenamtlich tätig sind und uns daneben noch in unseren FAU-Gruppen engagieren. Dennoch denke ich, dass wir meistens am Puls der Zeit sind sowie oft genug die Debatten führen, die sich mit den aktuellen Problemen in Betrieb und Gesellschaft auseinandersetzen. Ferner sind wir eines der wenigen libertären Medien, das seit fast vier Jahrzehnten mit starkem Fokus auf die Arbeitswelt die Fahne der Bewegung hochhält und ihr eine Plattform bietet.

Für viele aus der aktuellen DA*-Redaktion wird mit der nächsten Ausgabe Schluss sein. Wir hoffen, dass sich engagierte Menschen für die künftige Arbeit in den Redaktionen, Layout, Lektorat und Abo-Verwaltung finden, damit Ihr auch künftig noch eine spannende Zeitung zu lesen bekommt. Wir freuen uns auch über Input von Nicht-Mitgliedern der FAU, zum Beispiel Diskussionsbeiträge, Themenvorschläge oder LeserInnenbriefe. Schreibt uns doch einfach an.*

Christian Horn, verantwortlich für die DA-Koordination

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen .... FAU Bremen, c/o Jugendhaus Buchte, Buchtstraße 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90
Celle .... Kontakt über Hannover
Flensburg .... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hameln .... FAU Hameln, c/o Freiraum, Walkemühle 1a, 31785 Hameln, <fauhm@fau.org>, 1. Do. im Monat, 19.30 Uhr
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 30, 30167 Hannover. <fauh-kontakt@fau.org>, (0151) 65754116
Treffen: 1. und 3. Di. im Monat 20 Uhr,
Offener Abend: letzten Di. im Monat, 20 Uhr,
Allgemeines Syndikat / GGB: 2. Di. im Monat, 20 Uhr,
Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe (GGB), PF 2272, 30022 Hannover, <ggb-hannover@fau.org>, (0151) 65785054, Büro: Di. 16 - 18 Uhr,
Kiel .... FAU Kiel, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>, Anrufbeantworter (0431) 57091884, Mobil (0171) 4848451
Oldenburg .... Kontakt über Bremen
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern .... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar .... Kontakt über Westmecklenburg
Wolfsburg .... Kontakt über Hannover

Region Süd

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/Main
Frankfurt/Main. FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>,
Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr,
Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG);
Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12
Karlsruhe .... FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>
Lich .... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz .... Kontakt über Frankfurt/Main
Mannheim .... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphornstr. 38, 68169 Mannheim, Mo. (ungerade Wochen), 20.15 Uhr, <fauma-sekretariat@fau.org>
München .... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Mi. (gerade Wochen), 19 Uhr
Neustadt/W. .... FAU Neustadt/Weinstr., (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, Newsletter: faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>
Offenbach .... Kontakt über Frankfurt/Main
Regensburg .... FAU Regensburg, Mo. 19 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Stuttgart .... FAU Stuttgart, c/o Stadtteilzentrum Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137
Saarland .... Kontakt über Neustadt/Weinstraße
Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

Region West

Bielefeld .... FAU Bielefeld/OWL, Metzerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, <faubi@fau.org>, (01573) 7957110
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi. 20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171
Duisburg .... FAU Duisburg, c/o Syntopia, Gerokstr. 2, 47053 Duisburg, 1. So. 19 Uhr im Monat, <faudu@fau.org>
Düsseldorf .... FAU Düsseldorf, Volmerswerther Straße 6, 40221 Düsseldorf, 3. Do. im Monat, <faud -kontakt@fau.org>, (0179) 3258648
Koblenz .... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Köln .... FAU Köln, c/o SSK, Liebigstr. 25, 50823 Köln, Treffen: Mo. 14-tägig, 19 Uhr, <fauk@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster .... FAU Münsterland, c/o Selbstverwaltetes Zentrum, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Treffen: 3. Mi im Monat, <faums@fau.org>
Solingen .... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

Region Ost

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg .... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, (030) 287 008 04, Offenes Büro: Fr. 17 – 20 Uhr.
Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19 Uhr.
Allgemeines Syndikat, 2. Mi. im Monat, 19 Uhr.
Sektion Kultur, 1. Do. im Monat, 20 Uhr, <faub-kultur@fau.org>
Sektion Bildung, 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>
Sektion Bau und Technik, 4. Mo. im Monat, 17.30 Uhr, <faub-bautec@fau.org>
Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <faub-prekaer@fau.org>
Foreign Members Section, 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... Initiave FAU Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>
Dresden .... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, BNG <bng-dd@fau.org>, (0151)41414360, Treffen: 2. Mi. im Monat, 20 Uhr, Cafe 100, Alaunstr. 100
4. Do. im Monat, 19 Uhr, Wums e.V., Columbusstr. 2
Halle/Saale .... FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, 1. So im Monat, 19 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig, Präsenzzeit: Do. 17 – 18 Uhr, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Magdeburg .... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>
Thüringen .... FAU Erfurt/Jena, c/o veto, Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>
Treffen im Infoladen Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena

Anarchosyndikalistische Jugend (ASJ)

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen .... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>
Herne/Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

FAU im Netz - www.fau.org

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort", Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend", Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb".

Regionalkoordinationen

Nord .... FAU Bremen <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Moers und FAU Duisburg <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

Schweiz

Bern .... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

Österreich

Wien .... Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

UPS das Fürchten lehren

Trotz Betriebsratsverhinderung erzielt die Organisierung beim Paketdienstleister erste kleinere Erfolge

Mit der Gründung der Betriebsratsliste „Frischer Wind" regte sich bei UPS in Hannover-Langenhagen Widerstand gegen die miserablen Beschäftigungsverhältnisse. So wird in der Hauptumschlagsbasis (HUB) ausschließlich mit Befristung und Mini-Verträgen von 3,5 Stunden täglich gearbeitet – nicht sozialversicherungspflichtige Überstunden einkalkuliert. Die neue Liste war auch eine Reaktion auf den seit Jahren untätigen, arbeitgeberfreundlichen Betriebsrat. UPS setzte alles daran, die neue Liste zu verhindern: Fritz W., einer der Initiatoren vom „Frischen Wind", wurde zeitweilig aus fadenscheinigen Gründen gekündigt und hat inzwischen seine Wiedereinstellung erkämpft. Mit ihm sprach die DA *über Strategien, die der gezielten Verhinderung gewerkschaftlicher Organisierung bei großen Unternehmen entgegen gesetzt werden können und fragte nach, wie nützlich die betriebliche Interessenvertretung als Mittel in einem scheinbar rechtsfreien Raum ist.*

Du machst gerade eine ambulante Reha. Hat die Maßnahme etwas mit deinem Arbeitsalltag und deiner Auseinandersetzung bei UPS zu tun?

Ja, ich habe da reichlich Federn gelassen und kämpfe nun mit den Folgen der jahrelangen Quälerei, der ich bei UPS ausgesetzt war. Seit 1996 warte und repariere ich im Schichtdienst die Zustellfahrzeuge, bin also schon lange im Betrieb. Nachdem ich meinen ersten Bandscheibenvorfall hatte, wehte mir ein anderer Wind entgegen. Man fing an, mir körperlich schwerere Arbeiten häufiger zuzuteilen. Am Ende wurde ich bis zu 40 Mal am Tag kontrolliert, ob ich an meinem Arbeitsplatz bin.

In Ditzingen ging ein Betriebsrat gegen die prekäre Beschäftigungslage bei UPS vor. Schließlich konnte ver.di vor Gericht ein Urteil erwirken, das zur unmittelbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen führte. Was hat dich bewogen, selbst im Betrieb aktiv zu werden?

Die Arbeitslast wurde immer größer. 2012 erfolgte die erste Abmahnungswelle, von der auch ich nach längerer Krankheit betroffen war. Blauäugig wandte ich mich an den Betriebsrat, der ein Gespräch vereinbarte. Am Termin saßen meine beiden direkten Vorgesetzten und jemand von der Personalabteilung da, aber der Betriebsrat ließ mich hängen. Ich sagte mir: „Das kann's nicht sein, das ist doch die Arbeitnehmervertretung!" Da überlegte ich, mich selbst zur Wahl aufzustellen. Zeitgleich eskalierte die Situation immer mehr. Andere KollegInnen hatten sich schon mit dem Mann in Ditzingen in Verbindung gesetzt und eine Internetrecherche gestartet. Schließlich kamen wir in Kontakt mit dem ITF-Organizer (Internationale Transportarbeiter-Föderation) Ramazan Bayram, der uns bei der Betriebsratskandidatur unterstützte und den Kontakt zu ver.di herstellte.

Schließlich habt ihr die neue Betriebsratsliste „Frischer Wind" gegründet.

Unser Kreis traf sich zum ersten Mal im Januar 2014 mit dem Ziel, eine eigene Liste aufzustellen. Nachdem die Wahlausschreibung erstmalig aushing – und zwar 14 Tage nach dem Erlassdatum – reichten wir unsere Eigene ein. Damit war der Betriebsratsvorsitzende vollkommen überfordert. Schließlich wurde unsere Liste abgelehnt, weil es hieß, wir hätten die Frist nicht eingehalten, denn die Wahlausschreibung hinge schon ab Erlassdatum aus. Vor Gericht stellten wir einen Eilantrag auf Zulassung und ich gab eine eidesstattliche Erklärung ab, dass die Liste erst seit einem Tag aushing, was ich zuvor täglich überprüft hatte. Die gegnerische Seite stritt alles ab und legte Unterschriften von Leuten – vor allem aus dem Management – vor, die das Gegenteil behaupteten. Im Endeffekt gab der Richter unserem Antrag nicht statt, es wurde gewählt und wir fochten die Wahl an. Nun zieht sich der Prozess wie Kaugummi, der Richter ist sehr arbeitgeberfreundlich. Unsere Argumente sind, dass mit dem Aushang und dem Erlassdatum getrickst wurde, aber vor allem, dass die Liste nur auf Deutsch aushing, obwohl bei uns im Betrieb 70 Prozent der KollegInnen einen Migrationshintergrund haben und nicht gut Deutsch sprechen.

Welche Ziele und Forderungen habt ihr?

Bei den ZustellerInnen ist es die große Arbeitslast, die täglich eingeplanten Überstunden. Dadurch spart UPS eine Menge Leute ein. Im HUB-Bereich ist klar: Wir fordern eine bessere Absicherung! Mit einem 3,5-Stunden-Vertrag hat man Schwierigkeiten, eine Wohnung zu mieten. In Stuttgart verweigerte ein Betriebsratsvorsitzender die Zustimmung zu neuen Einstellungen, bevor die bestehenden Verträge nicht aufgestockt würden. Das Arbeitsgericht gab ihm Recht. Mit diesem Urteil ist UPS einfach nach Hause gegangen und hat 200 neue Leute eingestellt. Es wird etwas gerichtlich erstritten und das Unternehmen setzt sich ohne Folgen darüber hinweg! Außerdem sind knapp die Hälfte der Betriebsräte bei UPS in Arbeitgeberhand. Da Hannover einer der größten Standorte ist, wackelt die Mehrheit im Gesamtbetriebsrat. Deshalb wehrt sich UPS auch so heftig. In der Türkei hat die Gewerkschaft TÜMTIS UPS das Fürchten gelehrt. Sie hat mit einem geringen Organisierungsgrad angefangen und ist mittlerweile bei über 90 Prozent. Solche Beispiele geben mir Mut. Auch der Rückhalt in der Belegschaft ist groß. Nach meiner Kündigung erhielt ich öfter Anrufe, wie es mir geht und ob ich schon etwas erreicht habe – das bestärkt.


Foto: Angelika Wilke

Fritz W. mit seinen KollegInnen und Günter Wallraff auf der ver.di Betriebsrats-Logistiktagung im Oktober 2014 in Hannover.

Unmittelbar vor der Verhandlung deiner Kündigung in Neuss ist UPS eingeknickt. Wie fühlt es sich an, den größten privaten Paketdienstleister der Welt in die Knie gezwungen zu haben?

Das wird mir erst langsam bewusst. Ich habe ja aus der Not heraus gehandelt und die Nerven lagen blank. Die Verhandlung war übrigens absichtlich in Neuss, da wir wussten, dass der Arbeitsrichter in Hannover tendenziös ist. UPS lässt zu solchen Prozessen gerne Vorgesetzte auffahren, um die Leute einzuschüchtern – die sollten dann wenigstens nach Neuss gekarrt werden. Dieser Aufwand war ihnen wohl zu groß. Gleichzeitig hat die ARD einen 45-Minüter zum Thema Union Busting gedreht, in dem auch mein Fall geschildert wird und für den sie eine Drehgenehmigung beantragt hatte. Darüber wurde UPS informiert und gab auf. Nach drei Berichten im NDR und so viel negativer Presse war es ihnen doch zu viel. Trotzdem bin ich mir sicher, dass der Kampf für mich noch lange nicht vorbei ist.

In Hannover hat sich inzwischen ein Solidaritätskomitee zur Unterstützung ähnlicher Fälle gegründet.

Nach meiner Kündigung war ich zunächst mein eigenes Soli-Komitee, da ich weiter aktiv bleiben wollte. Bei meiner Recherche bin ich auf den Fall „Emmely" gestoßen, wo es damals ein erfolgreiches Soli-Komitee gab. Die Aktionsform gefiel mir. Ich begann, Briefe zu schreiben und konnte mich mit Günter Wallraff in Verbindung setzen und erreichen, dass er einen offenen Brief an die Medien in Hannover schrieb mit der Bitte, mich zu unterstützen. Außerdem habe ich weitere Solidaritätsbekundungen gesammelt und veröffentlicht. Das Komitee gründeten wir, nachdem ich wieder eingestellt war.

Was sind die Ziele des jetzigen Komitees?

Vernetzung und Vertiefung der geknüpften Beziehungen: wir können Aktionen durchführen, die sich nicht nur auf UPS und die Logistikbranche beschränken – je nachdem, wo es gerade brennt. Große Gewerkschaftsapparate sind ja in der Regel schwerfällig, im Komitee kann man Kräfte bündeln und kleinere Soli-Aktionen durchführen. Es wäre gut, wenn das soziale Gewissen, das wir in der Öffentlichkeit wach gekitzelt haben, nicht gleich wieder verpufft.

Siehst du abseits von Betriebsräten und juristischen Mitteln andere Wege, wie man Rechte erkämpfen und durchsetzen kann?

Bei UPS nicht – die nutzen die Situation so eiskalt aus, da hat man keine andere Chance. In Neuss hat UPS drei „Labour-Relations-Abteilungen", nur um herauszufinden, wo Unmut und Unruhe aufkommen. Unter den MitarbeiterInnen werden Zufriedenheitsumfragen durchgeführt, um gewerkschaftliches Engagement zu verhindern und die aufrührerischen Leute gleich loszuwerden. Einem solchen Machtapparat kann man nur etwas mit Arbeitnehmervertretungen im Rahmen gewerkschaftlicher Organisierung entgegen setzen.

Was gibst du KollegInnen mit auf den Weg, die sich in einer ähnlichen Situation wie du befinden?

Handeln, sich auflehnen und Verbündete suchen! Es ist klar – ohne Kampf geht es nicht. Denn Union Busting und Methoden à la *Schreiner und Partner* greifen immer mehr um sich, werden besser und perfider. Da hilft es nur, Öffentlichkeit herzustellen und sich die Rechte nicht abkaufen zu lassen. Leider tendieren viele Arbeitsgerichte zu Vergleichen und diejenigen, die betrügen und falsche eidesstattliche Versicherungen abgegeben, gehen straffrei aus. Es gibt auch viel zu wenig Anzeigen, die sich auf Paragraph 119 im Betriebsverfassungsgesetz beziehen. Das könnte eine scharfe Waffe sein, die aber nicht richtig genutzt wird.

Interview: Silke Bremer

Kolumne Durruti



Medialer Amoklauf

Um den 20. März ließ die Lufthansa durch ihre Personalvorsitzende Bettina Volkens die Fraktionen des Bundestags wissen, dass ihr der Eingriff ins Streikrecht durch das Tarifeinheitsgesetz nicht genügt. Dieser müsse „nachgebessert" werden, und zwar durch Schlichtungsverfahren, Ankündigungsfristen und eine „Sicherstellung der Grundversorgung". In dasselbe Horn hatte vorher bereits die CSU gestoßen. Nur eine halbe Woche später hatte die Lufthansa dann aber ganz andere Probleme: Der Absturz des Germanwings-Flugs 4U9525 dominierte seit dem 24. März sämtliche Medien. Und ganz schnell ging es nur noch um einen von diesen Piloten, die ja viel zu oft streiken – um den jungen Co-Piloten, der landauf, landab verantwortlich gemacht wird.

Der Ton der Medien ist dabei, gelinde gesagt, gruselig: Die *Bild* schwadroniert von Amoklauf und nennt den Piloten einen „Massenmörder". Es werden Vergleiche zu Mohammed Atta und Andreas Breivik gezogen, selbst als „größter deutscher Verbrecher des (jungen) 21. Jahrhunderts" wird der Co-Pilot bezeichnet, was wohl einen Hitler-Vergleich nahe legen soll. Das findet eben nicht nur in der *Bild* statt, sondern auch in den sogenannten „Qualitätsmedien". Die Massenmedien haben jedes Maß verloren. Die sogenannte „Vierte Gewalt" im Staat nabelt sich von der staatlichen Gewaltenteilung ab, ermittelt, verurteilt und lässt den Mob richten. Es ist eben nicht – wie Pegida behauptet – die Wahrheitsliebe, die den JournalistInnen fehlt, es ist bloß jegliches Verantwortungsgefühl. Journalismus ist jetzt Boulevardismus und stinkt gewaltig verwest vor sich hin.

Man mag von staatlichen Rechtssystemen halten, was man will – der Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten" klingt für mich ziemlich vernünftig. Niemand gilt als schuldig, solange seine oder ihre Schuld nicht einwandfrei bewiesen ist. Dieser durchaus erhaltenswerte juristische Grundsatz wird seit geraumer Zeit einem anderen Bedürfnis untergeordnet, das für unsere Zeit prägend ist: dem Sicherheitsbedürfnis, dem nun alles andere – bevorzugt Grundrechte von der körperlichen Unversehrtheit bis zum Streikrecht – untergeordnet werden. Dass die Medien einen vermutlich psychisch kranken Menschen als „Massenmörder" vorverurteilen gehört ebenso zu diesem Sicherheitswahn wie das Ergebnis einer Umfrage aus dem Herbst 2014, nach der jedeR dritte Studierende der Rechtswissenschaften die Todesstrafe befürwortet und sogar jedeR zweite die Folter: Das ist nicht nur ein Zeichen der Brutalisierung der Gesellschaft, sondern auch der Weg in einen autoritären Sicherheitsstaat (wobei zu präzisieren wäre: soziale Sicherheit ist hier nicht gemeint!).

Natürlich stellt keines der Printmedien auch nur beiläufig die Frage nach dem Auslöser einer eventuellen Psychose. Dabei wäre es so einfach! In den meisten Fällen lautet die Diagnose: Verrückt geworden durch den Kapitalismus. Es ist der Druck der Arbeit, vielmehr aber noch der drohenden Arbeitslosigkeit, der als Motiv wenigstens diskutiert werden müsste. Mit Streiks, die zum Beispiel immer wieder auch eine Absicherung für gesundheitlich nicht mehr flugtüchtige PilotInnen thematisierten, könnte man diesem Terrorismus des Alltags ein wenig entfliehen. Aber – und hier schließt sich der Kreis zu der Argumentation Bettina Volkens – das würde eben auch die Sicherheit gefährden. Verdammt, irgendwie muss man doch hier raus kommen!

Teodor Webin

Termine

☞Dresden

Fr. 1. Mai, ab 12:30 Uhr
Theaterplatz
Libertäre Mai-Demo

Fr. 1. Mai, ab 17 Uhr
AZ Conni
libertärer Kultur- und Info-Abend
Vorträge, Lesungen, Konzerte

So. 3. Mai, ab 17 Uhr
Kosmotique
Vortrag mit der Anarchosyndikalistischen Jugend Leipzig
mit potentiellem Gründungstreffen für Dresden

Do. 28. Mai, ab 20:00 Uhr
Wums e.V.
anarchy is NOT dead
Grufti-Soliparty

☞Halle

Fr. 1. Mai, 10 Uhr
Marktplatz Halle
Kundgebung: Tarifeinheit? nicht mit uns!

☞Hannover

Fr. 1. Mai, ab 11 Uhr
FZH Linden; Tramplatz
1. Mai Demo und Kundgebung
Büchertisch und Infostand

Sa. 6. Juni
Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben
Die Fertigmacher: Arbeitsunrecht und Union Busting in der BRD
mit Jessica Reisner, Elmar Wiegand und Fritz W.

☞Köln

Mo. 4. Mai, 19 Uhr
LC36, Ludolf-Camphausen-Str. 36
Schwarz-Roter Tresen
Libertäre Kritik an Pädagogik und Religion

Mo. 11. Mai, 19 Uhr
SSK Ehrenfeld, Liebigstr. 25
Infos und kritische Diskussion zum Aufbau des Demokratischen Konföderalismus in Rojava/Kurdistan

Mi. 13. Mai, 20 Uhr
SSK Ehrenfeld, Liebigstr. 25
Film: „Noam Chomsky and the media"

Mi. 20. Mai, 20 Uhr
SSK Ehrenfeld, Liebigstr. 25
Vortrag zu Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie

Weitere Veranstaltungen im Rahmender libertären Wochen in Köln: libertaerewochen.wordpress.com

☞Mannheim

Do. 28. Mai, 20:15 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Hartz IV ist immer noch Scheiße!

Do. 25. Juni, 20:15 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Wer wird revolutionär?
Heißes Quiz & kühle Cocktails. Es winken mal wieder feine Sach- und Fachpreise!

Weitere Infos und Termine auf direkteaktion.org



Zahlen, bitte!

Armut nimmt zu

Laut der im Februar 2015 vorgelegten Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hat die Armutsquote in der BRD ein neues Rekordhoch erreicht: Sie liegt bei 15,5 Prozent, was 12,5 Millionen Menschen entspricht.

Die Ärmsten...

...sind Alleinerziehende und Erwerbslose. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass über 40 Prozent der Alleinerziehenden und fast 60 Prozent der Erwerbslosen arm sind. Auch Kinder- und Altersarmut haben seit 2006 stark zugenommen. Die gesamte Studie kann unter www.der-paritaetische.de/armutsbericht/ abgerufen werden.



Prekär beschäftigt...

...waren laut Mikrozensus 2012 7,89 Millionen Menschen in der BRD. Auch hier ist in den letzten beiden Jahrzehnten ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen.



Foto: Bernd Schwabe

Öfter mal pünktlich gehen und krank zu Hause bleiben - auch ein Vertragsbruch mit dem alltäglichen Wahnsinn. 1. Mai 2011 in Hannover.

Mehr Vertragsbrüche mit dem alltäglichen Wahnsinn!

Oder: Kann es in einer entsolidarisierten Gesellschaft noch Widerstand geben?

Die griechische Regierung verabschiedet ein soziales Notprogramm, das den Ärmsten der Armen helfen soll. All die, die für diese humanitäre Katastrophe in Griechenland verantwortlich sind, also die Troika und die deutsche Regierung, schreien unisono auf: Unverschämtheit! Und sie drehen den Geldhahn weiter zu. Als die griechische Regierung daraufhin nach Russland schaut, erklingt der gleiche Schrei erneut: Unverschämtheit! Vertragsbruch mit den erzwungenen Strukturreformen!

Doch hier soll es diesmal nicht um die Tragödie der griechischen Lohnabhängigen gehen, auch wenn sie ein gutes Beispiel dafür ist, dass auch eine linke Regierung es nicht schaffen kann, den Kapitalismus aus dem Staat zu vertreiben. Es geht um den Skandal, dass diese Ignoranz gegenüber der Not einer ganzen Bevölkerung nicht als die Unverschämtheit gesehen wird, die sie in Wirklichkeit ja ist. Und es geht um den Skandal, wie viele – sicherlich nicht ebenso drastische – „Strukturreformen", zu denen sich tagtäglich die Regierung wie das Kapital erdreisten, nicht ebenfalls als Unverschämtheiten gesehen werden.

Mit der Agenda 2010 und dem SGB II, also der Arbeitsmarktderegulierung und den Hartz-Gesetzen – und verschärft im Schatten der Krise – entstand eine unverhohlene Klassengesellschaft der billigen Arbeit und des unsicheren Lebens. Die Prekarisierung umfasst das ganze durchökonomisierte Leben:

- Existenzsicherung: Enteignung, Sanktionen, Lohndumping – auch mit Tarif- beziehungsweise Reallohnsenkungen durch Erhöhung und Privatisierung der Sozialbeiträge; Niedriglöhne, Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge oder Scheinselbständigkeit
- Arbeitsbedingungen: unbezahlte Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtung, Überarbeitung durch Leistungsdruck bis zum Leistungsterror, Spaltung der Belegschaften, Dequalifizierung durch Outsourcing
- Lebensbedingungen: Rente mit 67, Workfare und Ämterschikane, entgrenzte Zumutbarkeiten, unbezahlbare Wohnungen, Schuldenbremse und ihre kommunalen Auswirkungen sowie Privatisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Daseinsvorsorge

Dabei fällt kaum auf, wie unverschämt, wie unverblümt Kapital und Politik agieren und es nicht mal mehr für nötig halten, uns wenigstens anständig zu belügen. Offenere Respektlosigkeit ist kaum vorstellbar. Doch der Erfolg ausbleibender Revolten gibt ihnen Recht: Zu wenige haben erkannt, dass der angebliche Vertrag auf gutes Leben und gute Arbeit im Kapitalismus gekündigt wurde – wenn er denn je existierte.

Arbeitskampf durch Selbstoptimierung? Vom Opfer zum Mittäter

Zu viele klammern sich noch an die von den Gewerkschaftsapparaten gesättigte Illusion einer möglichen Rückkehr in die goldenen Zeiten des sozialen Friedens (den es nie für alle gab), wenn nur das jeweilige Management einsieht, dass Mitbestimmung, Gesundheitsschutz und „gute Arbeit" sich im harten Kampf um Wettbewerbsfähigkeit langfristig auszahlen. Diese Illusion nährt den kapitalistischen Vertrag, verhindert erfolgreich konsequente Kämpfe und muss daher schonungslos entlarvt werden.

Es ist richtig, die Gewerkschaftsapparate dafür massiv zu kritisieren. Es wäre jedoch fatal, deshalb auf eine gewerkschaftliche Organisierung zu verzichten. Denn Arbeitsverdichtung, Personalabbau von olympiareifen Belegschaften, mitgetragen im Wettbewerb Jeder gegen Jede, Arbeitsgruppe gegen Arbeitsgruppe, funktionieren auch ohne Gewerkschaften – sie funktionieren auf der Basis unserer Aufstiegsillusionen. Die Individualisierung von Ursachen und Risiken macht Erwerbsarbeit wie Erwerbslosigkeit zur permanenten Bewährungsprobe, und die meisten Lohnabhängigen reagieren durchaus marktkonform: Die Zurichtung auf Lebenslauf und Karriere beginnt schon im Kindergarten, denn sie erscheint als die einzige Chance, dass „mein Kind es mal besser hat als ich." Wie sollen wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der Menschen Zweck und nicht Mittel sind, wenn Lohnabhängige mehr denn je den Zwang zum Wettbewerb untereinander akzeptieren?

So lange aber der kapitalistische Verwertungszwang akzeptiert und nicht in Frage gestellt wird, kann es keine echte Demokratie, keine Gemeingüter, keine Gerechtigkeit geben. So lange bleiben Staaten, Kommunen, Menschen erpressbar. So lange werden nur Verwertungskriterien darüber bestimmen, welche Produkte wie hergestellt werden, welche Dienstleistungen es gibt und für wen, welche Menschen „wertvoll" sind und welche „überflüssig". Es zählen weder Menschenrechte noch Gerechtigkeit, weder Mitgefühl noch Charakter. Wer diese vorgeblichen Sachzwänge und Sparzwänge akzeptierte und immer noch akzeptiert, kann nun nicht anders, als moralisch anzuprangern, verarscht worden zu sein – und lässt sich trotzdem weiterhin verarschen.

Vertragsbruch mit Leistungszwang und Wettbewerb

Wahre Unverschämtheit ist daher ein offensiver Ungehorsam im Alltag und dieser muss den Konkurrenz- und Verwertungszwängen gelten. Die Macht des Kapitalismus über Produktion wie Konsum, die Ökonomisierung unserer Gefühle und Bedürfnisse, unserer Kommunikation und zwischenmenschlichen Beziehungen muss gebrochen werden, und zwar nicht nur auf den Plätzen und Demos, sondern auch im Alltagshandeln. Jede noch so kleine Konformitäts- und Wettbewerbsverweigerung, jede geübte Solidarität mit den Schwachen und Unterdrückten – am besten natürlich kollektiv – kann zum ersten Schritt jenseits dieses inhumanen Systems führen, das ohne unsere Akzeptanz und unser Mitmachen bankrottgeht. Wenn wir auch uns selbst gegenüber unverschämt schonungslos werden.

Denn natürlich ist es erfreulich, wenn immer mehr Menschen – oft vom Jobcenter gezwungen – zu ihrem Job eine desillusionierte Haltung entfalten, die die Identifikation mit dem Wohlergehen der Firma verweigert. WirtschaftsforscherInnen sprechen von Millionenschäden durch Demotivierung, wenn den Leuten klar wird, dass sie weder Dankbarkeit für unbezahlte Überstunden oder Rationalisierungsideen, noch für Anwesenheit im Krankheitsfall erwarten können. Doch: Ohne Berufsbindung geht leider auch der proletarische Verhaltenskodex baden, früher betrieblich sozialisiert und in den Belegschaften tradiert. Nicht nur PsychologInnen beklagen die breite Entsolidarisierung, ja Verrohung der Sitten, denn unemanzipatorische Kollektivierung wurde durch den Wettbewerb des „ich, ich, ich" abgelöst.

Ja, tote Textil- oder BauarbeiterInnen am anderen Ende der Welt sorgen kurz für Empörung. Aber unsere eigene innere Spaltung in Lohnabhängige und speziell DienstleisterInnen auf der einen Seite und in KundInnen auf der anderen Seite, lässt uns dann doch schnell frohlocken, dass Outsourcing nach Bangladesch oder die Privatisierung der Telefonie uns ja so günstige Preise bescheren! Dank Kik oder Primark können selbst Hartz-IV-BezieherInnen ein T-Shirt zum Wegwerfen kaufen und eine Illusion von Teilhabe genießen. Und selbst klassenbewusste Lohnabhängige vergessen oft nach Feierabend, dass auch sie von der Arbeit anderer leben und profitieren. Ausgeblendet wird zudem, dass wir längst zu unbezahlten MitarbeiterInnen derjenigen Produkte und Dienstleistungen geworden sind, die uns angeblich das Leben erleichtern oder sogar als Statussymbol dienen sollen.

Es ist paradox, aber gerade dadurch angreifbar: Kontrolle und Druck werden immer offener, sind dabei jedoch zunehmend überflüssig geworden durch selbstrepressive Selbstkontrolle. Denn marktkonforme Demokratie und Selbstvermarktung via Facebook sind zwei Seiten einer Medaille. Auf der Suche nach breiterem Widerstand müssen diese uns schwächenden und bremsenden Realitäten akzeptiert werden. Dazu gehört auch, dass keinesfalls alle Lohnabhängige als solche gesehen werden wollen: Alle wollen zur „Mittelschicht" gehören, nicht zum ungeliebten Proletariat. Als prekär will sich erst recht kaum jemand bezeichnen, am wenigsten Kulturschaffende oder AkademikerInnen. Selbstachtung ist wichtig, doch uns selbst zu belügen – und dies auf Kosten vermeintlich Schwächerer – macht aus Opfern MittäterInnen.

Den Glauben an das Versprechen der Leistungsgerechtigkeit aufzugeben – vielleicht das größte Hindernis gegen die Befreiung, da eine wahrhaftige „Karotte vor dem Esel" im Koflerschen Sinne – fällt daher vielen am schwersten. Denn das hieße, die Hoffnung auf die versprochene Karriere und den sozialen Status nach all den Mühen der Anpassung, Qualifizierung und Selbstvermarktung endgültig aufzugeben. Das macht Angst wegen der Ausweg- und Hoffnungslosigkeit. Selbst in aufgeklärten Kreisen wird diese Angst oft mit Abwehr und Distanzierung von gescheiterten „LeistungsverweigerInnen" bekämpft. Verstehen heißt jedoch nicht entschuldigen. Es gilt, endlich die allgemeine Desillusionierung und Verunsicherung, die enttäuschten Lebenspläne und Karrierechancen, die nicht honorierten Unterwerfungen und Selbstoptimierungen zu nutzen, um diese Lebenslügen offensiv anzugehen.

Ungehorsame Solidarität im Alltag

Aber auch die Linken unter den Lohnabhängigen sollten sich von einigen Illusionen verabschieden. So ist es schön und wichtig, wenn immer häufiger junge, linke Gruppen betriebliche Streikbewegungen von außen unterstützen – sei es bei Neupack oder Amazon. Es wird aber albern, wenn sie es in ihrer Freizeit, nach Feierabend tun und gleichzeitig ihren eigenen Job als Übergangs-Broterwerb ohne Kampfmöglichkeiten betrachten, blind für die Unterdrückung und Spaltung um sie herum. Der Überlebenskampf darf dabei nicht als Ausrede dienen, denn es kommt darauf an, wie wir tagtäglich um unser Überleben kämpfen: gegen wen, wem wir schaden, wen wir verschonen und wie weit wir bereit sind, uns zu erniedrigen und zu verleugnen. Auf menschlichen Ruinen werden nämlich keine Blumen wachsen, egal wie stark sich die Verhältnisse (über Nacht?) ändern sollten.

Kurzum: Wir müssen eine alte, fast schon banale Wahrheit ins kollektive Gedächtnis rufen, dass nämlich auch unsere Reproduktion politisch ist. Und damit ist nicht nur das Privatleben gemeint, sondern auch und vor allem unsere Erwerbsarbeit wie unser Konsumverhalten. Welche Produkte wir kaufen steht aktuell im Fokus politischer Reflektion, nicht aber, wie wir dabei die VerkäuferInnen oder BusfahrerInnen behandeln. Ebenso wenig, wie wir uns selbst in unseren Jobs samt deren unterschiedlicher gesellschaftlicher Funktion verhalten.

Und gerade das Alltagsverhalten – im Job wie als KonsumentIn – bietet die besten Möglichkeiten, den ungeschriebenen Vertrag aufzukündigen, mit dem wir den Kapitalismus Tag für Tag und dazu unbezahlt reproduzieren. Dies gilt auch für kleinste Formen von Entscheidungen (nicht erst Arbeitskämpfe), wenn sich ihre Strategie der kapitalistischen Logik verweigert. Denn Generalstreiks haben weder in Griechenland noch in Spanien etwas verändert, die – zugegebenermaßen erzwungene – solidarische Selbstorganisierung und Selbstversorgung verändern aber den Alltag und die Einstellungen vieler. Wie nachhaltig, wird sich noch zeigen. Kurzfristig gilt: Wenn am 1. Mai viel von internationaler Solidarität gesprochen wird und dabei am DGB-Stand ein kapitalistisch produziertes Bier genossen werden muss – dann bitte nicht ohne Trinkgeld für die Zapferin!

Mag Wompel, LabourNet Germany

Foto: ALSO



Die soziale und die ökologische Frage zusammen stellen: Kundgebung im Januar 2013 vor dem VION-Schlachthof in Emstek.

Europas Schlachthaus

Die BRD ist der größte Fleischexporteur der Welt – dank gezielter Ausbeutung migrantischer ArbeiterInnen

Ein Netzwerk systematischen Menschenhandels zieht sich quer durch den „Schweinegürtel" (siehe *DA* 228) in Deutschlands Nordwesten. Während die meisten landwirtschaftlichen Betriebe das Risiko noch selbst tragen, wenn sie Sozialabgaben hinterziehen und schwarz arbeiten lassen, wird die Verantwortlichkeit in den Schlachthöfen von Tönnies, Heidemark, Wiesenhof, Danish Crown und Vion an ausländische Subunternehmen ausgelagert. Dadurch verschärft sich die Ausbeutung der in der Fleischindustrie eingesetzten ArbeiterInnen gegenüber ihren KollegInnen auf den Feldern enorm. Neben den in der Landwirtschaft bereits üblichen, illegalen Lohnabzügen durch Akkordverträge kommt es hier zu sklavenähnlichen Abhängigkeitsverhältnissen. Migrantische ArbeiterInnen aus Polen, Rumänien, Bulgarien und neuerdings auch der Ukraine werden hierfür unter falschen Versprechungen und für eine hohe Vermittlungsgebühr nach Deutschland gelockt. So beginnt die Arbeit mit Schulden gegenüber den Subunternehmen die auch die Unterkünfte vermieten. Mit Wuchermieten bis zu 18 Euro pro Quadratmeter für Wohnungen in sanierungsbedürftigen Häusern, nicht ausgebauten Dachböden, Gewerberäumen und umgebauten Ställen wird weiter abgezockt.

Die Fabriken der Unternehmer werden durch die Subunternehmen geführt. Durch ein perfides Regime aus Druck und Angst wird auch das letzte Quäntchen Produktivität aus den ArbeiterInnen herausgequetscht: 190 Kilo Fleisch müssen pro Stunde abgepackt, tote Tiere mit einem Gewicht von über 20 Kilo bewegt werden. Wer das Soll nicht erfüllt, bekommt weniger Geld, dafür Ärger mit dem Vorarbeiter oder fliegt gar aus der überteuerten Unterkunft. Im Arbeitsalltag sind die Pausen oft weitaus kürzer als vereinbart. Wer zu oft aufs Klo geht, fliegt. Das ganze Spiel geht dann sieben Tage die Woche, wenn es schlecht läuft von morgens um vier Uhr bis in den späten Abend – bei 600 Euro für 300 Stunden im Monat von denen nur 200 bezahlt werden. Arbeitsschutzkleidung muss selbst gekauft werden, ansonsten sind Verletzungen garantiert, multiresistente Keime inklusive. Im schlimmsten Fall geht es ganz ohne Geld zurück nach Hause. Es gibt keine Krankenversicherung, schriftliche Arbeitsverträge oder Lohnabrechnungen. Wer sich verletzt oder verschlissen ist, wird ins Herkunftsland zurück geschickt statt ins Krankenhaus. Eine vorher unterschriebene Verzichtserklärung, die aufgrund fehlender Sprachkenntnisse nicht verstanden wurde, lässt Ansprüche nur schwer einklagen.

Das europäische Entsendegesetz hat dies möglich gemacht. Als die osteuropäischen Länder der EU beitraten, gab es keine Freizügigkeit für Beschäftigte, dafür aber Dienstleistungsfreiheit. Dies rief die Menschenhändler auf den Plan, die sich die Not der Menschen zunutze machten, um sich eine goldene Nase mit deren Ausbeutung in Werkverträgen zu verdienen. Gesetzlich ist die Anwerbung von ArbeiterInnen zur ausschließlichen Entsendung untersagt und diese müsste nach zwei Jahren enden. Doch die Subunternehmen wechseln einfach jährlich ihren Namen, auch wenn die Geschäftsführung die gleiche bleibt. Oder sie gehen gar geplant insolvent, wie dies bei einem Subunternehmer der Firma Fine Food im Jahr 2013 der Fall war (die *DA* berichtete in Ausgabe 223).

Das ist extrem profitabel für die Unternehmen in Deutschland, die neben Lohnkosten durch den Abbau der Stammbelegschaft auf weniger als 50 Prozent die EEG-Umlage sparen (siehe *DA* 224). Die Verantwortung für die Beschäftigten schieben sie auf die Subunternehmen ab, denen rechtlich nur in den Heimatländern beizukommen ist – viel zu aufwändig für Zoll und Politik, die sich sowieso als Unterstützerin der Unternehmen sieht. Diese sollen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in strukturschwachen Regionen generieren und Abwanderung verhindern. Daher setzt man auf freiwillige Verhaltenskodizes statt auf verbindliche Gesetze. So ist Deutschland zum Schlachthaus Europas geworden und inzwischen zum größten Fleischexporteur der Welt. Genau wie in anderen Bereichen hat diese einseitige Fixierung auf Exportüberschüsse nicht nur für die migrantischen ArbeiterInnen, sondern auch im Ausland bereits negative Folgen gehabt. So gab es für insolvente französische Schlachtbetriebe des Unternehmens GAD EU-Subventionen in Millionenhöhe, während die exportfixierte Bundespolitik sogar ihren eigenen Fahrdienst als Werkvertrag vergibt und über die Arbeitsagentur südosteuropäische Studierende zur „Ferienarbeit" auf deutsche Felder holt.

Gewerkschaften haben es bisher nicht geschafft, die Arbeitsbedingungen in den wie Gefängnissen gesicherten Schlachthöfen zu verbessern. Neben der Lobbyarbeit der französischen Bauerngewerkschaft Confédération Paysanne und der Arbeitslosen-Selbsthilfe Oldenburg (ALSO) gibt es bundesweit sechs durch den DGB geschaffene Beratungscenter des Programms „faire Mobilität" für migrantische ArbeiterInnen. Ein von der NGG abgeschlossener Tarifvertrag, der das gesetzliche Mindestlohnniveau um zehn Monate verzögert, soll nun für die Werkverträge gelten. Dass dieser anders als zuvor nicht unterlaufen wird, dürfte aber kaum mehr als Wunschdenken sein. Da die MigrantInnen die Worte Gewerkschaft und Korruption synonym verwenden, kann ein effektiver Weg nur sein, durch Aufklärung und strukturelle Hilfe eine Selbstorganisation zu unterstützen.

Martin Diener

Auf Augenhöhe prekär

Tarifflucht, Befristung und miserable Löhne gehören zum Alltag in der Sozialen Arbeit

Die Soziale Arbeit, früher auch als Sozialpädagogik bezeichnet, hat ein vielfältiges Berufsfeld: Streetwork, Suchthilfe, Jugendarbeit oder Familienberatung sind nur einige Bereiche, in denen Sozialarbeitende tätig sind. Doch mindestens ebenso groß ist die Vielfalt, wenn es um die Bezahlung geht – nach unten ist alles möglich. Dass Soziale Arbeit ein akademischer Beruf ist, ist auf der Gehaltsabrechnung selten erkennbar. Der ohnehin niedrige Lohn nach TVöD oder TVL wird von kirchlichen oder privaten Anbietern in der Regel noch unterboten. Die oft verwendete Formulierung „Bezahlung in Anlehnung an TVöD" entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Black Box, die nahezu alles bedeuten kann, in den seltensten Fällen jedoch einen angemessenen Lohn.

In Hannover schrieb ein Kaufhaus, das mit einem angeblich „fairen" und „sozialen" Anspruch für sich wirbt, eine 30-Stunden-Stelle für staatlich anerkannte SozialarbeiterInnen aus. In dem von kirchlichen Wohlfahrtsverbänden getragenen Unternehmen sollten diese typische sozialarbeiterische Tätigkeiten verrichten, wie Konzeptentwicklung, die Anleitung von Ehrenamtlichen und Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen. Das kleine Manko am unteren Ende der Stellenbeschreibung: Es wird nach Tarif bezahlt – für den Einzelhandel. Zusätzlich dreist an der Stellenanzeige ist die Tatsache, dass sie von einer ehemaligen Lehrbeauftragten für Soziale Arbeit an der Fachhochschule Hannover unterzeichnet war.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Mechthild Seithe und Corinna Wiesner-Rau lassen in ihrem Band „Das kann ich nicht mehr verantworten! Stimmen zur Lage der Sozialen Arbeit" verschiedene PraktikerInnen und Praktiker zu Wort kommen. Neben der schon erwähnten Tarifflucht kommen etliche weitere mangelhafte Arbeitsbedingungen zur Sprache: Neueinstellungen gibt es nur noch mit Befristung, MitarbeiterInnen, die wegen eines Burnouts kündigen, gehören zur Routine. Wird die Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung sowie für Fahrtwege entlohnt? Kaum. Und wenn AdressatInnen der Familienhilfe absagen? Dann gibt's halt weniger Lohn. Eine Sozialarbeiterin bringt es auf den Punkt: „Aus eigener Erfahrung kann ich nur sagen, dass man sich regelrecht verarscht vorkommt, wenn man unter solchen Bedingungen noch gute Arbeit leisten soll."

Da stellt sich doch die Frage, wann es zum angebrachten Widerstand gegen diese Beschäftigungspolitik kommt. Es ist höchst verwunderlich, wie selten es Professionellen, die sich unter teilweise ungesundem beruflichen Engagement für die Ausgegrenzten dieser Gesellschaft einsetzen, gelingt, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Der weitgehend ungestörte Siegeszug des Neoliberalismus hat hier geschafft, woran schon viele SozialarbeiterInnen in der täglichen Praxis gescheitert sind. Zwischen Professionellen und den meisten AdressatInnen herrscht ein Verhältnis auf Augenhöhe: Beide stehen sich vereint im Prekariat gegenüber.

Mark Jansen (GGB Hannover)

§§§-Dschungel

Ein Praktikum ist lustig...

„Generation Praktikum" ist inzwischen zum Schlagwort geworden, um vor allem die Situation vieler Studienabsolventinnen und -absolventen zu beschreiben, die sich von einem Praktikum zum nächsten hangeln, um die vom ersten Arbeitsmarkt geforderte sogenannte Berufserfahrung zu sammeln – natürlich in den meisten Fällen unbezahlt. Aber auch während einer schulischen Ausbildung, in der Schulzeit, im Studium oder um eine Pause zu überbrücken werden Praktika absolviert. Sie sollen dazu dienen einen Einblick in Berufsfelder zu erhalten, erste Erfahrungen zu machen oder eben zur praktischen Ausbildung beitragen. Auch hier handelt es sich meist um unbezahlte Wahl- oder Pflichtpraktika. Nicht die Erbringung von Arbeitsleistungen steht bei einem Praktikum im Vordergrund, sondern der Ausbildungszweck. Es wird zwischen freiwilligen Praktika und Pflichtpraktika unterschieden. Wenn eine Studien- oder Prüfungsordnung ein Praktikum zwingend vorschreibt, handelt es sich um ein Pflichtpraktikum. Beim Pflichtpraktikum wird normalerweise kein Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag abgeschlossen. Bei einem freiwilligen Praktikum ist jedoch ein Praktikumsvertrag seit August 2014 verpflichtend. Nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts ist ein großer Unterschied zwischen dem verpflichtenden und dem freiwilligen Praktikum, dass auf verpflichtende Praktika weder das Berufsbildungsgesetz, noch die Arbeitsgesetze anwendbar sind. Folglich kann ein Praktikant in einem verpflichtenden Praktikum bisher z.B. weder eine Vergütung noch Urlaub verlangen.

Mindestlohn
Am 1. Januar 2015 wurde das Gesetz zum Mindestlohn (MiLoG) in der BRD eingeführt, das einen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto auch für Praktika vorschreibt, jedoch vor allem in diesem Bereich mit vielen Ausnahmen. Praktika werden durch §22 Abs.1 des MiLoG explizit in den Anwendungsbereich des Gesetzes aufgenommen. In Absatz 2 werden die Ausnahmen aufgelistet:
Nach Absatz 2 Nummer 1 sind Pflichtpraktika im Rahmen von Ausbildung oder Studium generell vom Mindestlohn ausgenommen, ebenso wie nach Absatz 2 Nummer 2 freiwillige Praktika unter drei Monaten Dauer. Bei der letztgenannten Konstellation ergibt sich jedoch eine Pflicht des Arbeitgebers zur Zahlung einer angemessenen Vergütung aus §§26, 17 Bundesbildungsgesetz. Auch Praktika, die begleitend zu Ausbildung oder Studium absolviert werden, müssen nach Absatz 2 Nummer 3 nicht mit dem Mindestlohn vergütet werden. Ebenfalls keinen Anspruch auf Mindestlohn haben Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Volontariate sind generell nicht vom Mindestlohn abgedeckt.
Die Darlegungs- und Beweislast für das Vorliegen der in den Ausnahmen genannten Praktikumsverhältnisse liegt beim Arbeitgeber.
Der Mindestlohn gilt jedoch mangels einer gesetzlichen Ausnahmeregelung für sämtliche Praktika nach dem Studienabschluss sowie für Trainees und Werkstudenten, da bei diesen regelmäßig die Arbeitsleistung im Vordergrund steht.
In § 21 Absatz 3 des Mindestlohngesetzes wird geregelt, dass es sich um eine Ordnungswidrigkeit handelt, wenn der Mindestlohn trotz Anspruch nicht gezahlt wird.

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
Wenn ein Anspruch auf den Mindestlohn besteht oder eine Bezahlung vereinbart wurde, muss auch im Krankheitsfall der Lohn weiter gezahlt werden.

Arbeitszeit
Die Arbeitszeit während des Praktikums wird durch das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) geregelt und darf acht Stunden am Tag nicht überschreiten. In § 9 des Arbeitszeitgesetzes ist auch das Verbot von Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen geregelt. Ausnahmen bilden Praktika unter anderem in Krankenhäusern, in der Gastronomie, bei Presse oder Rundfunk. Dann ist der Praktikumsgeber allerdings verpflichtet einen Ersatzruhetag zu gewähren.

Urlaub
Aus § 26 Bundesbildungsgesetz ergibt sich in Verbindung mit dem Bundesurlaubsgesetz auch der Urlaubsanspruch von mindestens zwei Werktagen pro Monat während eines Praktikums.

Probezeit
Bei Pflichtpraktika ist eine Probezeit nicht vorgesehen. Bei freiwilligen Praktika richtet sich die Probezeit laut § 20 nach der Dauer des Praktikums und kann einen bis vier Monate betragen.

Kündigung
Während der Probezeit ist eine ordentliche Kündigung gem. § 22 Bundesbildungsgesetz jederzeit fristlos möglich. Nach der Probezeit steht ein ordentliches Kündigungsrecht nur noch der Praktikantin oder dem Praktikanten zu. Die Kündigungsfrist beträgt in der Regel 4 Wochen. Fristlos kündigen können beide Parteien nach der Probezeit, wenn ein schwerwiegender Grund vorliegt, zum Beispiel wenn das Leben oder die Gesundheit der Praktikantin oder des Praktikanten im Betrieb gefährdet wird.

Sozialversicherung
Generell besteht während eines Praktikums eine Sozialversicherungspflicht. Eine Versicherungsfreiheit kann eintreten, wenn die Vergütung 450 Euro im Monat nicht übersteigt.

Dauer
Die Dauer von Praktika ist nicht gesetzlich geregelt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass zum Beispiel nach dem Studienabschluss Praktika bis zu einem Jahr oder sogar länger absolviert werden. Dabei werden die PraktikantInnen meistens schlecht bezahlt und leisten jedoch volle Arbeit. Soll ein solches Praktikum verlängert werden, sollte die betreffende Person prüfen, ob nicht ein Arbeitsverhältnis vorliegt.

Zusammengestellt von Claudia Froböse

Trauer um Emmely

Am 16. März 2015 verstarb Barbara Emme im Alter von 57 Jahren an Herzversagen. Besser bekannt war sie als kämpferische Supermarktkassiererin „Emmely". Sie war 2008 von der Supermarktkette Kaiser's fristlos gekündigt worden, weil sie angeblich Leergutbons im Wert von 1,30 Euro eingelöst hatte, die KundInnen liegen gelassen haben sollen. Tatsächlich erfolgte die Kündigung unmittelbar nachdem Emmely sich an einem Streik beteiligt hatte. Doch die Kündigung ließ sie nicht auf sich sitzen. Mit Unterstützung eines bundesweiten Solidaritäts-Komitees skandalisierte sie ihre Kündigung im ganzen Land und kämpfte sich mit ihren UnterstützerInnen durch mehrere juristische Instanzen, bis das Bundesarbeitsgericht die Kündigung 2010 für unwirksam erklärte und Emmely wiedereingestellt wurde. Nach ihrem Erfolg betätigte sie sich weiterhin politisch. So wirkte sie an der Verfilmung ihrer Geschichte und zwei Büchern mit und tourte um die Welt bis nach Spanien, Frankreich und sogar Venezuela, um Vorträge über ihren Arbeitskampf zu halten. Emmely zeigte allen, dass Solidarität möglich ist und dass es sich durchaus lohnt zu kämpfen. Mit ihr hat die Bewegung in der BRD eine wichtige Persönlichkeit verloren.

Kauf dich glücklich

Im Mai 2015 erscheint das kontrovers diskutierte Buch „Prekariat. Die neue explosive Klasse" von Guy Standing bei Unrast in deutscher Übersetzung. Der Ökonom stellt darin die völlig heterogene Gruppe vor, die seiner Meinung nach die Welt destabilisieren wird, da vor allem die „Überflüssigen" anfällig für rechtspopulistische oder fundamentalistische Versprechungen seien. Als Gegenszenario zeichnet er eine solidarische Gesellschaft, deren Basis unter anderem das bedingungslose Grundeinkommen ist. Bald erhältlich unter: www.unrast-verlag.de



Dreckige Geschäfte

Oder wer glaubt noch an die Heinzelmännchen?

Meistens wird ihre Arbeit erst gesehen, wenn sie nicht verrichtet wurde, wenn der Teppich schmutzig ist, der Kaffeefleck auch nach einer Woche noch auf dem Schreibtisch ist oder der Papierkorb überquillt. Die Rede ist von Reinigungskräften, die ihre Arbeit früh oder spät erledigen, wenn keine Kundschaft da ist oder außerhalb der Arbeitszeiten von Beschäftigten. Die FAU Kiel hat im Herbst 2014 einen Fragebogen entwickelt und in der Stadt verteilt, um einen Einblick in die Arbeitsverhältnisse von Reinigungskräften zu erhalten – ein Gewerbe, das trotz seiner Wichtigkeit ein Schattendasein fristet.


Foto: CF

Die Arbeit von Reinigungskräften bleibt oft unsichtbar.

Seit den 1970er Jahren gibt es den anhaltenden Trend die Gebäudereinigung auszulagern und an private Anbieter zu vergeben. Im Bemühen um Aufträge zahlen diese oft nicht den tariflichen Mindestlohn, der für die Branche 2007 eingeführt wurde. Der erste und einzige Streik von Reinigungskräften in der Nachkriegszeit fand 2009 statt. Damals ging es um 8,7 Prozent Lohnerhöhung für Putzkräfte.

Wer sich aber an die tarifliche Vorgabe von aktuell 9,55 Euro brutto pro Stunde in den alten Bundesländern und 8,50 Euro in den neuen Bundesländern halte, sei auf dem Markt überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig. Das Problem dabei sei vor allem die Kundschaft, da diese immer die billigsten Angebote wählen und so Firmen mit vielen illegalisierten Arbeiterinnen und Arbeitern Tür und Tor öffneten. Unter dieser Konkurrenz, die auf niedrige Löhne und vor allem niedrige Zeitvorgaben hinausläuft, leiden natürlich vor allem die Reinigungskräfte.

Petra Müller zum Beispiel arbeitet als Reinigungskraft in einer Forschungseinrichtung: „Ich arbeite an fünf Tagen etwa drei Stunden pro Tag und verdiene im Monat etwa 360 Euro. Das entspricht einem Stundenlohn von etwa sechs Euro, was für die zu machende Arbeit relativ wenig ist. Ich muss sehr schwere Eimer schleppen und mich meistens auch ziemlich beeilen, damit ich in den drei Stunden mit meiner Arbeit fertig werde, es ist also ziemlich stressig. Oft arbeite ich auch eine Viertel- oder halbe Stunde länger."

Festanstellungen als Vollzeitkräfte in diesem Bereich sind selten. Es gilt auch als erwiesen, dass der Job körperlich zu beanspruchend sei, als dass er 40 Stunden in der Woche ausgeübt werden könne. Von einem Teilzeitgehalt auf dem niedrigen Lohnniveau der Branche lässt es sich aber schlecht leben. Demgegenüber stellt die Objektmanagerin Barbara Meyer jedoch fest: „Viele meiner Leute wollen nicht auf Lohnsteuerkarte arbeiten. Sie reinigen eine Stunde am Tag, oftmals neben einer anderen Voll- oder Teilzeitstelle. Wenn sie über 450 Euro kommen würden, müssten sie fast die Hälfte als Steuern abgeben und hätten nur noch 250 Euro übrig. Dafür will kein Mensch arbeiten. Fast 80 Prozent meiner Leute sind auf 450 Euro-Basis eingestellt."

Die Umfrage der FAU Kiel kommt zu alarmierenden Ergebnissen: Vor allem in der Gastronomie und Hotelbranche scheinen Schwarzarbeit, unpünktliche Bezahlung und fehlende Arbeitsverträge üblich zu sein. Insbesondere migrantische Arbeitnehmerinnen werden wegen fehlender Sprachkenntnisse falsch informiert, leisten unbezahlte Überstunden oder ihnen wird sogar wegen fehlender Papiere Angst gemacht. Am schlimmsten trifft es migrantische Haushaltshilfen, die jederzeit einsetzbar sind, weil sie oft auch in den Haushalten leben, in denen sie arbeiten. Teilweise wiesen die ausgefüllten Fragebögen darauf hin, dass die Haushaltshilfen auch an Bekannte „ausgeliehen" worden sind. Besonders Arbeitskräfte, die nicht mehr in den Abhängigkeitsverhältnissen, die sie schildern, beschäftigt sind, haben den Fragebogen ausgefüllt, andere haben sich wahrscheinlich aus Angst erst gar nicht getraut.

Auf die abschließende Frage, ob sie lieber einer anderen Tätigkeit nachginge, erklärt Petra Müller: „Da ich manchmal unter Rückenschmerzen leide, Hautausschlag an den Händen habe und an manchen Tagen einfach nur völlig erschöpft bin, würde ich schon gerne auf andere Weise mein Geld verdienen." Die besonders starke Vereinzelung der Arbeitenden in diesem Bereich stellt für eine Solidarisierung und Arbeitskämpfe jedoch ein zentrales Hindernis dar. Die Reinigungsbranche hat sehr vielfältige Facetten mit unterschiedlichsten Problemlagen, von Arbeitsverdichtung mit „Minilohn" über Schwarzarbeit ohne Arbeitsrechte bis hin zu Ausbeutung in sklavenähnlichen Zuständen. Eins haben sie alle gemeinsam: es sind (Arbeits-)Verhältnisse, die nicht hinnehmbar sind und die wir deshalb verändern müssen.

Claudia Froböse



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Behörden spionieren private Konten aus

Wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtet, haben deutsche Behörden im Jahr 2014 so viele private Konten wie noch nie ausgeforscht. Aus einer Statistik des Bundesfinanzministeriums geht hervor, dass Finanzämter, GerichtsvollzieherInnen und Jobcenter im letzten Jahr über 230.000 Mal Kontodaten von BankkundInnen abfragten, was einem Anstieg von mehr als 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Abfrage der Kontodaten dient der Suche nach angeblichen „SozialbetrügerInnen", also beispielsweise Hartz-IV-EmpfängerInnen, die auf dem Jobcenter die Auskunft über ihre kompletten Vermögensverhältnisse verschweigen oder verweigern. Auch Ämter, die Sozialhilfe, Bafög oder Wohngeld genehmigen, fragen häufig die privaten Daten der AntragstellerInnen bei den Banken ab. Seit 2005 ist es den Behörden möglich, an diese Daten zu gelangen. Ursprünglich sollte die Kontodatenabfrage dazu dienen, organisierter Kriminalität und dem internationalen Terrorismus den Geldhahn abzudrehen. Inzwischen scheint es, als sei eine große Anzahl der BundesbürgerInnen verdächtig, in diese Geschäfte verwickelt zu sein. Wie sonst erklären die Behörden den inflationären Anstieg der Abfragen – im ersten Quartal des Jahres 2015 waren es schon 76.000. Die zunehmende Überwachung der EmpfängerInnen von Sozialleistungen überrascht nicht: Sie reiht sich in die politische und mediale Hetze ein, diese als potenzielle BetrügerInnen und Arbeitsunwillige abzustempeln.

Mehr Befugnisse für den Verfassungsschutz

Als Reaktion auf das Versagen der Behörden bei den Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), hat die Bundesregierung Ende März einen neuen Gesetzesentwurf „zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes" vorgelegt. Kern des Gesetzes, das nun im Bundestag diskutiert wird, ist die Erweiterung der Befugnisse des Bundesamts für Verfassungsschutz (VS). Es soll nun auch in den Ländern eingreifen können. Besonders brisant sind die neuen Regelungen für V-Leute. So sollen die InformantInnen des VS in der Szene künftig bei kleineren Delikten straffrei ausgehen, zum Beispiel beim Zeigen des Hitler-Grußes. Laut *Hamburger Abendblatt* begründete Innenminister Thomas de Maizière diese neue Regelung so: „Wer sich in einem Verbund bewegt, der muss geben und nehmen. Man kann nicht immer nur nehmen." Da hat er Recht: Schließlich ist durch die Untersuchungen zu den NSU-Morden inzwischen bekannt, wie der Thüringer Verfassungsschutz tatkräftig daran mitwirkte, die rechte Szene und den „Thüringer Heimatschutz" im Bundesland mit aufzubauen, indem er seine V-Leute fürstlich entlohnte.

Datenschutzklage gegen Facebook

In Wien wird seit Anfang April eine Klage gegen den US-amerikanischen Internetkonzern Facebook verhandelt. Die Klage ist eine Initiative des österreichischen Jura-Studenten Max Schrems, der Facebook vorwirft, die europäischen Datenschutzbestimmungen zu unterlaufen und NutzerInnen auszuspähen sowie deren Daten weiterzugeben. Der Klage haben sich inzwischen 25.000 NutzerInnen aus anderen europäischen Ländern angeschlossen. Allerdings ist absehbar, dass sich der Prozess in die Länge ziehen wird. Zunächst muss das Wiener Gericht prüfen, ob es überhaupt zuständig ist. Derweil bemühen sich die Facebook-Anwälte, Schrems zu verunglimpfen, wie *tagesschau.de* berichtet. Falls das Gericht der Klage stattgibt, könnte Facebook in Zukunft gezwungen werden, seine datenschutzwidrigen Praktiken zu unterlassen. Außerdem fordern die KlägerInnen 500 Euro Schadenersatz pro Person für die bereits begangenen Rechtsverletzungen. Am 30. Januar 2015 hatte Facebook mal wieder seine Nutzungsbedingungen geändert. Seitdem kann das Unternehmen das Surfverhalten der NutzerInnen auch außerhalb des sozialen Netzwerkes analysieren, um Werbung gezielter und individueller zu platzieren. Ein Datenaustausch mit dem Kurznachrichtendienst WhatsApp, der ebenfalls zu Facebook gehört, wäre jetzt theoretisch auch möglich. Wer nun überlegt, sich doch besser abzumelden, muss wissen: So eine Abmeldung ist gar nicht so einfach. Anleitungen dazu gibt es im Internet...

Zusammengestellt von Silke Bremer

Pegida im Betrieb

Ein Kommentar von Peter Nowak

„So weisen Sie den Betriebsrat in die Schranken", lautet ein Motto auf einer Homepage, die für Praxis-Seminare von *Schreiner und Partner* wirbt. Dort werden Führungskräfte der Wirtschaft im Klassenkampf von oben geschult. Die Justiz ist dabei ein wichtiges Instrument und hoch bezahlte Rechtsanwälte sind darauf spezialisiert, Beschäftigte aus den Betrieben heraus zu drängen, die sich für eine kämpferische Interessenvertretung stark machen. Union Busting heißt der Fachbegriff, der in der letzten Zeit hierzulande bekannter wurde. Auf einer Tagung am 14. März in Hamburg hatten sich Betroffene aus der gesamten Republik mit ArbeitsrechtlerInnen und Aktiven aus Solidaritätsgruppen getroffen.

Jessica Reisner von der *aktion./.arbeitsunrecht* aus Köln, die in den vergangenen Monaten einen wichtigen Beitrag zu den Protesten gegen Union Busting geleistet hat, zog am Ende der Tagung ein vorsichtig optimistisches Fazit. Seminare, in denen der juristische Kampf gegen GewerkschafterInnen gelehrt wird, würden öffentlich zunehmend kritisiert. Tatsächlich gab es in mehreren Städten kleinere Kundgebungen vor solchen Seminarorten. Am Vortag der Hamburger Tagung startete auch erstmals die Aktion „Schwarzer Freitag". Am 13. März war das Familienunternehmen Neupack, dessen Management noch immer einen engagierten Betriebsrat durch Kündigung loswerden will, Adressat eines Negativpreises. Künftig soll immer dann, wenn der Freitag auf einen dreizehnten fällt, die Firma diese negative Auszeichnung bekommen, die sich beim Union Busting besonders hervorgetan hat.

Eine Erkenntnis der Tagung lautete, die beste Waffe gegen die Union Buster sei eine solidarische Belegschaft, die notfalls auch die Arbeit niederlegt, wenn KollegInnen gemaßregelt werden. „Pegida im Betrieb" sieht der Berliner Arbeitsrechtler Daniel Weidmann als größtes Hindernis für eine solche Solidarität. So bezeichnete er MitarbeiterInnen, die engagierte KollegInnen als UnruhestifterInnen, die den Betriebsfrieden stören, denunzieren.

Gewerkschaft hinter Gittern

Erfahrungen aus einem Jahr Gewerkschaftsarbeit – vier Fragen an Oliver Rast (GG/BO)

Wer oder was ist die Gefangenengewerkschaft? Wofür steht sie und was sind ihre Ziele?

Wir haben uns im Mai letzten Jahres als selbstorganisierte Gewerkschaftsinitiative von Gefangenen in der JVA Tegel gegründet. Die Gefangenen kommen Tag für Tag an der Werkbank zusammen und werden dort mit ihrer hochgradig prekären Arbeitssituation konfrontiert: Billiglohn, Akkordhetze und keine Rentenversicherung, was für viele nach der Entlassung das direkte Ticket in die Altersarmut bedeutet. Dabei konzentrieren wir uns aktuell auf zwei Kernforderungen: Sozialversicherungspflicht für inhaftierte Beschäftigte und die Einbeziehung der arbeitenden Gefangenen in den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Über diese Etappen streben wir die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern an. Begriffe wie Solidarität, Autonomie, Emanzipation und Sozialreform sollen innerhalb der Gefangenenpopulation keine Fremdwörter mehr sein – wir wissen, dass das ein hoher Anspruch ist.

Die Gefangenengewerkschaft gibt es nun seit einem Jahr. Was habt ihr bisher erreicht?

Zunächst einmal ist es uns gelungen, dass sich Gefangene im Verbund mit solidarischen nicht inhaftierten KollegInnen vor den Knasttoren eine eigenständige und selbstbestimmte Lobby in Sachen Gewerkschaftsfragen geschaffen haben. Die bislang unter Verschluss gehaltene Arbeitswelt hinter Gittern konnte ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Wir sind aktuell in 45 Knästen der BRD mit knapp 600 Mitgliedern präsent. Wir fahren seit Monaten ein Pensum, das uns an den Rand unserer eigenen Kapazitäten bringt – oft auch darüber hinaus!

Welche Möglichkeiten politischer Gewerkschaftsarbeit gibt es innerhalb der Gefängnismauern?

Hier sind den AktivistInnen in den Haftanstalten sprichwörtlich enge Grenzen gesetzt. Dennoch versuchen wir verschiedene Initiativen anzuleiern. Wir haben z.B. eine „Aktivierende Untersuchung" unter den gefangenen GG/BO-Mitgliedern gestartet, um anhand einer kleinen statistischen Erhebung die „Sonderwirtschaftszone Knast" unter die Lupe zu nehmen. Mit der anschließenden Auswertung des Datenmaterials wollen wir unseren bundesweit geplanten Aktionstag gegen die staatlich sanktionierte Billiglöhnerei hinter Gittern offensiv thematisieren. Des Weiteren haben wir ein Antragsschreiben aufgesetzt, damit die inhaftierten KollegInnen gegenüber der JVA-Arbeitsverwaltung ihren Mindestlohn einfordern können, da gefangene ArbeiterInnen weder explizit aus dem Mindestlohngesetz ausgenommen, noch einer Übergangsregelung unterworfen sind. Ein konkretes Ziel ist gleichfalls, dass wir ein Versammlungsrecht in den einzelnen JVAs durchsetzen wollen, damit sich die GG/BOlerInnen mit nicht inhaftierten AktivistInnen treffen und austauschen können.

Mit welchen Problemen und Widerständen seitens der Institutionen habt ihr zu kämpfen?

Die Schikanen nehmen in einzelnen Knästen massiv zu; der Gegenwind wird spürbar rauer: Gewerkschaftspost wird angehalten oder geht „verloren", Zellenrazzien bei GG/BO-Sprechern, es wird mitunter ein Klima in einzelnen Hafthäusern und Betrieben erzeugt, um interessierte Inhaftierte davon abzuhalten, der GG/BO beizutreten. „Union Busting" pur! In den JVAs Tegel, Willich, Würzburg, Frankenthal und Landsberg/Lech laufen zum Teil seit Monaten mehrere Verfahren vor Strafvollstreckungskammern, um die rechtswidrigen Attacken seitens der Vollzugsbehörden gegen die GG/BO-Aktivität hinter den Knastmauern abzuwehren. Um diesen gewerkschaftsfeindlichen Übergriffen begegnen zu können, brauchen wir als GG/BO die aktive Solidarisierung von (Basis-)Gewerkschaften und engagierten (Basis-) GewerkschafterInnen, damit sich das Modell „Kein Knast ohne GG/BO" weiter und breiter verankern kann.

Interview: Claudia Froböse



Foto: Jens Kammradt

Warnstreik 25.03.2015 in Hannover.

Nicht für die paar Pimperlinge!

FAU Hannover lehnt Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst der Länder als unzureichend ab

Am Ende ging's Knall auf Fall: Statt ernsthafte Arbeitskampfmaßnahmen einzuleiten, wurde ein Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder ausgehandelt, der derzeit nur lange Gesichter hinterlässt. Denn das Ergebnis blieb weit hinter den Forderungen zurück.

Wenig bleibt: Keine Einmalzahlung als Ausgleich für die zurückliegenden Monate. Stattdessen lineare Entgelterhöhungen von 2,1 bzw. 2,3 Prozent (mindestens aber 75 Euro) in den Märzmonaten 2015 und 2016. Die verhandlungsführenden Zentralgewerkschaften sprechen zwar von durchschnittlichen Gehaltssteigerungen von 4,83 Prozent. Doch die werden allenfalls im März nächsten Jahres erreicht. Auch die Jahressonderzahlung Ost soll nun in fünf Schritten erst 2019 auf Westniveau steigen. Ganz zu schweigen von den übrigen Forderungen, v.a. für Auszubildende und gegen die Befristungspraxis der Arbeitgeber. Auch die blieben weitestgehend auf der Strecke. Magere 30 Euro mehr für Auszubildende und PraktikantInnen in 2015 und 2016, einen Tag mehr Urlaub statt der geforderten drei. Das ist alles, was von den ursprünglichen Forderungen übrig blieb.

Als Erfolgsgeschichte verkaufen ver.di, GEW, dbb und GdP indes vor allem die Verhinderung von Leistungseinschränkungen in der betrieblichen Altersvorsorge VBL. Für die Tarifbeschäftigten tatsächlich das größte Reizthema in dieser Tarifrunde. Wahrlich, ein Erfolg. Doch zu welchem Preis? Der ArbeitnehmerInnenanteil wird jeweils im Juli in drei Schritten bis 2017 erhöht. Dies führt zu einer Senkung der Nettogehälter. Zusätzlich erhöht sich durch die Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags das steuer- und sozialversicherungspflichtige Brutto-Einkommen der Beschäftigten, was zu einer weiteren Senkung ihrer Nettogehälter führt. Was also bleibt von der versprochenen Anhebung der Gehälter? Außer Wut und Unzufriedenheit?

Die ist jedenfalls an der Basis sehr groß.[1] Für dicke Luft im Zentralgewerkschaftslager selbst sorgte am Ende jedoch auch der Alleingang des Beamtenbundes (dbb). Stein des Anstoßes: Der Abschluss einer längst überfälligen Entgeltordnung für Lehrkräfte (L-EGO). Der dbb hatte hier eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern abgeschlossen, die die GEW strikt ablehnt. Die findet auch erstmals deutliche Worte für die Haltung des Beamtenbundes. Und kündigt ihm für die Zukunft jedwede Zusammenarbeit auf. Die GEW will jetzt weiterkämpfen. Und zwar bis eine Vereinbarung für LehrerInnen erreicht ist, die nicht allein dem Diktat der Arbeitgeber unterworfen ist.

Die FAU Hannover lehnt das Gesamtergebnis ab. Doch wertet sie ihre Streikbeteiligung als Erfolg. Denn die Tarifbeschäftigten der Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe Hannover (GGB) und des Allgemeinen Syndikats (ASy) der FAU Hannover beteiligten sich teilweise äußerst erfolgreich an den drei Warnstreikmobilisierungen in ihren Betrieben. Viele Unorganisierte, aber auch ver.di-Mitglieder konnten so überhaupt erst für eine Arbeitskampfbeteiligung gewonnen werden. Gemeinsam mit ihren KollegInnen von ver.di und GEW sowie Unorganisierten traten sie am 4. März, 12. März und 25. März in den Ausstand und demonstrierten zu den zentralen Streikkundgebungen in Bremen und Hannover. Und erwiderten eine Geste internationaler Solidarität: Auf der Kundgebung am 25. März in Hannover hatte auch eine Kollegin aus Griechenland zum Mikrofon gegriffen, um den Versammelten ihre Solidarität auszusprechen. Sie gehörte zu einer Gruppe von Reinigungskräften, die vom griechischen Finanzministerium entlassen wurde. Als Geschenk wurden der Kollegin die Fahnen der im Öffentlichen Dienst vertretenen Gewerkschaften überreicht. Darunter auch die der FAU Hannover.

Frank Matz (GGB-Hannover)

[1] Die Mitgliederbefragungen der Zentralgewerkschaften waren bei Drucklegung noch nicht abgeschlossen. Zu den aktuellen Entwicklungen: www.fau.org/ortsgruppen/hannover/od

Wird die Volkssolidarität Leipzig zum Klassenrüpel der Branche?

Leipziger Pflegeeinrichtung bemüht Abmahnkanzlei gegen GewerkschafterInnen

Lehrerinnen und Lehrer, die pubertierende Jugendliche unterrichten, erhalten manchmal den Eindruck, als würde in der Klasse ein Wettbewerb ausgetragen, wer sich am auffälligsten daneben benimmt, die meisten Regeln verletzt und wenn's Ärger gibt am besten bockig in die Opferrolle schlüpft. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben manchmal den Eindruck, dass die ArbeitgeberInnen der Pflegebranche genau denselben Wettbewerb führen, mit denselben Regeln. Dabei ist es nicht von Belang, ob der Arbeitgeber privat, in kommunalem Besitz, ein weltlicher oder kirchlicher Träger ist, ob er Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband ist oder nicht.

Da wird getan, als gäbe es weder das Arbeitszeit- noch das Entgeltfortzahlungsgesetz. Das Betriebsverfassungsgesetz wird außerordentlich kreativ interpretiert beziehungsweise wie eine unverbindliche Handlungsempfehlung betrachtet. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden in ihrer Freizeit zum Dienst gerufen, als hätte das Unternehmen einen Anspruch darauf. Wenn Angestellte arbeitsrechtliche Kenntnisse haben und das ablehnen, werden sie emotional erpresst. Das Direktionsrecht wird teilweise nach Gutsherrenart mit Recht zur Willkür verwechselt. Den Effekt, dass den Gutsherren, die es zu bunt trieben, die Bauern und Landarbeiter wegliefen, erleben heute manchmal auch die Unternehmen der Pflegebranche. Nur selten kommt es vor, dass sich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in dieser Branche wehren, statt den Arbeitgeber zu wechseln. Umso erstaunter sind die Chefs, wenn diese Angestellten sich solidarisieren, gemeinsam gegen Missstände und Willkür vorgehen oder sich sogar Unterstützung bei einer Gewerkschaft holen.

In der Ökumenischen Sozialstation Leipzig, die gemeinsam von Diakonie und Caritas betrieben wird, war es bisher üblich, dass die Angestellten zur Kasse gebeten werden, wenn das Dienstauto durch Einbruch oder einen Unfall beschädigt wird. Da offenbar nur ein unzureichender Versicherungsschutz vorliegt, sollen die Angestellten die Differenz bezahlen. Vor ein paar Monaten ließ sich ein Angestellter dies nicht mehr gefallen und holte sich Rat bei der FAU und verweigerte die Zahlung. Der Geschäftsführer wollte nun ein Gespräch mit dem Mitarbeiter führen. Erst alleine dann mit Vertretern der „Mitarbeitervertretung". Da nach Ansicht der FAU Leipzig die „Mitarbeitervertretung" kein Organ der Arbeitnehmerschaft ist und der Geschäftsführer sich nicht zutraute, ein Gespräch unter Hinzuziehung eines FAU-Vertreters zu führen, war von Arbeitnehmerhaftung keine Rede mehr, was sich allmählich im Betrieb herumsprach.

Anders die Reaktion auf gewerkschaftliche Organisierung bei der Volkssolidarität Leipzig: Eine Wohnbereichsleiterin (WBL) weigerte sich, FSJlerInnen, Azubis und PraktikantInnen als volle Pflegekräfte einzusetzen und forderte die Geschäfts- und Personalleitung auf, eine unbesetzte Stelle wieder zu besetzen, da die Unterbesetzung zu einer Verschlechterung der Pflege führe. Die Stelle wurde erst wieder neu besetzt, als das Personal eine Überlastungsanzeige angekündigte. Daraufhin wurde der WBL die Teilnahme an einer Personalführungsschulung nahegelegt. Bald darauf wird sie ohne Angabe von Gründen freigestellt und das gesamte Personal – mit einer Ausnahme – solidarisiert sich mit ihr. Also wurde nicht die stellvertretende WBL die Nachfolgerin, sondern die Ausnahme. Die freigestellte und die stellvertretende WBL wandten sich dann an die FAU. Neben der Unterstützung für die freigestellte Mitarbeiterin, forderte die FAU Leipzig von der Volkssolidarität die Einsetzung der übergangenen Stellvertreterin mit entsprechender Bezahlung. Auch beteiligten sich Mitglieder der FAU maßgeblich am Bündnis „Rettet die Volkssolidarität", das in und an einigen Einrichtungen einen „Offenen Brief" verteilte, in dem unter anderem arbeitsrechtliche Missstände angesprochen wurden. Daraufhin gab es innerhalb des Wohnheims einige „ordnungspolitische" Versetzungen, es begann eine „rege Internetrecherche", wer denn Mitglied der FAU sei, damit die Vorgesetzten bei deren Arbeitsleistung „mal besonders hinschauen". Allerdings hatten die meisten FAU-Mitglieder im Betrieb schon vorher ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft recht offensiv gezeigt. Nun sind die Mitgliedschaften im Bündnis und der FAU aber nicht deckungsgleich. Aus arbeitsrechtlich-taktischen Gründen wurde gerade Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von einer Doppelmitgliedschaft abgeraten. Unter einigem Personal- und Technikaufwand und Bemühung einer Abmahnkanzlei, die es mutmaßlich darauf anlegt, die Beweismittel und eidesstattlichen Versicherungen zu sehen, bemüht sich die Geschäftsführung nun die Bündnisleute im Betrieb zu identifizieren. Die Holzwege und immer neuen Mutmaßungen haben schon einen gewissen Unterhaltungswert.

Der erste Kammertermin am Arbeitsgericht Leipzig in der Klage auf Rücknahme der Versetzungen und Schmerzensgeld wegen Mobbings gegen die Volkssolidarität Leipzig wird voraussichtlich am 30. April stattfinden.

Leo Stein

www.rettet-die-volkssolidaritaet.leipzig.in

Meldungen aus der FAU

FAU Dresden: Sächsische Demokratie

Nachdem sich Mitglieder der FAU in der Sächsischen Schweiz (nahe Dresden) an einer kleinen Kundgebung gegen eine rassistische NPD-Demonstration beteiligten, beschäftigte ihre Anwesenheit dort mehrfach den Stadtrat in Bad Schandau und die *Sächsische Zeitung*. Während die Teilnehmenden der Gegenkundgebung sich sehr für die Unterstützung bedankten, versuchten konservative PolitikerInnen der Kleinstadt gegen die Gewerkschaft Stimmung zu machen. Die lokalen Mitglieder antworteten mit einem offenen Brief an den Stadtrat.

FAU Dresden: Lohnspiegel-Kampagne

Die Basisgewerkschaft Nahrung und Gesundheit bereitet sich aktuell auf eine breite Wiederaufnahme der Lohnspiegel-Kampagne in der Dresdner Gastronomie vor. Die alten Daten sind durch die Einführung des Mindestlohns zum größten Teil unaktuell geworden. Die neuerliche Datensammlung und Veröffentlichung will die Gewerkschaft durch eine kleine Kampagne bewerben.

FAU Freiburg: Geringfügig angepisst

Der am 1. Januar 2015 eingeführte Mindestlohn gilt auch für MinijobberInnen. Eine klassische Argumentation der ArbeitgeberInnen, die Bezahlung des Mindestlohns zu umgehen, ist die Behauptung, 450-Euro-JobberInnen stehe der Mindestlohn nicht zu. Das ist eine Lüge! Ein weiterer Trick ist der Versuch, bei Reinigungskräften auf Leistungslohn umzustellen. Andere ArbeitgeberInnen versuchen, den Mindestlohn zu umgehen, indem sie – illegalerweise – unbezahlte Mehrarbeit verlangen. Die Kampagne der FAU Freiburg „Geringfügig angepisst" hat sich zum Ziel gesetzt, über das Recht sogenannter geringfügig Beschäftigter aufzuklären, um gegen Ausbeutung im Minijob anzukämpfen:
www.minijobfreiburg.blogsport.eu

„Armutseinwanderer"?

Ein Diskussionsbeitrag zum Schwerpunkt der letzten Ausgabe

Die Politik macht sich Sorgen: Zehntausende neu zugewanderte Roma in Berlin, Camps in öffentlichen Parks und offensichtlich überfüllte Immobilien. Sie reagiert mit Stimmungsmache und der Wiederbelebung sämtlicher rassistischer Klischees gegenüber Roma als dem Teil der neuen osteuropäischen Migration, der am stärksten wahrgenommen wird.

Die Berliner außerparlamentarische Linke reagiert, wenn überhaupt, hilflos mit einem Antirassismus, der die Roma eher als hilfsbedürftige Objekte denn als mögliche Verbündete in einer sozialen Auseinandersetzung sieht und in dem ungewollt auch Klischees über „die Roma" mitschwingen. Auch weil die Lebenssituation so drastisch ist, dass sie nicht in die Vorstellungswelt deutscher Linker passt, gibt es kaum eine Wahrnehmung gemeinsamer Interessen. Das führt dazu, dass linke Aktivitäten zum Thema oft vor allem karitativen Charakter haben und bestenfalls Symptombekämpfung sind.

Immerhin macht die gemeinsame Auseinandersetzung der rumänischen Kollegen und der FAU Berlin um die „Mall of Shame" Hoffnung auf einen Paradigmenwechsel.

Wir, die AutorInnen dieses Textes haben auch keine endgültigen Antworten, hoffen aber mit unserem Text ein wenig zu einem besseren Verständnis der Situation beizutragen.

Neue „Gastarbeiter" und Zuzug von ArbeitsmigrantInnen aus Südosteuropa

Die EU-Osterweiterung bedeutet für das deutsche Kapital unter anderem den Zugang zu einem neuen riesigen Arbeitskräftereservoir. Zugleich ist die Arbeitsmigration – weil individuell – nicht wirklich steuerbar. Neben der regen Vermittlung von vertraglich abgesicherten Arbeitskräften, besonders für die Pflegearbeit über die rumänischen Arbeitsvermittlungsagenturen, wandern viele Menschen ein, die auf eigenes Risiko in Deutschland auf Arbeitssuche gehen.

Der Großteil der rumänischen sowie bulgarischen MigrantInnen findet lediglich ein extrem prekäres Auskommen. Als unterster Teil von oft ethnisch sortierten Subunternehmerketten (die deutsche Firma, der türkische Subunternehmer, der serbische Subunternehmer und dann der rumänische „Selbstständige"), arbeiten sie als Tagelöhner oder auf informeller Zeitarbeitsbasis in allen arbeitsintensiven Jobs wie etwa auf Baustellen, für die Lebensmittelindustrie oder in der Reinigung. Es gibt aber auch immer mehr offizielle Zeitarbeitsfirmen, welche sich auf Neuzugezogene ohne Berufsabschluss spezialisiert haben. Sie verleihen die Leute, meist als Logistikarbeiter direkt an Bahlsen, Coca Cola, die Fleischindustrie etc.

Rumänen und Bulgaren bauen das Gebäude der Deutschen Rentenversicherung, das Berliner Stadtschloss und den BER. Die Mall of Berlin ist nur das mittlerweile bekannteste Beispiel. Die dortigen Arbeitsbedingungen sind exemplarisch. Selbst DGB-Gewerkschaften sind seit einiger Zeit auf das Thema aufmerksam geworden und haben Beratungsstellen eingerichtet, wo man rumänisch und bulgarisch spricht.

Produktions- und Reproduktionskosten und das Drumherum

Die Einwanderungswelle senkt die Produktionskosten für das Kapital vor Ort enorm. Uns sind Beispiele von Leuten bekannt, die für Coca Cola 40 Stunden pro Woche im 3-Schicht-System arbeiten und am Wochenende den *strassenfeger* verkaufen, weil die Kohle nicht reicht. Die Löhne auf der Baustelle übersteigen, ob mit oder ohne Vertrag, in keinem Fall 8 Euro pro Stunde. Meist sind es weniger als 5 Euro. Wochenarbeitszeiten von 60 Stunden sind Standard. Auch die Reproduktion der neuen migrantischen ArbeiterInnen kostet das Kapital kaum etwas und den Staat meist gar nichts.

Der Zugang zu Kindergeld sowie ALG 2 wird immer mehr erschwert, die Anmeldung in Deutschland läuft über die Vermittlung von Beratungsstellen und NGOs oder über ein halbmafiöses System, das Meldebescheinigungen, Übersetzungen und andere öffentliche Dokumente als Dienstleistung teuer verkauft. Tatsächlich bis ins deutsche Sozialsystem schaffen es verhältnismäßig wenige.

Ohne vertraglich geregelten Job oder Leistungen vom Jobcenter gibt es kaum Chancen eine Krankenversicherung zu erhalten. Trotz Versicherungspflicht vermeiden es die Krankenkassen, die MigrantInnen aufzunehmen, weil prekär Beschäftigte aus prekären Verhältnissen, die regelmäßig chronische oder anders schwerwiegende Krankheiten haben, ein unerwünschter Kostenfaktor sind. Viele ArbeiterInnen leiden z.B. unter Diabetes, Nierenschäden oder Herzerkrankungen, zudem gibt es viele Arbeitsunfälle. Im Problemfall heißt es, die ArbeiterInnen hätten sich der Versicherungspflicht entzogen. Versicherungslücken führen zu enormen Nachforderungen von Seiten der Kassen und haben Schulden sowie noch stärkere Rechtlosigkeit zur Folge. „Selbstzahler"-Beträge für ärztliche und stationäre Behandlung von mehreren tausend Euro pro Jahr pro Familie und somit wiederum Anhäufung von Schulden wären die Alternative.

Es gibt in Berlin für nicht regulär Beschäftigte fast keinen Zugang zum regulären Wohnungsmarkt. Das bedeutet, dass Wohnraum untereinander vermittelt wird und viele Leute in zu kleinen und heruntergekommenen Wohnungen leben. Häufig müssen sie Schmiergelder von zum Teil mehreren tausend Euro an (deutsche) Vermieter zahlen. Eine ganze Reihe findiger Vermieter sowie Hostelbesitzer hat sich mittlerweile auf diese Zielgruppe spezialisiert und vermietet ohne die üblichen Gehalts- und Schuldenfreiheitsnachweise zu unglaublichen Preisen.

Die Kinderbetreuung wird meist familiär geregelt. In Berlin gibt es zu wenig Kitaplätze. Das betrifft alle EinwohnerInnen der Stadt. Die EinwanderInnen sind diejenigen, die das am stärksten spüren. Deshalb kommt dann zum Beispiel die Großmutter aus Rumänien, damit sie auf die Kinder aufpasst.

Bei geringem Einkommen ist kaum Geld für Mobilität übrig. Die Wege zur Arbeit, mit den Kindern zur Schule etc. müssen aber gefahren werden. Die Folge sind flächendeckend Schulden aus Bußgeldern bei der BVG, bzw. deren Inkassofirmen.

In den arbeitsintensiven Jobs arbeiten größtenteils die Männer. Das Familieneinkommen wird oft aufgestockt durch „Nebentätigkeiten" der Frauen bspw. durch Pfandflaschen sammeln, *strassenfeger* verkaufen, in Privathaushalten putzen etc.

Wohnungspolitik

Für niemanden gibt es mehr billige Wohnungen in Berlin. Diejenigen, die das am meisten zu spüren bekommen sind die Neueingewanderten Die Bedingungen, unter denen die neu eingewanderten ArbeiterInnen in Berlin leben, sind die Bedingungen, unter denen weltweit der größte Teil der Arbeiterklasse lebt. Weltweit gesehen gehört es nicht zum Standard, dass der Lohn die Kosten für eine angemessene Unterkunft deckt. Auch heute lebt ein großer Teil der Weltbevölkerung in Slums, Favelas, und ähnlichem, wo diese Kosten nicht anfallen und nicht vorgesehen sind, pendelt vom Dorf in die Fabrik oder lebt in Massenunterkünften, in denen die „Miete" direkt mit dem Lohn verrechnet wird. Auch in Berlin hat sich der Standard erst seit den 1950er Jahren geändert – mit dem fordistischen Klassenkompromiss, der höhere Löhne und die großen Wohnungsbauprojekte der Sozialdemokratie einschloss. In dieser Form ist der Klassenkompromiss allerdings passé. Die Reallöhne sinken. Sozialer Wohnungsbau findet nicht mehr statt.

Ethnisierung

Die Ethnisierung von Armut, als wichtigstes Merkmal des Antiziganismus, prägt alle hierzulande seit eh und je verbreiteten und nun wieder neu aufgewärmten Klischees sowie Vorurteile gegenüber „Zigeunern". Die damit geschürte Angst und Ablehnung von Seiten der Mehrheitsbevölkerung sind ein wichtiges Hilfsmittel um die Leute in ihre Schranken zu verweisen und sicherzustellen, dass sie die angebotenen Arbeits- und Lebensbedingungen akzeptieren. Natürlich ist es gleichzeitig auch hilfreich, einer ebenfalls von immer unsichereren Lebensbedingungen betroffenen Mehrheitsbevölkerung einen Sündenbock und die Fleischwerdung aller Abstiegsängste präsentieren zu können.

Zur Ethnisierung des Problems gehört das auch in linken Kreisen verbreitete Argument, man müsste den Leuten helfen, denn die Roma sind auch in ihren Herkunftsländern diskriminiert und hätten keinen Zugang zu Bildungssystem, Arbeitsmarkt etc. Das ist so natürlich richtig, erzeugt aber alleingestellt ein Bild, in dem alle diese MigrantInnen aus dem letzten Bergdorf oder Ghetto kommen und noch nie einen Wasserhahn oder eine Schule von innen gesehen hätten. Es versperrt den Blick auf die Unterschiedlichkeit der Leute, aber auch auf ihre spezifischen Erfahrungen. Die Möglichkeit, dass es sich auch bei den rumänischen und bulgarischen Roma um einen Teil der ehemaligen osteuropäischen Industriearbeiterklasse handelt, wird mit diesem Blick von vornherein ausgeschlossen.

Stattdessen gilt es festzuhalten, dass viele mit beeindruckenden Erwerbs- und Migrationsbiografien aufwarten können. Neben ErntearbeiterInnen, die in den Jahren vor Krisenbeginn in Spanien, Italien, Griechenland ein im Vergleich zu Berlin sicheres Auskommen hatten und Leuten, die schon auf Baustellen an allen Ecken dieser Welt gearbeitet haben, gibt es genug ehemalige Industriearbeiterinnen, Bahnangestellte, Heizer, Monteure, Hausangestellte, Elektriker, die sich erst durch die Entlassungswellen in der Transformationsperiode in Osteuropa in die Situation gerieten, sich wieder auf ihre ethnische Zugehörigkeit reduziert zu sehen.

Es wäre ebenso eine Aufgabe der Linken in Deutschland die Erfahrungen der Leute ernst zu nehmen und die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass man ebenfalls von ihnen etwas lernen könnte. Außerdem erinnert die Biografie vieler osteuropäischer MigrantInnen daran, dass schulische Bildung nicht die einzige Art von Bildung ist, die ein Mensch erhalten kann und zudem alles andere als ein Garant für gesellschaftlichen Aufstieg ist.

Was hat das mit meiner Gewerkschaft zu tun?

Ein Heer rechtloser KollegInnen verschlechtert immer auch die Arbeitsbedingungen derjenigen, die zurzeit noch gewisse Rechte genießen. Je verzweifelter und prekärer die Lebenssituation der Arbeiterinnen ist, desto eher führt sie zur Entsolidarisierung. Extrem stigmatisierte Personengruppen, die zunächst erstmal beweisen müssen, dass sie überhaupt gute Arbeitende sein können, sind schwierige KollegInnen. Denn sie müssen sich dem Chef gegenüber profilieren und nicht in erster Linie gegenüber den KollegInnen. Am schnellsten arbeiten, keine Pause machen, die ganz schweren Sachen schleppen können,... Die Leute müssen den Job auf jeden Fall behalten, denn die Chancen einen anderen zu finden sind gering und oft hängen noch viele Familienmitglieder an diesem Einkommen.

Von offizieller Seite wird gerne behauptet, dass die Zahl der MigrantInnen aus Rumänien und Bulgarien steigt. Selbst wenn das so sein sollte, ist es wichtig im Hinterkopf zu behalten, dass ein Großteil der Leute seit drei bis fünf Jahren in Deutschland ist. Mit der Zeit und besonders mit dem Eintreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien, werden sich die Leute ihrer Rechte bewusst und trauen sich auch hin und wieder etwas zu riskieren. Erfreulicherweise gibt es, neben der Mall of Shame, mittlerweile einige Beispiele in Frankfurt am Main und Hamburg, wo rumänische Arbeiterinnen sich gegen ihre Arbeitsbedingungen gewehrt haben und diese Kämpfe gewonnen haben.

An dieser Stelle macht die politisch inszenierte Panikmache zur „Armutseinwanderung" und damit einhergehende Repression den ersten Ansätzen von Organisation sofort den Garaus. Für eine Basisgewerkschaft ist es zwingend notwendig einen Weg zu suchen, dem zu begegnen.

Es gilt, den gleichberechtigten Kontakt zu suchen und gemeinsame Ansätze für eine gewerkschaftliche Organisierung zu finden. Sich eine Vorstellung von den reellen Arbeits- und Lebensverhältnissen der neuen Kolleginnen zu machen ist Ausgangspunkt und Voraussetzung dafür.

Elka Holan und Peter Mrok

Peter Hartz' schauerliche Reise nach Paris

Ein Überblick über aktuelle Prekarisierungstendenzen in Frankreich

Noch ist es nicht so weit: Keine mit den nach Peter Hartz benannten Gesetzen vergleichbaren Regelungen, vor allem nicht solche, die mit „Hartz IV" deckungsgleich wären, konnte bislang in Frankreich verabschiedet werden. Zwar träumt auch ein Teil der Kapitalverbände und der politischen Eliten in Frankreich davon, ähnliche einschneidende „Reformen" durchzuführen.

Heute können unter 50jährige Lohnabhängige bis zu maximal 23 Monate eine Arbeitslosenunterstützung (in Höhe von 57 % des Bruttolohns während der letzten zwölf Monate erhalten), so genannte „Senioren und Seniorinnen" auch bis zu drei Jahren. Also erheblich länger als in Deutschland, wo nach einem Jahr das Abfallen in die früher so genannten Sozialhilfe droht.

Die „Realität der Arbeitssuche" kann zwar grundsätzlich seit einem „sozialpartnerschaftlichen" Abkommen zwischen CFDT und Arbeitgeberlager aus dem Jahr 2000 kontrolliert werden. Und der rechtssozialdemokratische Arbeitsminister François Rebsamen schlug im September 2014 in mehreren Interviews vor, das Kontrollregime erheblich zu verschärfen, unter Androhung der Streichung der Arbeitslosenbezüge – bevor er seine Ankündigungen, unter Protesten, wieder zur Hälfte zurückzog. In Wirklichkeit finden jedenfalls flächendeckend solche Kontrollen bislang nicht statt, auch aufgrund personeller Unterbesetzung der Ämter des Pôle emploi, der französischen Arbeitsagentur. In 2014 wurden sie allerdings probeweise in mehreren französischen Verwaltungsbezirken durchgeführt; und belegten angeblich, dass 13 Prozent der Erwerbslosen (im Raum Poitiers) respektive 20 Prozent (im Raum Toulon) angeblich betrügen und nach keiner Erwerbsarbeit suchen. Mit Folgeschritten ist also möglicherweise zu rechnen.

Unterdessen suchte allerdings Präsident François Hollande, der wirklich nicht mehr weiß, was er gegen Vorwürfe wegen der weiterhin steigenden Erwerbslosigkeit erfinden soll, explizit Zuflucht beim Modell Deutschland. Am 28. Januar 2014 berichtete die Saarbrücker Zeitung darüber, zwei Monate zuvor habe der französische Präsident den früheren Kanzlerberater unter Gerard Schröder und VW-Personaldirektor Peter Hartz, der die nach ihm benannten Gesetze inspiriert, getroffen. Bis dahin war strikte Geheimhaltung über diese Zusammenkunft gewahrt worden. Am übernächsten Tag weilte Hartz in Paris, aber die Sache hatte nunmehr aus Sicht der Regierungsspitze zu viel Staub aufgewirbelt – zwei geplante Treffen mit Arbeitsminister Sapin sowie Gesundheitsministerin Marisol Tourraine wurden eilig abgesagt. Die Pariser Abendzeitung Le Monde empfing Hartz allerdings am 30. Januar desselben Jahres in ihrer Redaktion. Ihr gegenüber gab der Mann unter anderem zum Besten: „Einen Minijob zu haben, ist besser, als keinen Job zu haben" – Hauptsache Arbeit, nicht wahr! -, und er hatte einen Einfall, wie man arbeitssuchenden jungen Leuten zu einer Perspektive verhelfen könne. Wer keine Einstellung findet, soll es einfach wie Erasmus-Studierende mit Mobilität im gesamten EU-Raum probieren. (Wenn sein Rezept Anwendung findet, werden sich also künftig die EU-Staaten einfach ihre Arbeitslosen gegenseitig zuschicken, in der Hoffnung, dass das Problem schon auf dem Wege schon irgendwie eine Lösung findet…)

François Hollande ließ gleichzeitig das Gerücht dementieren, dass Hartz bei ihm mit einem Beratervertrag eingestellt werde. Zugleich machten die Berater des französischen Präsidenten in verschiedenen Presseorganen kein Geheimnis daraus, dass Hollande vom deutschen Modell „fasziniert" sei, weise es doch Erfolge beim Rückgang der Arbeitslosigkeit und befriedete Sozialbeziehungen auf.

Nichtsdestotrotz finden auch heute bei der französischen Arbeitslosenversicherung regressive „Reformen" statt. Einschnitte durchexerziert werden dabei vor allem bei zwei Gruppen: den intermittents du spectectale, also den „diskontinuierlich Beschäftigten Lohnabhängigen des Kulturbetriebs", sowie den Zeitarbeiter-inne-n. Die ihnen geschuldeten Leistungen aus der Arbeitslosenkasse werden durch eine paritätische Vereinbarung der „Sozialpartner" vom 22. März 2014, die dieses Mal durch alle größeren Gewerkschaftszusammenschlüsse mit Ausnahme der CGT (als stärkstem Zusammenschluss) sowie Solidaires (linke Basisgewerkschaften) unterstützt wurde und im Mai desselben Jahres durch die Regierung Gesetzeskraft verliehen bekam, abgebaut.

Die Besonderheit des in 1930er Jahren erstmals geschaffenen Status der intermittents besteht darin, während der, formal betrachtet, beschäftigungslosen Zeiten einen Lebensunterhalt aus der Arbeitslosenkasse erhalten. Dabei täuscht jedoch der Anschein, was die beschäftigungslosen Phasen betrifft. Denn bezahlt wird bei dieser Tänzern, Schauspielerinnen, Sängern oder Zirkuskünstlerinnen in aller Regel nur auf die Zeit des Auftritts. Aber wenn der Musiker nicht am Klavier sitzt oder vor dem Mikrophon steht, sondern Stücke schreibt oder einübt, und wenn die Regisseurin ihr Drehbuch verfasst und monate- oder jahrelange Vorarbeiten für die Drehperiode trifft, wird in aller Regel keine Bezahlung fällig. Der Statuts der intermittents erlaubt die Überbrückung dieser Perioden.

Die Regeln für alle Sozialversicherten und ihren Zugang zur Arbeitslosenkasse werden jährlich neu ausgehandelt. Die Besonderheit dabei ist, dass die französische Arbeitslosenkasse UNEDIC - wie andere Zweige der Sozialversicherung - paritätisch durch Gewerkschaften und Kapitalverbände verwaltet wird. Alle beteiligten Verbände, Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter, müssen unterdessen jährlich die neuen Spielregeln für die Auszahlung von Arbeitslosengeldern festlegen. Diese müssen im Nachhinein durch die Regierung bestätigt werden.

Zu Anfang 2014 wollte der stärkste Arbeitgeberverband MEDEF einen dicken Coup landen. Lautstark verkündete er, er wolle nunmehr endgültig diesen „kostspieligen" Sonderstatus der intermittents restlos abschaffen, und werde darauf in den Verhandlungen drängen. Die viel diskutierte Abschaffung des intermittents-Status blieb dann zwar aus. Dennoch wird es nun erneut einigen prekären Kulturschaffenden wirtschaftlich an den Kragen gehen. So wird eine „Karenzzeit" eingeführt, also eine neue Warteperiode, während derer die betreffende Person ohne Unterhalt bleibt und von eigenen Ersparnissen leben muss. Deren Dauer rechnet sich nach dem formal für die Auftrittsperiode errechneten Brutto-Tagesverdienst. „Bei einem realen Monatsverdienst von 1.200 Euro wird etwa eine Wartefrist von anderthalb bis zwei Monaten entstehen", wie die Basisgewerkschaft SUD vorrechnet.

Viele Kulturprekäre droht dies auf Dauer zu ruinieren. Hinzu kommt etwa eine Anhebung ihrer Sozialbeitragssätze. Auf abhängig Beschäftigte und Arbeitgeber – das sind in diesem Sektor mitunter kleine Bühnen und Veranstaltungsorte, die oft selbst unterfinanziert sind – verteilt, werden diese von bislang 10,8 auf rund 13 Prozent steigen. Noch härter getroffen werden unterdessen jedoch die LeiharbeiterInnen. Die Letztgenannten drohen künftig zwischen 200 und 400 Euro monatlich an Anspruch zu verlieren. Viele von ihnen dürfte dies die nackte Existenz kosten. Ohnehin nimmt die Zahl der angebotenen Leiharbeitsstellen seit 2011 (trotz kurzfristiger punktueller Zuwäche) global ab,


Na wer hat sich denn da nach Paris verirrt?

weil diese Beschäftigtengruppe in der Krise als „Puffer" benutzt wird – um die so genannten Kernbelegschaften etwas länger vor den Auswirkungen ebendieser Krise zu schützen, geht es den Leit- und Zeitarbeiter-inne-n zuerst an die Existenz. So wurden in den letzten vier Jahren insgesamt rund 70.000 Beschäftigungsstellen für LeiharbeiterInnen abgebaut.[1]

Seit einem Gesetz vom 14. Juni 2013, das wiederum ursprünglich auf einer Vereinbarung zwischen CFDT und Arbeitgeberlager beruht und durch die Regierung pikanter- oder perserverweise „Gesetz zur Beschäftigungssicherung" getauft wurde, wird aber auch die „betriebsbedingte Kündigung" von festangestelltem Stammpersonal erleichtert. So wird die gerichtliche Kontrolle von so genannten „Sozialplänen" ausgehebelt, sofern im Betrieb eine „sozialpartnerschaftliche" Vereinbarung über dieselben getroffen werden kann, und gerichtliche Anfechtungsfristen wurden erheblich verkürzt.

Bernard Schmid

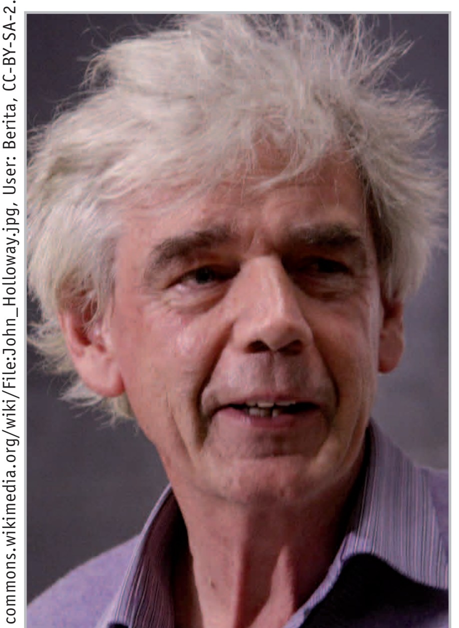
Quelle:

[1] Vgl. www.lefigaro.fr/emploi/2015/02/03/09005-20150203ARTFIG00003-nouveau-recul-de-l-interim-en-2014-a-cause-du-btp.php

„Vielfalt" als anti-kapitalistisches Programm?

Zum Kongress der Kurdischen Linken in Hamburg

Es war ein VIP gespicktes Polit-Lineup: Occupy-„Gründer" und Feuilletonanarchist David Graeber, Bookchin-Biographin Janet Biehl oder der neomarxistische Politologe John Holloway unterstrichen den Anspruch der OrganisatorInnen, dass der Kongress „Network for an alternative quest: Die Kapitalistische Moderne herausfordern II" - orientiert an der PKK nahen kurdischen Bewegung - neue Impulse für eine globale anti-kapitalistische Bewegung geben sollte. Jedes der vielen Podien, die die Universität Hamburg über das Osterwochenende beherbergte, spiegelte fast die gesamte Bandbreite linker Bewegungen und Ansätze wieder. Indische Grassroots-Aktivistinnen waren genauso zugegen wie ein venezolanischer Regierungsberater, langjährig inhaftierte türkische Kommunistinnen ebenso wie britische Uniprofessoren, syrisch-kurdische YPJ-Kämpferinnen trafen auf Politiker der deutschen Partei „Die Linke". Proklamiertes Ziel der Konferenz war die „Sezierung" der kapitalistischen Moderne, also die sich zuspitzenden globalen Krisen in einen Bezug zur kapitalistischen Produktionsweise zu setzten.


Ein Stargast: John Holloway, Politologe an der Benemérita Universidad Autónoma de Puebla

Die Diskussion der diversen globalen Krisen führte immer wieder zu der Feststellung, dass die kapitalistische Moderne ihre Versprechungen, Rassismus, Fundamentalismus und Patriachalismus zu überwinden, nicht einlösen kann: In vielen Teilen der Welt sind ethnische, religiöse und frauenfeindliche Gewalt auf dem brutalsten Niveau seit Jahrhunderten. Das Gesellschaftsprojekt in Rojava wurde gegen diese Zustände in Stellung gebracht, da hier ein friedliches Zusammenleben verschiedener Ethnien und Religionen möglich werden könne und die Frauenbewegung ein wichtiger Faktor ist. Der isolierten und marginalisierten linken kurdischen Bewegung scheint zumindest in den kleinen Kantonen Rojavas in der Hölle des syrischen Bürgerkrieges etwas zu gelingen, was militärischen Großmächten wie der Türkei oder den USA unmöglich ist. Allein, wie diese notdürftige Linderung der syrischen Katastrophe schon eine „Alternative" zum globalen Kapitalismus bietet – wie es in den Publikationen der Hamburger Konferenz ja den Anschein erweckte – blieb äußerst vage. Vielmehr kam zum Ausdruck, dass es im Konzept des Demokratischen Konföderalismus nach PKK Gründer Abdullah Öcalan zu allererst um Toleranz und Akzeptanz, um Demokratie und Austausch geht. Diese Werte müssen mit Blick auf Rojava als eine an der Realität des Nahen und Mittleren Ostens orientierte Praxis ernst genommen werden, einen Ausweg aus der sich seit Jahrzehnten zuspitzenden Barbarei zu finden. Genau dies aber taten einige deutsche TeilnehmerInnen der Konferenz nicht: Beharrlich wurde die Etablierung eines „alternativen Bankensystems" in Rojava gefordert, wurde gejubelt, dass das isolierte, ökonomisch in weiten Teilen am Boden liegende Rojava nicht durch das Finanzsystem „neokolonialisiert" sei – unerträgliche Euphemismen für die verzweifelte Lage z.B. im komplett zerstörten Kobani.

Marcus Munzlinger

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Frankreich: Radio-Angestellte sorgen für Funkstille

Am 19. März starteten die Beschäftigten des staatlichen Rundfunkverbundes Radio France einen Streik, der nunmehr bis Mitte April andauert. Grund dafür sind Einsparungsvorhaben der Regierung, die die Kündigung von 330 bis 380 Beschäftigten der rund 4000 Angestellte umfassenden Sendeanstalt vorsehen, die seit Jahren rote Zahlen schreibt. Viele der ohnehin oft prekär beschäftigten Mitarbeiter sowie einige kritische Zeitungsartikel machen vor allem zweierlei Faktoren für die drohenden Kündigungen verantwortlich: Zum einen wäre da nach ihrer Auffassung konkret das Vorgehen des derzeitigen Intendanten Gallet, der durch unnötige und selbstherrliche Ausgaben Geld regelrecht verschwendet haben soll; zum anderen sind es die Auswirkungen einer etwas länger zurückliegenden Maßnahme: Damals ließ Sarkozy die Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verbieten, was zu Defiziten im Sendehaushalt führte. Die Regierung sprang daraufhin den staatlichen Fernsehsendern bei, um die Millionenlöcher zu stopfen – allerdings zu Lasten der Radiosender. So gibt es seit Streikbeginn Musik. Diese füllt den leeren Senderaum von Radio France, dessen Sender sonst eher intellektuelle Kultur- und Nachrichtenbeiträge ausstrahlen. Zwischendurch wird eine Stellungnahme zum Streik verlesen. Das bürgerliche Lager deutet den Konflikt hingegen als Widerstand einer „unvernünftigen" Minderheit, die angeblich die Existenz des ganzen Senderverbundes gefährde. Die Fronten haben sich verhärtet: Premier Valls missbilligte öffentlich das Vorgehen der Gewerkschaften (darunter auch Basis- und linke Gewerkschaften wie SUD und CGT). Diese für ihren Teil sind nicht mehr bereit, mit dem in Ungnade gefallenen Intendanten Gallet zu verhandeln. Daher hat die Regierung nun einen Vermittler eingesetzt, Dominique Jean-Chertier. Doch ist dieser für die Gewerkschaften eher ein rotes Tuch als eine neutrale Person, da er als Direktor der Arbeitslosenkasse in den 90er Jahren sowie als ehemaliger Berater des liberalkonservativen Premiers Raffarin eine arbeiterfeindliche Politik befördert hatte.

Vietnam: 80.000 Beschäftigte für Gesetzesänderung

Anfang April streikten rund 80.000 Beschäftigte der Pou Yuen Schuhfabrik in Ho Chi Minh Stadt eine Woche lang. Dabei ging es nicht um höhere Löhne: Die ArbeiterInnen fordern eine Gesetzesänderung, die es ihnen ermöglicht, nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses die vom Betrieb zurückgelegte Rentensumme auf einmal zu erhalten, anstatt sie sich monatlich auszahlen lassen zu müssen. Die Forderung kam vor allem deswegen auf, weil viele der Beschäftigten MigrantInnen sind, die mit der Aufgabe des Arbeitsverhältnisses meist zurück in ihr Heimatland gehen möchten und dort das Geld für den Aufbau bzw. Ausbau ihrer Existenz benötigen. Die Regierung versprach nun, das Gesetz zu ändern.

Südafrika: 1000 Entlassungen – Energiekonzern kämpft mit harten Bandagen

Es waren 3000 Leiharbeiter, die Ende März im zum Energiekonzern Eskom gehörenden Medupi-Kraftwerk für einen Tag ihre Arbeit niederlegten. Dafür gab es zwei Gründe. Erstens stand die Auszahlung von Prämien aus. Zweitens sollten die Beschäftigten künftig keine Mietbeihilfen mehr erhalten, sondern in Wohnheimen untergebracht werden. Nach dem Streik kam es zu sage und schreibe 1000 Entlassungen durch die Subunternehmen. Die Maßnahme wurde – das ist recht unüblich – auch vom Hauptunternehmen Eskom massiv verteidigt. Dabei rechtfertigt die Firmenleitung den Schritt als legitime Reaktion auf den „wilden" Streik. Ob es zu weiterem Widerstand kommt, bleibt abzuwarten.

Mexiko: Misserfolg der LandarbeiterInnen wegen (falscher) Zugeständnisse?

Vom 17. März an streikten beinahe 80.000 LandarbeiterInnen im Bundesstaat Niederkalifornien zwei Wochen lang für bessere Löhne. Mittlerweile wurden die Tageslöhne nach einem Abkommen mit den drei traditionellen Gewerkschaften von 110 Pesos (6,77 Euro) marginal auf 132 Pesos (ca. 8 Euro) angehoben, nachdem die ArbeiterInnen ihre eigenen Forderungen im Vorfeld von 300 auf 200 Pesos heruntergeschraubt hatten. Seitdem hat ein Großteil der Beschäftigten die Arbeit wieder aufgenommen. Doch etwa 25.000 ArbeiterInnen streiken zum jetzigen Zeitpunkt (Mitte April) immer noch. Wie entwürdigend der Arbeitsalltag der Beschäftigten sein muss, lassen neben der Forderung nach höheren Löhnen auch die Forderungen nach Einführung bezahlter Überstunden, einer Krankenversicherung und einigen frauenspezifischen Belangen erahnen.

Zusammengestellt von Redaktion Globales



Unideologisch? Das ist das Problem!

Ein Kommentar von Francisco von der Föderation der spanischen CNT in Galicien über Podemos und Syriza

Auch gemäß den heutigen Standards einer schnelllebigen Mediengesellschaft ist der Aufstieg von Podemos von bemerkenswerter Heftigkeit. Im Gegensatz zu all den anderen politischen Kräften, die aus der Erosion der Sozialdemokratie entstanden sind und die nach wie vor auf traditionelle Kommunikations- und Wahlkampfmethoden setzten, hat Podemos sämtliche Skrupel gegenüber den Funktionsweisen der modernen Massenmedien über Bord geworfen und diese intelligent und effizient eingesetzt. Dazu gehört auch die Adaption der alten Idee des „Dritten Weges", also sich als nicht einem rechten oder linken Lager angehörig zu inszenieren, sondern „von unten" zu kommen. Ein solcher Diskurs geht originär auf faschistische Parteien wie die Falange in den 30er Jahren zurück und wurde auch in jüngster Zeit – wenn auch mit wesentlich geringerem Erfolg – von der neofaschistischen Partei UpyD in Spanien angewandt. In Italien war diese Strategie der Schlüssel zum kurzzeitigen Erfolg der „5 Sterne Bewegung" von Beppe Grillo. Die Ideologie des unideologischen Neuanfangs ermöglicht einen den Erfordernissen des Internets und der Medienindustrie angepassten hemmungslosen up-to-date-Populismus, der auf jede Nachricht und jeden gesellschaftlichen Aufschrei eine „Stimme des Volkes" folgen lässt. Traditionelle Parteien können hier kaum mithalten.

Erstaunlicherweise ist Podemos die einzige politische Kraft in Spanien, die es verstand, die aktuelle soziopolitische Lage zu analysieren und zum eigenen Vorteil zu nutzen. Nach Dekaden der systematischen De-Ideologisierung hat die Gesellschaft komplett die Voraussetzungen dafür verloren, die eine Ideologie von der anderen zu unterscheiden. In einem Szenario, das sich Debord in seinen schlimmsten Alpträumen nicht hätte vorstellen können, hat das Medienspektakel mit seinen aufgeheizten Debatten und seinen sinnlosen Statistiken ideologische Formationen – also Überzeugungen – und auch das Klassenbewusstsein ersetzt. Bei allem Fokus auf systemische und systematische Prozesse der Ökonomie und der Massenpsychologie darf dabei aber nicht vollkommen außer Acht gelassen werden, dass auch die Medien ihre eigenen politischen Interessen haben. Die Konzentration der politischen Richtungsentscheidung auf alle paar Jahre abgehaltene Wahlen gibt den Medien starke Mittel zur Hand, selbst zum Akteur zu werden. Ob die voranschreitende Inhaltslosigkeit nun aber ökonomischen, psychologischen oder politischen Strukturen folgt – die meisten Menschen sind einfach nicht mehr in der Lage, jenseits von oberflächlichen Reizen zwischen ihren eigenen Interessen und den Gründen für ihre Misere zu unterscheiden.

Die Zeichen der Zeit

Der Schlüssel zu dem, was sich in Europa in der nächsten Zeit abspielen wird, liegt in dem Dilemma der neuen Sozialdemokratie von Podemos und Syriza: Um genügend Stimmen zu gewinnen, die tatsächlich eine Regierungsmehrheit für die proklamierte Anti-Austeritätspolitik möglich machen, dürfen diese Parteien keine Angriffsfläche für die den etablierten Parteien nahestehenden Medien bieten. Was diesen Medien als „radikal" oder „utopisch" gilt, muss verschwinden. Das Programm, das Podemos anfänglich so neu und attraktiv erschienen ließ – das bedingungslose Grundeinkommen, private Schuldenschnitte, Re-Industrialisierung, öffentliche Kontrolle über die Institutionen usw. – wurde immer weiter reduziert und schließlich fallen gelassen, damit man rechtzeitig zu den ersten Einladungen zu den großen TV-Debatten des Samstagabends als Repräsentantinnen und Repräsentanten der de-ideologisierten Mehrheit auftreten konnte. Podemos wollte eigentlich das Forum und das Mittel der von der Krise betroffenen Menschen sein. Die entsprechenden Inhalte wurden aber im Zuge des rasanten Aufstieges der Partei für ein dichotomes Konzept geopfert: Der Idee vom „Volk gegen die Kaste". Diese Gedankenfigur ist so naiv, so simpel, dass man das dahinterstehende Konzept als Abschied von allen konkreten politischen Zielen bezeichnen kann.

Es bestehen aber auch fundamentale Unterschiede zwischen Podemos und Syriza. Podemos entstand aus dem Wunsch, Kapital aus der diffusen 15M-Bewegung zu schlagen, aus ihrem betonten Interesse an Integration, ihrem gemäßigten Auftreten, ihrem schlecht verstandenen Pazifismus. Podemos ist eine opportunistische Vereinigung mit einer schwachen Struktur, weshalb diese Partei auch nicht in der Lage war, ernsthaft bei den Gemeindewahlen zu konkurrieren, da es dabei auch um konkrete Themen ging. Syriza hingegen ist seit ihrer Gründung vor einem Jahrzehnt kontinuierlich gewachsen. Ihr jüngster Wahlsieg ist aber vor allem als die letzte Chance zu sehen, die die griechische Gesellschaft ihren Institutionen und dem politischen System noch geben kann. Nach unzähligen Straßenkämpfen und Generalstreiks, mit denen eine breite widerständige Kultur und die Selbstorganisation angewachsen sind, scheint in Griechenland eine wie auch immer geartete Revolution, also der Machtverlust des Staates, als Konsequenz einer nicht unwahrscheinlichen Niederlage Syrizas gegen die europäischen Neoliberalen durchaus möglich. Die Zustände in der Ukraine nach dem staatlichen Machtverlust und die Stärke der griechischen Faschisten von der „Goldenen Morgenröte" lassen bei allen mit dem Wort „Revolution" verbundenen Hoffnungen ein solches Szenario aber auch als Drohung, als Dystopie erscheinen.

Allgemein heißt es – jenseits der politischen Überzeugung, die jede und jeder Lesende dieses Artikels hat – sich damit auseinander zu setzten, welche Optionen die gegenwärtige Situation bietet. Welche Handlungsspielräume entstehen aus dem Machtkampf zwischen den Neoliberalen, die die europäischen Institutionen besetzt halten, und der neuen Sozialdemokratie, deren einzige Chance trotz ihres Sensationspopulismus letztlich nur eine Stärkung des Sozialstaates sein kann? Die europäischen Institutionen haben Syriza und Podemos klare Nachrichten zukommen lassen: Sie werden auf keinerlei Macht verzichten und darauf drängen, dass die neuen sozialdemokratischen Parteien ihre Forderungen auf ein absurd kleines Niveau herunterschrauben. Sie demonstrieren dem restlichen Europa, dass sie auf dem Gipfel ihrer Macht sind und für Griechenland und Spanien letztlich nur die Rolle des Urlaubsortes für die europäische Mittelschicht vorgesehen haben. Für die lohnabhängige Bevölkerung Südeuropas entsteht so ein dauerhafter Ausnahmezustand, der beständig zu der Überlebensstrategie nötigt, das geringere Übel zu wählen. Ein weiteres Jahrzehnt zügellosen Neoliberalismus werden die südeuropäischen Gesellschaften nicht aushalten, nicht mit einer zementierten Arbeitslosenquote von über 30 Prozent, mit Massenauswanderung, mit Korruption in den unterfinanzierten Institutionen, furchtbar hohen Selbstmordzahlen, mit Zwangsräumungen, staatlicher Repression als Antwort auf soziales Elend und fehlenden Zukunftsperspektiven für junge Menschen. So unmöglich eine politische Durchsetzungskraft der neuen Sozialdemokratie erscheint, so unmöglich erscheint angesichts der sozialen Realität auch der Machterhalt der europäischen Neoliberalen.

Welche Rolle können wir spielen?

Für viele revolutionäre und transformatorische Organisationen in Spanien und Griechenland, vor allem für anarchistische, anarcho-syndikalistische und marxistische Kritikerinnen und Kritiker, erscheinen Podemos und Syriza als Bremse ihrer Hoffnungen, selbst als die echte Alternative zur parlamentarischen Politik auftreten zu können. In Spanien wurde die kurzfristige Zuspitzung der sozialen Konflikte samt ihrer unmittelbaren Politisierung brüsk unterbrochen, als Podemos die politische Bühne betrat. Auch die nahenden Wahlen überdecken nun beinahe jedes außerparlamentarische politische Engagement, was etwa deutlich an dem Einbruch der TeilnehmerInnenzahlen bei der diesjährigen „Demonstration für die Würde" gegenüber derjenigen von 2014 abzulesen ist. Geduld ist sicherlich nicht die höchste Tugend der selbsternannten revolutionären Avantgarde, aber heute geht es darum, morgen überhaupt noch kämpfen zu können. Es kommt darauf an, zur kritischen Masse gegenüber der neuen Sozialdemokratie zu werden, ihrem Populismus und ihren Winkelzügen Konzepte entgegenzuhalten, die den prekarisierten, verarmten oder verängstigten Lohnabhängigen eine Perspektive bieten können. Denn im aktuellen Zustand stehen Stärke und Bewusstsein einer „ArbeiterInnenklasse" hinter den individuellen Nöten und Sorgen klar zurück. Eine solche Analyse klingt in den Ohren von Syriza, Podemos und der Troika arg ideologisch – und nichts fürchten sie mehr als ein breites ideologisches Bewusstsein gegen Staat und Kapital.

Francisco Fernandez Piñón

Übersetzung aus dem Spanischen: Marcus Munzlinger



Repression als Normalzustand

Von der vielseitigen Aushöhlung des Arbeitsrechtes in der Türkei

Als Präsident Recep Tayyip Erdogan, Ministerpräsident Ahmet Davutoglu und das gesamte türkische Regierungskabinett im Januar 2015 einen Streik in der Metallindustrie zu einer „Gefahr für die nationale Sicherheit“ erklärten, schufen sie klare Fronten. Mit ihrer Anwendung der sogenannten „Vereinbarungen zu Gewerkschaften und kollektiven Arbeitsangelegenheiten“ greife die Regierung auf Methoden der Militärjunta aus den 80er Jahren zurück, kommentierte etwa Arzu Çerkezoglu, Generalsekretär der Konföderation der progressiven türkischen Gewerkschaften DISK. Dem historischen Vergleich entsprechend viel auch Çerkezoglus Rhetorik aus: „Das Streikrecht wird durch die Verfassung geschützt. [...] Diese Handlung der Regierung ist ein Putsch gegen grundlegende Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter.“ Die von der Regierung ins Feld geführte Sorge um eine „nationale Sicherheit“ bezeichnete Çerkezoglu als die Sorge um die Sicherheit „der Arbeitgeber und der gelben Gewerkschaften“. Drastisch drückte sich auch der stellvertretende Generalsekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes IndustriALL, Kemal Özkan aus: „Das Streikrecht existiert in der Türkei nicht mehr.“ Das umstrittene Gesetz gibt der Regierung die Möglichkeit, Streiks für 60 Tage zu unterbinden. Nach Ablauf dieser Frist muss innerhalb von sechs Werktagen eine Vereinbarung gefunden werden – ansonsten wird die betreffende Gewerkschaft als nicht mehr zuständig eingestuft.

Dass sich die Regierung überhaupt zu einem derart schwerwiegenden Schritt gezwungen sah, der unangenehme Konfliktlinien auch mit dem kemalistisch-autoritären Milieu der sozialdemokratischen CHP aufriss und die Regierung Erdogan (erneut) vor dem internationalen Pranger stehen ließ, dürfte eine Ausnahme bleiben. Die Metallindustrie ist ein historisch gewachsener Wirtschaftszweig mit tradierten Organisationsabläufen, trotz aller neoliberalen Reformen in der Türkei in den letzten Jahren immer noch relativ vielen staatlich Beschäftigten sowie der zementierten Macht einiger Platzhirschunternehmen. Die bislang noch einigermaßen verteidigten unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse können nicht ohne weiteres angetastet werden und bilden die Voraussetzung für eine flächendeckende Organisierung. Diese Voraussetzungen zu zerschlagen, könnte auch das Kalkül der Aggression der Regierung sein. Viel Aufsehen erregten bereits die Razzien und Festnahmen im April letzten Jahres gegen die Spartengewerkschaft Birlesik Metal Is, eine kämpferische Organisation von MetallarbeiterInnen, bei denen es vorgeblich um Straftaten im Kontext der Taksimplatz-Besetzung 2013 ging. Das die Gewerkschaft erst kurz zuvor intensiv Streikstimmung verbreitet hatte, dürfte keineswegs ein Zufall gewesen sein, zumal den betroffenen GewerkschafterInnen konkrete Straftaten kaum vorgeworfen werden konnten. Es wird bereits befürchtet, die AKP Regierung versuche gegenüber den MetallarbeiterInnen ein Szenario wie in Thatchers Großbritannien von 1984/1985 zu schaffen, als der britische Staat bewusst einen harten Konflikt mit den BergarbeiterInnnen in Kauf nahm, um an ihnen ein Exempel für die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu statuieren. Heraus kam eine seinerzeit beispiellose Kultur der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen und der Leiharbeit in so gut wie allen Branchen.

Leben in Istanbul für 330 Euro im Monat – unmöglich

Der Vergleich mit dem Cole Miners Strike gegen Thatcher mag – das wird die nähere Zukunft zeigen – gegenüber Wirtschaftszweigen wie der Metallindustrie angebracht sein. Für einen Großteil der türkischen Arbeitswelt ist brutaler Neoliberalismus jedoch bereits lange Realität. Im Maltepe Universitätskrankenhaus in Istanbul werden Pflege- und Reinigungskräfte grundsätzlich nur über ein dichtes, unübersichtliches Netz an Subunternehmen eingestellt – oder werden, ähnlich den deutschen Werkverträgen, einfach selbst als solche angesehen, obwohl sie lediglich ihre eigene Arbeitskraft direkt an das Krankenhaus verkaufen. Dies entbindet die Krankenhäuser nicht bloß von jeglichen Sozialleistungen, sondern bringt die Beschäftigten in eine



Quelle: www.disk.org.tr/wp-content/uploads/2015/01/maltepe.jpg

Entlassene ArbeiterInnen der Maltepe Uniklinik in Istanbul

äußerst schwierige Position gegenüber der Krankenhausleitung, da ein klassischer Arbeitsvertrag mit Kündigungsfristen schlicht fehlt. Das Krankenhaus hat so alle Mittel zur Hand, um die Löhne auf ein skandalös niedriges Niveau zu drücken. Viele verdienen sich im Anschluss an ihre Schicht notgedrungen als TaxifahrerInnen oder Haushaltshilfen noch ein paar Lira hinzu. Krankenhausmitarbeiter Inan Haspola erzählt, er komme unter der Woche so im Schnitt auf etwa zwei Stunden Schlaf pro Tag. Solch gesundheitsgefährdende Zustände sind für viele seiner Kolleginnen und Kollegen langjähriger Alltag: Von den 330 Euro, die eine outgesourcte Pflegekraft im Universitätsklinikum verdient, ist ein Leben in Istanbul, der teuersten Stadt der Türkei, schlicht unmöglich. Das Ausüben von ebenso oder gar noch schlechter bezahlten Zweitjobs ist da die einzige Möglichkeit, um über die Runden zu kommen.

Trotz und wegen der schlechten Voraussetzungen – Überarbeitung, kaum Zeit, aufgrund des Beschäftigungsverhältnisses de facto fehlendes Arbeitsrecht – beschlossen knapp hundert Beschäftigte des Maltepe Krankenhauses, sich gewerkschaftlich in der Dev Saglık-Is zu organisieren. Eine von ihnen ist Sehriban Kaya: „Wir kamen an den Punkt, an dem wir aus Überarbeitung brechen mussten. Mit unserer letzten Kraft schlossen wir uns als Gewerkschaft zusammen. Hier geht es wirklich darum, dass wir unsere einfachsten Bedürfnisse artikulieren.“ Das Management des Krankenhauses regierte beinahe erwartungsgemäß: Nachdem ein Angebot, beim Wiederaustritt aus der Gewerkschaft 200 Lira mehr Gehalt zu bekommen, kollektiv ausgeschlagen wurde, wurden alle 98 Gewerkschaftsmitglieder des Krankenhauses auf einen Schlag entlassen.

Marcus Munzlinger

Não podemos:

In Portugal ist kein linker Neuanfang in Sicht

Syriza regiert in Griechenland, in Spanien führt Podemos bei den Umfragen und könnte aus den kommenden Wahlen siegreich hervorgehen. Es scheint fast so, als sei die südliche Peripherie der Europäischen Union fest in linker Hand. Da könnte man annehmen, dass die portugiesische Linke ebenfalls im Aufwind ist. Zahlreiche Generalstreiks, Massenproteste mit mehreren hunderttausend Menschen und eine reiche Geschichte linker Organisationen sprechen eigentlich dafür, dass die Linke bei den kommenden Wahlen im Oktober 2015 erfolgreich sein müsste. Die Meldungen, dass in Portugal eine Schwesterpartei von Podemos entsteht, scheinen diese Annahme zu bestätigen.

Parteien, Wahlbündnisse, Bewegungen

Allerdings ist der portugiesische Ableger von Podemos kein wirklicher Neuanfang, sondern wie die meisten anderen linken Neugründungen eine Abspaltung aus dem Linksblock („Bloco de Esquerda“), der Schwesterpartei von Syriza in Portugal. Der Linksblock ist eine linkssozialdemokratische Partei und entstand 1999 als Wahlbündnis verschiedener linksradikaler Organisationen (wie etwa der maoistischen UDP und der trotzkistischen PSR) und Dissident_innen aus der PCP, der Portugiesischen Kommunistischen Partei. Die Pluralität der Gründungsmitglieder führte zu einer politischen Vielstimmigkeit, wenn etwa der „linke“ Flügel der Partei eher in den sozialen Bewegungen aktiv war, während der „rechte“ Flügel gerne gemeinsam mit den Sozialdemokraten regieren würde.

Auffällig ist, dass der Linksblock nicht von der Unzufriedenheit mit der Austeritätspolitik in Portugal profitiert, sondern vielmehr massiv Wählerstimmen verloren hat. Bei den letzten Parlamentswahlen 2011 erhielt der Linksblock nur noch fünf Prozent der Stimmen – ein Verlust von etwa 50 Prozent gegenüber 2009. Dies lag nicht zuletzt an Ankündigungen von Linksblock-Politiker_innen, mit der sozialdemokratischen Partei (PS) koalieren zu wollen. Solche Angebote an die Sozialdemokraten, die lange die Austeritätspolitik forciert haben, führten dazu, dass diejenigen, die gegen die Spar- und Krisenpolitik der Regierung protestieren und streiken, wenig Anreize haben, den Linksblock zu wählen. Der massive Verlust an Wählerstimmen zwischen 2009 und 2011 dürfte damit zusammenhängen.

Angesichts dessen, dass die PCP mit ihrem Politikmodell (Ablehnung der EU, Ablehnung der Austeritätspolitik und keine Zusammenarbeit mit Konservativen und Sozialdemokraten) zumindest ihre Wähler_innen halten konnte, gab es beim Linksblock einen vorsichtigen Wandel nach „links“.

Dies verursachte 2013 eine erste Linksblock-Abspaltung, nämlich die linksliberale Livre-Partei unter der Führung von Rui Tavares, einem damaligen Linksblock-Abgeordneten im EU-Parlament. Livre hat gerade in Lissabon, der bisherigen Hochburg der Partei, viele potenzielle Linksblock-Wähler_innen für sich gewinnen können und erhielt hier bei der Europawahl 2014 mehr Stimmen als der Linksblock. Nun versucht die linksliberale Livre-Partei gemeinsam mit anderen linken Gruppen ein Wahlbündnis aufzustellen. Unter dem Titel „Tempo de Avançar“ („Zeit des Fortschritts“) will das linksliberale Lager die Wählerpotenziale links von der Sozialdemokratie mobilisieren.

Allerdings war die „linke“ Wende im Linksblock im Sinne einer Wählermobilisierung nicht wirksam. Seit 2011 hat der Linksblock bei allen Wahlen sehr schlecht abgeschnitten. Die Wahlniederlagen verstärkten die Krise des Linksblocks und führten zu einer Reihe von Austritten und schließlich zur Entstehung von Juntos Podemos, dem portugiesischen Ableger von Podemos. Juntos Podemos eint hauptsächlich ehemalige Linksblock-Mitglieder und Aktivist_innen aus den niedergegangenen sozialen Bewegungen, wie etwa aus dem „Que se Lixe a Troika“-Netzwerk. Die Gründungsphase war begleitet von kontroversen Debatten, ob Juntos Podemos eher ein Netzwerk oder Bündnis von Aktivist_innen oder eine politische Partei, die bei Wahlen antritt, werden sollte. Schließlich haben sich die Befürworter_innen der Parteigründung durchgesetzt, wodurch es bereits zu ersten Austritten aus Juntos Podemos seitens der unterlegenen Fraktion kam. Noch sammelt Juntos Podemos Unterschriften, um bis zu den Parlamentswahlen im Oktober als Partei anerkannt zu werden. Ein qualitativer Unterschied zwischen Linksblock und Juntos Podemos ist nicht erkennbar, und beide Parteien dürften die gleichen Wählergruppen ansprechen.

Keine Zeit des Fortschritts

Zu der Fragmentierung im linken Lager kommt erschwerend hinzu, dass linke Parteien in Portugal – anders als in Griechenland und Spanien – nicht mehr aus einer lebendigen Protestbewegung Wähler_innen schöpfen können. Die Protest- und Streikbewegungen, die in den Jahren 2011 bis 2013 sehr viele Menschen mobilisieren konnten, sind inzwischen weitgehend zusammengebrochen. Dies ist zwar nicht nur für die linken Neugründungen, sondern auch für die bereits etablierten linken Parteien ein zusätzliches Problem. Aber nicht alle linken Akteur_innen sind gleichermaßen von den Höhen und Tiefen der Protestbewegungen abhängig. So kann die PCP aufgrund ihrer gesellschaftlichen Verankerung und der Macht ihrer Vorfeldorganisationen wie etwa des größten Gewerkschaftsverband des Landes CGTP relativ konstant sieben bis zehn Prozent der Wähler_innen mobilisieren. Dies ist auch für die nächsten Wahlen zu erwarten.

Insgesamt ist ein linker Wahlerfolg in Portugal recht unwahrscheinlich. Die Linksblock-Konkurrenten Livre/Tempo de Avançar und Juntos Podemos werden aller Voraussicht keine Sitze im Parlament erringen können. Ob sie in Form von Kleinstparteien in den nächsten Jahren bestehen bleiben, ist noch offen. Ebenfalls offen ist die Zukunft von Linksblock. Die vermutlich schlechten Ergebnisse dürften die Krise der Partei weiter vertiefen und neue Abspaltungen und Rücktritte hervorbringen. Das Projekt einer linken Sammlungsbewegung, das 1999 anfing, könnte schon bald in der Bedeutungslosigkeit versinken. Nur die PCP kann davon ausgehen, bei den nächsten Wahlen ihr Wählerpotenzial zu halten. Aber auch hier sind keine großen Steigerungen zu erwarten. Soviel steht fest: Die nächste portugiesische Regierung wird nicht links, sondern konservativ oder sozialdemokratisch sein.

Ismail Küpeli

Quelle: kupeli.blogsport.eu

Grexit – or not?

Nationale Einheit in der Misere oder „eine Kampagne zur Stabilisierung des europäischen Kapitalismus"

Auch drei Monate nach dem Machtwechsel in Athen und der Regierungsübernahme durch die Querfront-Koalition aus Syriza (Allianz der radikalen Linken) und Anel (Unabhängige Griechen) hat sich die Aufregung nicht gelegt. Kaum hatte die neue griechische Regierung Ende Februar den drohenden Finanzkollaps abgewendet, drohte Ende März das nächste Desaster. So schnell hatte sich die am 20. Februar in Brüssel ausgehandelte Übergangsfinanzierung für vier Monate als Makulatur erwiesen. Ministerpräsident Aléxis Tsípras hatte in der Athener Tageszeitung *Efimerída ton Syntaktón* vom 21. Februar noch von einer „gewonnenen Schlacht", dem „Ende der Spardiktate" und gar „dem Ende der Troika" gesprochen und sah nach „harten Verhandlungen" die Möglichkeit, „eine neue Seite in Griechenland und Europa" aufzuschlagen. Der Verhandlungspoker allerdings ging ohne Unterbrechung weiter, und inzwischen steht Syriza und damit die Regierung vor einer Zerreißprobe.

Egal, ob die Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) in „die Institutionen" umgetauft wurde, das „Sparmemorandum" jetzt „Vereinbarung" heißt und die Kreditgeber „Partner" sind, die gescheiterte Sparpolitik soll weiterhin durchgesetzt werden. In einer Regierungserklärung Ende Februar gab Syriza erstmals offiziell klein bei. Dort heißt es: „Die griechischen Behörden unterstreichen ihr Bestreben, den finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Kreditgebern voll und ganz nachzukommen. (…) Die griechischen Behörden verpflichten sich, von Maßnahmen Abstand zu nehmen, die einseitig auf eine Änderung der Politik der Strukturreformen hinauslaufen und sich damit negativ auf die von den Institutionen festgelegten Ziele wirtschaftlicher Erholung und der Stabilisierung des Finanzsystems auswirken."

Obwohl die sozialen Bewegungen ihre Forderungen also nach wie vor gegen die Regierung durchsetzen müssen, steht eine recht breite Mehrheit der Bevölkerung hinter deren Politik. Kostenloser Strom und Essensmarken für Bedürftige oder die Abschaffung der Patientengebühr für Arztbesuche und Rezepte, auch beim Mittelstand kommt diese Art der Armutsbekämpfung trotz – oder gerade wegen – der entschiedenen Missbilligung durch die Troika gut an. Das selbstbewusste und entschiedene Auftreten von Regierungschef Tsípras und Finanzminister Gianis Varoufákis in den Verhandlungen mit Deutschland und „den Institutionen" gibt außerdem vielen GriechInnen das Gefühl, ihre Würde wiedererlangt zu haben, selbst wenn sich wirtschaftlich nichts zum Besseren verändert hat. Varoufákis, der immer wieder betont, den „europäischen Kapitalismus" retten zu wollen, gibt, angeheizt von den deutschnationalen Kampfblättern *Bild* und *Spiegel* zumindest in Deutschland inzwischen das Feindbild Nr. 1 ab. Trotz seiner Ansicht, „dass die heutige EU grundsätzlich ein undemokratisches Kartell ist, das die Völker Europas auf einen Weg der Menschenfeindlichkeit, der Konflikte und einer andauernden Rezession geführt hat", sieht er keine Linke, die in der Lage sei, eine lebensfähige Alternative zu präsentieren. In einem Vortrag in Zagreb führte er 2013 aus: „Meines Erachtens erleben wir gegenwärtig nicht einfach eine weitere zyklische Krise, die überwunden sein wird, sobald die Profitrate nach den unvermeidlichen Lohnsenkungen wieder steigt. Deshalb stellt sich für uns Radikale folgende Frage: Sollen wir diesen generellen Niedergang des europäischen Kapitalismus als Chance begreifen, ihn durch ein besseres System zu ersetzen? Oder müssen wir so beunruhigt sein, dass wir eine Kampagne zur Stabilisierung des europäischen Kapitalismus starten sollten? Für mich ist die Antwort klar. Die Krise in Europa wird wohl kaum eine bessere Alternative zum Kapitalismus hervorbringen, sondern viel eher gefährliche rückwärtsgewandte Kräfte entfesseln, die ein Blutbad verursachen und gleichzeitig jede Hoffnung auf Fortschritt auf Generationen hinaus vernichten könnten."

Die Pleite rückt näher

Ob es ihm und Syriza gelingt, Brüssel und Berlin von ihrem Weg der Rettung des „europäischen Kapitalismus" zu überzeugen, wird die nahe Zukunft zeigen. Sollten dort jedoch keine neuen Gelder bereitgestellt werden, droht Griechenland unweigerlich die Pleite. Damit würde die griechische Schuldenkrise das angeblich von keinem der Beteiligten gewünschte Ende nehmen: den Austritt des Landes aus der Euro-Zone aufgrund akuter Zahlungsunfähigkeit. Der einzig gangbare Ausweg wäre die politische Entscheidung, Griechenland Zeit zu geben, sich wirtschaftlich zu erholen, anstatt jeden Euro in die Schuldentilgung zu stecken. Da die Gesamtschulden in Höhe von 320 Milliarden Euro niemals zurückgezahlt werden können, dient die Durchsetzung der Spardiktate einzig dazu, ein Exempel zu statuieren. Eine Änderung der verhassten Politik soll es schon deshalb nicht geben, um den Menschen in Spanien, Portugal und Italien jegliche Hoffnung auf diese Möglichkeit von vornherein zu nehmen.

Die für Ende März ultimativ von „den Institutionen" angeforderte „belastbare Reformliste" wurde letztlich geliefert. Sie beinhaltet 18 Maßnahmen, die Athen etwa 3,5 Milliarden Euro einbringen sollen, enthält jedoch keine weiteren Kürzungen von Gehältern und Renten. Entgegen den Wahlversprechen Syrizas soll es allerdings weitere Privatisierungen geben. Außerdem geht es um Maßnahmen wie die Gebühreneintreibung für TV- und Radio-Frequenzen, die von vorigen Néa Dimokratía- und Pasok-Regierungen nie vollstreckt worden waren. Die Frequenzen waren 1989 „vorläufig" zugeteilt worden. Ihre Besitzer, die größten Bauunternehmen des Landes und Reedereifamilien, mussten noch nie Nutzungsgebühren zahlen, weil angeblich irgendwann eine endgültige Regelung verabschiedet werden sollte. Was jedoch nie geschah, wodurch dem Staat jährliche Einnahmen in Höhe von über 100 Millionen Euro entgingen.

Darüber hinaus drohte Innenminister Nikos Voútzis eine verspätete Rückzahlung eines IWF-Kredits an. „Wenn bis 9. April kein Geld fließt, werden wir zuerst die Gehälter, Renten und Pensionen hier in Griechenland zahlen und bitten dann unsere Partner im Ausland um Verständnis, dass wir die 450 Millionen Euro an den IWF nicht pünktlich zahlen werden." Tsípras kündigte unterdessen in einer Parlamentsdebatte zur Finanzlage an, einen „ehrenhaften Kompromiss" mit den Kreditgebern anzustreben.

Brüssel und Berlin jedenfalls lehnten auch das 18-Punkte-Konzept ab. Nach dem immer gleichen Prinzip seit Beginn der „Rettung" Griechenlands durch die Troika, die das Land immer tiefer in Verschuldung, Rezession und soziale Verelendung treibt, werden tiefere Einschnitte, weitere Kürzungen und schnellere Privatisierungen gefordert.

Innerparteiliche Spaltungslinien

Angesprochen auf den von den Gläubigern ausgeübten Druck sprach sich der Minister für wirtschaftlichen Wiederaufbau, Umwelt und Energie, Panagiótis Lafazánis, Anfang April für das unbedingte Festhalten am Syriza-Parteiprogramm aus. Im Zweifelsfall müsse man den Bruch mit der EU wagen: „Der einzige Realismus in kritischen Momenten wie den derzeitigen ist der Umsturz", sagte Lafazánis gegenüber der griechischen Finanzzeitung *Capital*, bevor er nach Russland abreiste, um dort die Möglichkeit besserer wirtschaftlicher Zusammenarbeit auszuloten. Eine Woche zuvor war der griechische Vizeregierungschef Giánnis Dragasákis aus denselben Gründen bereits nach Peking geflogen. Und allein die Ankündigung des Russlandbesuchs von Ministerpräsident Tsípras am 8. April hatte zu heftigen Unmutsbekundungen unter EU-Politikern geführt. Dabei hatte Dragasákis in China angekündigt, die Regierung wolle entgegen vorherigen Versprechen nun doch die Mehrheit am Hafen in Piräus verkaufen. Zur Privatisierung des größten griechischen Hafens hatte sich die alte Regierung unter Antónis Samarás gegenüber der Troika verpflichtet. Dragasákis forderte nun die chinesische Großreederei COSCO auf, ein „wettbewerbsfähiges Angebot" für die Übernahme der gesamten Hafenanlage abzugeben. Das Geschäft könne dann binnen weniger Wochen über die Bühne gehen. COSCO besitzt bereits die ertragreiche Containerverladestation. Die Hafenarbeiter werten die Verkaufsankündigung als Kriegserklärung.

In dieser angespannten Situation hat sich nun eine Minderheitsfraktion von Syriza zu Wort gemeldet, die schon immer für den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone plädiert hatte. Ihr Sprecher Kostas Lapavítsas erklärte die „Testphase" für beendet und forderte einen „geordneten Austritt" aus der Euro-Zone. Um den totalen Zusammenbruch der griechischen

Wirtschaft und Gesellschaft zu vermeiden, soll der „Grexit“ abgefedert werden. Zum einen durch eine Umschuldungsvereinbarung mit den Gläubigern, darüber hinaus durch eine Wechselkursgarantie für die wiedereingeführte Drachme seitens der EZB und drittens durch die Stabilisierung des griechischen Bankssektors. Bei allen drei Punkten wären das Wohlwollen und die Kompromissbereitschaft der europäischen Machtzentralen unabdingbar. Woher die kommen sollen, bleibt unklar.

Schritt für Schritt ins Paradies – ein Blick zurück

Tsípras Ankündigung, enger mit Russland kooperieren zu wollen, stößt in Berlin und Brüssel ebenso auf Ablehnung wie die Infragestellung der Zustimmung seiner Regierung zur Verlängerung der Sanktionen gegen Moskau. Die Sanktionen bezeichnete er als „Sackgasse“ und Russland als „untrennbaren Teil der europäischen Sicherheitsstruktur“. Russen und Griechen seien enge Verbündete. „Unsere Nationen hatten brüderliche Beziehungen geschmiedet, als sie in einem kritischen historischen Augenblick einen gemeinsamen Kampf führten“, betonte Tsípras mit Verweis auf den Widerstand gegen Nazideutschland und regte eine engere Zusammenarbeit mit Moskau im Energiebereich und der Landwirtschaft an. Russland hatte der neuen Regierung Hilfe zugesagt, sollte Athen um Unterstützung bitten. „Der Geisterfahrer – Europas Albtraum Aléxis Tsípras“, hatte der *Spiegel* schon direkt nach dem Wahlsieg Syrizas getitelt und damit die Stimmung des deutschen Establishments auf den Punkt gebracht. Der Aufstieg Syrizas zur Macht hatte alte Vorbehalte erweckt, darüber hinaus aber auch breiteres Interesse für diese so genannte radikale Linke entfacht. Eine „radikale Linke“, die bisher sowohl von den Massenmedien als auch von akademischen Zirkeln und der Klasse der Ausgebeuteten vor allem mit Nichtbeachtung bedacht worden war. Dabei lohnt es sich, einen Blick zurück in die 1960er und 1970er Jahre, auf den Moment des Eurokommunismus sowie die griechische Vergangenheit mit ihren Besonderheiten zu werfen. Syriza ist keine Krisenerscheinung der letzten Jahre, keine mehr oder weniger spontan entstandene Bewegungspartei der geplagten Bevölkerung als Antwort auf die Kürzungs- und Austeritätspolitik und den Abbau demokratischer Rechte im durch Deutschland dominierten Europa. Syriza ist eine Partei mit jahrzehntelanger Geschichte und tief verwurzelt in der kommunistischen Tradition.

Der mit Abstand wichtigste Gründungspfeiler Syrizas, die Linksallianz Synaspismós, ist die Fortsetzung eines Spaltungsprodukts der griechischen kommunistischen Partei KKE. Es handelt sich um die 1968 auf der Basis des so genannten Eurokommunismus – in Abgrenzung zur moskautreuen KKE – gegründete KKE-esoterikoú, „des Inlands“, wie sie sich damals nannte: Der rote Faden, der sich von der eurokommunistischen Bewegung der 1970er Jahre, die einen demokratischen Weg zum Sozialismus beschreiten wollte, bis zum heutigen Parteienbündnis Syriza zieht. Charakteristisch für diese als dritter Weg zwischen Sozialdemokratie, traditioneller kommunistischer Partei und radikaler Linker angesiedelten Parteien war der Versuch, die kommunistische Theorie und Strategie auf eine zeitgemäße Basis zu stellen, die besser zu den modernen Gesellschaften und den sie durchziehenden vielfältigen und komplizierten Herrschaftsmechanismen und Unterdrückungsstrukturen passt. Ebenso charakteristisch für die eurokommunistischen Parteien sind ihr ungeklärtes Verhältnis zum kapitalistischen Staat und die Tatsache, dass es nie gelang, sich auf eine einheitliche Theorie und Praxis zu einigen. Der Beginn der Bewegung kann 1968 mit der Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Truppen des Warschauer Pakts verortet werden. Somit kann der Eurokommunismus als eine Art Unabhängigkeitserklärung kommunistischer Parteien von der Bevormundung durch Moskau bezeichnet werden.

Eine griechische Besonderheit besteht darin, dass die Spaltung der KKE sich nicht erst 1968 vollzog. Schon kurz nach Stalins Tod 1953 war es zu heftigen internen Fraktionskämpfen in der Exil-KKE gekommen, die 1956 in der usbekischen Hauptstadt Taschkent in der damaligen Sowjetunion sogar zu Straßenschlachten unter den knapp 20.000 Flüchtlingen führten, die dort nach dem 1949 verlorenen griechischen Bürgerkrieg angesiedelt worden waren. Letztlich spaltete sich die Exil-KKE in AnhängerInnen des Parteivorsitzenden Níkos Zachariádis (Stalintreue) und „Modernisierer“, AnhängerInnen des neuen KPdSU-Vorsitzenden Chruschtschow. Eine Spaltung, die sich in der Folge auch in der Partei fortsetzte, die zu dieser Zeit in Griechenland verboten war.

Erst mehr als 30 Jahre später, zu den Parlamentswahlen 1989, kam es wieder zur Zusammenarbeit verschiedener kommunistischer Parteien und Strömungen. In einem Wahlbündnis schlossen sich KKE, Eurokommunisten und kleinere kommunistische Gruppen zum Linksbündnis Synaspismós zusammen. Nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ und der darauf folgenden erneuten Spaltung der KKE verließ der orthodoxe Teil der Partei 1991 das Bündnis, das sich in der Folge als eigenständige Partei konstituierte und seitdem in Konkurrenz zur KKE bei Wahlen antritt. 2004 schloss sich Synaspismós mit trotzkistischen, maoistischen, ökologischen und sozialdemokratischen Kleinparteien zum Wahlbündnis Syriza (Allianz der radikalen Linken) zusammen, das sich 2012 als vereinigte Partei konstituierte.

Nationale Einheit statt gesellschaftlicher Emanzipation

Die schnelle Einigung von Parteichef Tsípras mit Pános Kamménos, dem Gründer der nationalistisch-populistischen Néa Dimokratía-Abspaltung Anel (Anexártitoi Ellines, Unabhängige Griechen), über die Bildung einer links-rechten Regierungskoalition, machte deutlich, dass die Zusammenarbeit der ungleichen Partner bereits im Voraus beschlossene Sache gewesen war. Beide Parteien eint nur ein gemeinsames Ziel: das Ende der Spardiktate für Griechenland. Anel wurde im Februar 2012 von bekannten homophoben Nationalisten, Verschwörungstheoretiker und früheren stellvertretenden Schifffahrtsminister der Néa Dimokratía, Pános Kamménos, aus Protest gegen die Spardiktate der Troika gegründet, wobei er „die Jungfrau Maria als Helferin und Beschützerin“ anrief. Nicht nur in der anarchistisch/antiautoritären Bewegung gilt Kamménos schon seit den 1990er Jahren als ausgeprägter Profilneurotiker. Mit seinem Buch „Terrorismus: Von der Theorie zur Praxis“, in dem er die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Pasok mit der Stadtguerillaorganisation 17. November beweisen wollte, machte er sich 1992 zur Lachnummer. Als AnarchistInnen 1996 eine nationalistische Veranstaltung mit Kamménos an der Uni Thessaloníki störten, wobei es zu körperlichen Auseinandersetzungen kam, behauptete er, acht von ihnen trotz Vermummung erkannt zu haben. Nach jahrelangen Prozessen wurden die Beschuldigten freigesprochen. Im Strafverfahren gegen die Stadtguerillaorganisation ELA (Epanastatikós Laikós Agónas, Revolutionärer Volkskampf) 2004 verwiesen ihn die Richter des Saales, als er ohne Ladung im Prozess erschien, um angebliche Geheimakten der Stasi mit belastenden Indizien gegen die Angeklagten zu präsentieren. Auch jetzt als neuer Verteidigungsminister liebt er den großen Auftritt. Gerade drei Tage im Amt, ließ er es sich am 30.01.2015, dem Imía-Jahrestag des Beinahe-Krieges 1996 zwischen Griechenland und der Türkei um den unbewohnten Felsbrocken Imía in der Ägäis, nicht nehmen, dort von einem Militärhubschrauber aus einen Lorbeerkranz abzuwerfen. Die Empörung der türkischen Regierung und der Applaus griechischer Nationalisten waren wohlkalkuliert. Der Anel-Abgeordnete Nikos Nikolópoulos wiederum kommentierte die eingetragene Lebenspartnerschaft des schwulen luxemburgischen Ministerpräsidenten Xavier Bettel mit dem Spruch, das „Europa der Nationalstaaten“ entwickle sich zum „Europa der Schwuchteln“. Die Abgeordnete Rachil Makrí dagegen wechselte noch vor den Wahlen von Anel zu Syriza. Ihr bei den Neonazis beliebtes Tattoo – ein Spartaner-Schild – stört wohl weder ihre alte noch die neue Partei. Kurz vor der Wahl sorgte sie mit der Ankündigung für Unterhaltung, Griechenland werde 100 Milliarden Euro selbst drucken, sollte die EU die Gelder streichen. Trotz des Übertritts von Makrí, die Gemeinsamkeiten beider Parteien halten sich in Grenzen. Bei allen „nationalen“ Themen, wie der Zypernpolitik, der umstrittenen Namensgebung des Nachbarlandes Mazedonien (FYROM, Former Yugoslawien Republic of Macedonia), dem Umgang mit der türkischsprachigen Minderheit in Nordgriechenland oder der Grenzziehung in der Ägäis, liegen die Positionen meilenweit auseinander. Auch innen- und gesellschaftspolitisch streicht Syriza der nationalen Einheit zuliebe schon jetzt emanzipatorische Reformen. Die einst angestrebte Trennung von Staat und Kirche und auch eine gerechtere Besteuerung des Kirchenbesitzes wurden als erstes gekippt. Noch vor der Wahl hatte Kamménos die enge Verbindung mit der orthodoxen Kirche zu einem der Grundsätze von Anel erklärt. Obwohl jedeR im Land weiß, dass die Kirche für ihren riesigen Waldbesitz, ihre Felder, Grundstücke und Immobilien entweder gar keine Steuern oder nur die Hälfte dessen bezahlt, was Normalbürger abführen müssen, behauptete er im Interview mit dem Fernsehsender ANT1 unwidersprochen das Gegenteil: „Buddhisten, Juden und Muslime“ zahlten keine Steuern, während die orthodoxe Kirche dabei sei, „ihre Klöster zu verlieren“. Im Grunde repräsentiert die Koalition eine Querfront aus verschiedenen sozialen Bewegungen und Berufsgruppen, die gegen die Kürzungs- und Austeritätspolitik der letzten Jahre auf die Straße gingen. Schon 2011 bei den Platzbesetzungen waren auf dem Syntagma-Platz in Athen sowohl Rechte und Reaktionäre wie z.B. die selbstständigen LKW- und Taxifahrer oder die Besitzer kleiner Läden versammelt als auch andererseits die Massen der linken Protestierenden. Dort war es wiederholt zu Spannungen und teilweise körperlichen Auseinandersetzungen gekommen. Um den von Syriza und Anel angestrebten nationalen Konsens zu erlangen, müssten die Erwartungen der unterschiedlichen Gruppen zumindest ansatzweise bedient und zugleich ernsthafte Brüche mit der orthodoxen Kirche, den Wirtschafts- und Medienmogulen und dem Polizeiapparat vermieden werden. Eine Quadratur des Kreises und darüber hinaus nur nach erfolgreichen Verhandlungen mit den Gläubigern finanzierbar. Woran sich Tsípras und Varoufákis die Zähne auszubeißen scheinen.



Wie lange bleibt Syriza noch an der Regierung? Das weiß wohl nur das Orakel von Delphi

Für Linke und AnarchistInnen in Deutschland kann es momentan nur darum gehen, die verschiedenen sozialen Bewegungen in Griechenland so gut wie möglich zu unterstützen. Gleichzeitig gilt es bei aller Skepsis gegenüber der Querfront in Athen, den berechtigten griechischen Forderungen nach einem Schuldenschnitt und einem Ende der Spardiktate endlich Nachdruck zu verleihen. Die morgendlichen Randale gegen die EZB-Einweihung in Frankfurt am 18. März wurden unabhängig vom Sinn oder Unsinn der Aktionen von vielen GriechInnen wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die Zerstörung war an ihren Herkunftsort zurückgekehrt.

Denn letztlich ist es doch so: Nicht die GriechInnen schulden Deutschland Geld, umgekehrt wird ein Schuh daraus! Neben den noch immer ausstehenden Reparationszahlungen für die Verwüstung des Landes mit Hunderttausenden von im Zweiten Weltkrieg ermordeten und verhungerten GriechInnen geht es auch um einen Zwangskredit in Höhe von damals 476 Millionen Reichsmark. Soviel presste die Deutsche Reichsbank 1942 der Bank von Griechenland zur „Deckung von Besatzungskosten“ ab. Allein diese Schulden Deutschlands belaufen sich inzwischen auf 11 Milliarden Euro. Griechische Widerstandsorganisationen fordern zudem seit Jahren Reparationszahlungen über einen Gesamtbetrag von 162 Milliarden Euro ohne Zinsen.

Ralf Dreis, Thessaloníki

Syndikalismus im Museum

Das historische Umfeld der Bakuninhütte ist mit einer Ausstellung sowie einem Kulturpaket Teil des kommunalen Veranstaltungskalenders

Das historische Unikat des mitteleuropäischen Anarchosyndikalismus ist dieses Jahr sogar Teil des offiziellen Veranstaltungsprogramms der südthüringischen Theaterhochburg Meiningen geworden. Geschuldet ist dies nicht zuletzt der Kooperation des Wandervereins Bakuninhütte mit der Erich-Mühsam-Gesellschaft (EMG), jener Literaturgesellschaft, die sich dem Gedenken an den insbesondere in der ehemaligen DDR bekannten Schriftsteller, Anarchisten und Bohémien (näheres zu seiner Person und zu seiner Frau Zenzl in den *DA*-Ausgaben 224 und 225) widmet. Die EMG wurde vor etwa 25 Jahren in Lübeck gegründet, dem Ort seiner Kindheit und frühen Jugend. Zusammen mit den Meininger Museen und der kommunalen Kulturpolitik kam es bereits vorletztes Jahr zur Planung einer Veranstaltungsreihe. Diese wurde aber wegen des 100. Todestages des „Theaterherzogs" Georg II. verschoben. Während seiner Regentschaft wurde das Schauspiel besonders gefördert und revolutioniert. Die einstige Residenzstadt mit etwa 20.000 Seelen verfügt deshalb über ein Staatstheater und ein Theatermuseum. In der Schlosskirche wird die Fachtagung „Erich Mühsam in Meiningen" am 14. Juni mit szenischer Lesung sowie Konzert feierlich beendet.

Meiningen und seine Anarchisten

Zurzeit sind die Akteure des Wandervereins Bakuninhütte emsig dabei, ein eigenes Ausstellungskonzept umzusetzen, das den historischen Kontext der Erbauerzeit von lebensreformerischen Welten über die eng mit der Hütte verbundene FAUD bis zum ideengeschichtlichen Hintergrund des Anarchismus und seiner Protagonisten umfasst. Die Geschichte der Hütte von der Weimarer Republik über die NS-Zeit und die DDR bis in die Gegenwart stellt den lokalen Bezug her. Exponate wie die Bibliothek der Anarchosyndikalisten, der Gedenkstein des Namensgebers Bakunin, die Überreste der Terrazzotafel mit dem Hüttenspruch und historisches Werkzeug schaffen einen plastischen und authentischen Eindruck der libertären Gewerkschaftsbewegung vor Ort.

Dazu gibt es eine Ausstellung der EMG über Leben und Werk Erich Mühsams. Sein Aufenthalt an der Bakuninhütte ist per Postkarten belegt. Diese Doppelausstellung ist im barocken Residenzschloss Elisabethenburg zu sehen, das das kulturhistorische Museum der Stadt beherbergt. Sie trägt einerseits den mutigen Titel „Meiningen und seine Anarchisten" und andererseits „Erich Mühsam in Meiningen". Unterstützt wird das Projekt von der Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten.

Zur Eröffnung wird am 17. Mai, dem Internationalen Museumstag, geladen. Dabei wird Christoph Holzhöfer aus Berlin Gedichte Mühsams mit Gitarre und Gesang begleiten.

Am Tag zuvor wird Dr. Andreas Seifert, Leiter des Literaturmuseums Baumbachhaus, den jährlichen LeseWanderTag dieses Mal als „die Anarchotour" gestalten. Er liest Texte Mühsams zur musikalischen Begleitung Holzhöfers und informiert über lokalgeschichtliche Begebenheiten. Die Tour endet an der Hütte, wo die Teilnehmer, neben Speis und Trank, auch Führungen erwarten.



Copyright: Akademie der Künste, Berlin

Mühsam an seine Frau Zenzl: „Diese Hütte haben die Genossen gebaut, 600 Meter hoch, mitten im schönsten Wald..."

Zwischen Poesie und FAUD

Vom 11. bis zum 14. Juni wird eine Fachtagung mit dem Titel „Erich Mühsam und die Idee des freiheitlichen Sozialismus. Ein historischer Überblick zum Anarchosyndikalismus in Thüringen, die Bakuninhütte bei Meiningen und ihren soziopolitischen Hintergrund" stattfinden. Neben den Vorträgen und Diskussionen wird es Filmvorführungen, Besuche von Kulturstätten und eine Führung zur Hütte geben. Hartmut Rübner wird zur freiheitlichen Tradition der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung referieren. Siegbert Wolf wird den ersten Prozess gegen die FAUD vor dem Volksgerichtshof 1936 beleuchten. Die Lebensgeschichte Zenzl Mühsams wird Uschi Otten anhand von Briefen und Dokumenten darstellen. Annegret Schüle widmet ihren Vortrag dem Anarchosyndikalismus in Thüringen am Beispiel Sömmerdas, einer einstigen Hochburg der Bewegung. Ebenso eine Rolle auf der Tagung spielen anarchistische Bildungspolitik, Lebensreformbewegung bzw. Freikörperkultur, Vagabundenbewegung und natürlich die Entstehungsgeschichte der Bakuninhütte.



Copyright: Erich-Mühsam-Gesellschaft e. V.

Auch in Meiningen zu sehen - die originale Schreibmaschine von Erich Mühsam als Exponat von der EMG geliehen

Die Tagung endet mit der Lesung „Es knarrt der Seele morsches Gerüst" und dem Konzert „In memoriam Erich Mühsam" am Sonntag.

Wer dann immer noch nicht Zeit gefunden hat, einmal nach Thüringen zu kommen, hat am Tag des offenen Denkmals (13. September) eine weitere Gelegenheit, die Hütte und die Sonderausstellung im Schloss zu besuchen. Noch einmal wird Andreas Seifert die Anarchotour als Wanderung mit historischen Stationen um die fränkische Kleinstadt begleiten, die bis zur Entstehung des Landes Thüringen 1920 Hauptstadt eines eigenständigen Herzogtums bzw. nach der Novemberrevolution kurzzeitig des Freistaats Sachsen-Meiningen war. Eine Station wird dabei das Grab dreier erschossener Arbeiter sein, deren Geschichte Teil der Tour sein wird.

Der Historiker Ulrich Linse stellt die Einzigartigkeit der Bakuninhütte heraus: „So scheint die Bakuninhütte bei Meiningen also der einzige halbwegs gelungene Plan zur Errichtung eines anarchistischen Ferienheims während der Weimarer Zeit geblieben zu sein." Dabei war der Ort noch weit mehr als ein „Ferienheim": lebendiges Beispiel für gegenseitige Hilfe und frühes D.I.Y. (Do-it-yourself); ein Ort zum Durchatmen außerhalb der Lohnarbeit und (halbwegs) selbstbestimmte anarchosyndikalistische Begegnungsstätte.

Christian Horn

Programm von Mai bis September:

Sa. 16. 5. Die Anarchotour (LeseWandertag im Meininger Land) folgt ab 10 Uhr Erich Mühsams Spuren den Weg hoch zur Bakuninhütte. Treffpunkt ist der Schlosshof von Elisabethenburg, geführt vom Leiter des lokalen Literaturmuseums sowie musikalisch begleitet von Christoph Holzhöfer.

So. 17. 5. – 27. 9. „Sich fügen heißt lügen" (Sonderausstellung: Erich Mühsam in Meiningen – Meiningen und seine Anarchisten) Eröffnung im Rahmen des Internationalen Museumstages: 17. Mai um 15 Uhr im Schloss Elisabethenburg mit musikalischem Rahmenprogramm von Christoph Holzhöfer

Do. 11. 6. – 14. 6. Fachtagung „Erich Mühsam in Meiningen" Trotz Frist zum 1. Mai bei Teilnahmewunsch einfach auch kurz nach Anmeldeschluss melden.

So. 14. 6. „Es knarrt der Seele morsches Gerüst" (Meininger Museumsabend) Die Fachtagung klingt am Sonntag ab 19 Uhr in der Schlosskirche aus mit einer szenischen Lesung, begleitet vom Musiker Rocco Boness (Hamburg) auf dem Bandoneon. Nach einer Führung durch die Doppelausstellung werden die Sängerin Anna Haentjens aus Elmshorn und Sven Selle aus Hamburg am Klavier mit ihrem Konzert „In memoriam Erich Mühsam" zu hören sein.

So. 13. 9. Tag des offenen Denkmals Eine Rundwanderung (6 Stunden) mit geschichtsträchtigen Stationen auf den Spuren Erich Mühsams zur Bakuninhütte beginnt am zweiten Sonntag im September um 10 Uhr im Schlosshof. Mittags wird bei warmen Speisen und Getränken bei einer Führung durch die Hütte sowie das umgebende Gelände mit Informationen zur Nutzungsgeschichte gerastet. Auf dem Heimweg kann man sich an der landschaftlichen Idylle des Werratals erfreuen.

Ausgiebige Beschreibungen sind zu hier zu finden: www.muehsam-in-meiningen.de

Lokale Mitglieder stehen gerne für einen Besuch außerhalb der Highlights nach Absprache für euch bereit: kontakt@bakuninhuette.de

Information zur Hütte unter: www.bakuninhuette.de

B. Traven – Portrait eines berühmten Unbekannten

Graphic Novel über das rätselhafte Leben und Werk des anarchistischen Schriftstellers

Welcher *DA*-Lesende wurde nicht auch von B. Travens libertären Abenteuerromanen politisch sozialisiert?! „Das Totenschiff", „Der Caoba-Zyklus", „Weiße Rose", „Der Schatz der Sierra Madre" (später verfilmt, u.a. mit Humphrey Bogart in der Hauptrolle), um nur seine bekanntesten Werke zu nennen, gehören eigentlich in jedes gut sortierte anarchosyndikalistische Bücherregal. Der Schriftsteller, libertäre Antimilitarist und Revolutionär hat es weit über anarchistische Kreise zur Berühmtheit gebracht und blieb dennoch ein mythenumrankter Unbekannter. Mit allen Regeln der Kunst versuchte er zeitlebens systematisch seine Identität zu verschleiern. Ob Ret Marut, Otto Feige, Traven Torsvan oder Hal Croves – B. Traven verkehrte unter den unterschiedlichsten Namen und streute gezielt Falschinformationen über seine Herkunft und seinen Lebensweg. Warum tat er das? Wollte er sich vor staatlichen Repressionen schützen? Vor Übergriffen von Unternehmerseite, angesichts der unverhüllten Darstellung des Elends, in das die Bourgeoisie die Lohnabhängigen getrieben hat und treibt? Oder wollte er sich am Ende doch nur wichtigmachen? Denn nichts weckt die Neugierde auf eine Person mehr als die Aufforderung, sich jeder Neugierde zu enthalten. Wenngleich ersteres am wahrscheinlichsten bleibt (und auch der Comic teilt diese Interpretation im Wesentlichen), die Person B. Traven bleibt ein Rätsel und damit ein großartiger Stoff für eine Graphic Novel.

Quelle: avant-verlag

Guy Nadaud alias Golo gibt B. Traven eine Gestalt

Der französische Comiczeichner Golo spannt seine Erzählung von B. Travens Anfängen als Schriftsteller bis zu seinem Tod und darüber hinaus. Was Golo dabei großartig gelungen ist: Er erzählt nicht nur die Geschichte des Menschen B. Traven in seinem physischen Vorhandensein, sondern auch die seines libertären Geistes und seiner anarchistischen Ansichten, die seinen Tod überdauert haben und in seinen Romanen lebendig geblieben sind. So wundert es nicht, dass sich der Lesende zum Ende des Comics im Jahre 1994 im lakandonischen Regenwald wiederfindet und der zapatistischen Wiederaneignung von Land und Würde beiwohnt. Die Revolte lebte eben nicht nur im Geiste von Emiliano Zapata und der mexikanischen Revolution von 1910 auf, sondern auch im Geiste B. Travens.

Ausgespart werden auch nicht Travens Begegnungen mit Rudolf Rocker, Erich Mühsam und Gustav Landauer im Umfeld der bayerischen Räterepublik, seine Flucht in der Folge der Niederschlagung der Republik und seine Zeit auf dem „Totenschiff" als Matrose, die den ersten Teil des Comics ausmacht. In der zweiten Hälfte dominiert Travens Aufenthalt in Mexiko.

Die Zeichnungen sind in ihrer Qualität erstaunlich unbeständig, was einer unterschiedlichen Tagesform des Zeichners geschuldet sein mag. In seinen guten Momenten erinnert der Stil an den des anarchistischen Comickünstlers Jacques Tardi (siehe auch *DA* 222). Die Kolorierung beschränkt sich teilweise auf Grauabstufungen, teils sind die Seiten aber auch vierfarbig. Eine Methode dahinter lässt sich nicht nachvollziehen.

Fazit: Ich bin von dem Comic begeistert! Lebendig und abwechslungsreich gezeichnet, spannend in der Erzählung, eine gelungene Mischung aus Spekulation und Tatsachenbericht. Wer bereits die Romane von B. Traven verschlungen hat, wird auch die Comic-Biografie von Golo mit Spannung lesen.

Minou Lefebre

Golo:
B. Traven
Porträt eines berühmten Unbekannten
144 Seiten, vierfarbig, Fadenheftung, Hardcover
avant-Verlag
24,95 Euro

Jetzt auch amtlich - Das Singen von Arbeiterliedern ist ein schützenswertes Kulturgut

Über die Anerkennung des Arbeiterliedes als geschütztes Kulturerbe im Sinne der UNESCO

Es gibt Sachen, die gibt es eigentlich gar nicht. Vor einigen Monaten hatte ich für die *DA* einen kleinen Artikel über die Initiative geschrieben, die einen Antrag zur Anerkennung des Arbeiterliedes als geschütztes Kulturerbe im Sinne der UNESCO eingebracht hatte.

Die Anregung für diese Initiative war von Joachim Hetscher gekommen, einem Journalisten, Liedermacher und Organisator von politischen Kulturevents, darunter das jährliche Woody-Guthrie-Festival in Münster. Es ergab sich ein loser InitiatorInnen-Kreis aus engagierten KünstlerInnen, GewerkschafterInnen, KunstprofessorInnen, HistorikerInnen und sonstigen Interessierten. Erste Überraschung: für das Thema engagierten sich bedeutend mehr Menschen als erwartet – die meisten sicher nicht vorrangig davon überzeugt, dass wir mit diesem ambitionierten Anliegen in der Runde der Kultusministerien und UNESCO-Verantwortlichen erfolgreich sein könnten, aber sehr überzeugt davon, dass mit Hilfe eines solchen Antrags unserem Anliegen mehr öffentliche Aufmerksamkeit verschafft werden könnte.

Der Weg ist das Ziel

Der Weg ist das Ziel – das war auch mein Ansatz. Immerhin ergaben sich über den Antrag einige Artikel und Hinweise in den links angesiedelten Medien, einige Veranstaltungen und ein wachsendes Interesse, vor allem in unterschiedlichen Bereichen der IG Metall. In Mannheim organisierte ich zusammen mit dem hiesigen Landesmuseum für Technik und Arbeit und mit Unterstützung der IG Metall eine sehr gut besuchte Podiumsdiskussion mit Livemusik und einem sowohl unterhaltsamen wie kenntnisreichen Referat zur Historie des Arbeiterliedes, das der Berliner Musikprofessor Hartmut Fladt beisteuerte. An der Basis tat sich also etwas, aber in den Apparaten der Organisationen, deren originäres Interesse diese Lieder, ihre Historie wie ihre aktuelle kämpferische Ausformung finden sollte, gab es, die IG Metall mal ausgenommen, kaum Resonanz. Von den herrschenden Medien ganz zu schweigen.

Umso überraschender der 11. 12. 2014. Die Kultusministerkonferenz bestätigte auf Anhieb die Empfehlung einer unabhängigen Expertenkommission, neben 26 weiteren Nominierungen auch das „Singen der Lieder der deutschen Arbeiterbewegung" (so der konkrete Titel) in „das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes" aufzunehmen. Und das nicht nur so, sondern auch noch mit einer respektablen Erklärung, die in der Art erst noch Eingang in das Kulturverständnis von Gewerkschaften oder politischen Organisationen finden müsste.

Arbeiterlieder – schützenswertes Kulturgut im Sinne der UNESCO

Auszug aus der der Jury-Erklärung: „Im Rahmen von Aktionen der Arbeiterbewegung werden seit dem 19. Jahrhundert charakteristische Lieder gesungen. Das Singen dieser Lieder ist Ausdruck einerseits von Benachteiligung und Unterdrückung lohnabhängiger Beschäftigter, andererseits aber auch von ihrer Gegenwehr und Zukunftsgewissheit. Die Lieder weisen häufig einen positiven Bezug zur grenzüberschreitenden Solidarität und zum Streben nach Frieden zwischen den Völkern auf. Viele sind Übersetzungen aus anderen Sprachen, wie beispielsweise „Die Internationale" oder „Bella Ciao". Die Lieder der Arbeiterbewegung erreichten im deutschen Kulturraum eine hohe künstlerische Entwicklung durch musikalisch innovative Adaptionen und Weiterentwicklungen durch Kurt Weill, Hanns Eisler und Bertolt Brecht. Das Singen der Lieder der deutschen Arbeiterbewegung ist über weite Strecken der deutschen Geschichte verboten und unterdrückt worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg musste es zunächst wiederentdeckt und von der Arbeiterbewegung neu angeeignet werden. Auch heute noch weist die Praxis eine große Lebendigkeit auf, die, von den Medien weitgehend unbeachtet, bei Versammlungen oder anlässlich von Streiks und anderen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen sowie in der Neuentstehung von Liedern zum Ausdruck kommt." – Chapeau! Dieser Begründung ist meiner Meinung nach nicht mehr viel hinzuzufügen.





Das

Singen der Lieder der deutschen Arbeiterbewegung

wurde im Dezember 2014 in das

Bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes

aufgenommen.

Trägergruppe:

Initiativgruppe „Lieder der deutschen Arbeiterbewegung"

Berlin, 16. März 2015

Wie weiter?

Die überraschende Zustimmung stellt unsere bisher lose Interesseninitiative nun vor die Aufgabe, sich einen formellen Handlungsrahmen zu schaffen, der es auch ermöglicht, Anträge zur Unterstützung von Forschungsarbeiten oder Projekten stellen zu können. Denn das wäre auch ein erster praktischer Nutzen (neben dem immateriellen) aus dieser Anerkennung.

Konkretere Infos zu unserem Antrag und den InitiatorInnen gibt es auf meiner Webseite: www.ewo2.de/berndkoehler. Eine eigene Webseite der Initiative ist Teil der Maßnahmen, die wir jetzt angehen wollen.

Bernd Köhler, Mannheim
Liedermacher, Texter, Grafiker

Wer die Anliegen der Initiative unterstützen möchte, kann das an Joachim Hetscher melden: Joachim.Hetscher@gmx.de



„In dieser Straße – Das Waterboarding-Syndrom"

... heißt das neue Werk von Bernd Köhler und ewo2 („elektronisches Weltorchester"). Wer angesichts der Abkürzung Arbeiterlieder im postmodernen Elektro-Sound erwartet, täuscht sich: Die Instrumentierung ist klassisch, aber virtuos, auch durch ihre Menge. Denn schnell lernt man hier: Gitarre ist noch lange nicht Gitarre. Das merkt man, wenn sich hinter die melodiegebende Akustik-Gitarre das leise Dröhnen der E-Gitarre mischt und durch Slides von der Lap Steel-Gitarre ergänzt wird. Ergänzt wird das Spektakel aber auch durch Akkordeon, Synthesizer und Geige.
Was dabei rauskommt, ist immer irgendwie „Liedermacherei", klingt deswegen aber nicht immer gleich. Der Drei-Song-Zyklus „Das Waterboarding-Syndrom" etwa kommt relativ düster daher. Die Foltermethoden, die einen letztlich alles sagen lassen, finden für Bernd Köhler nicht nur in Abu Ghraib oder Guantanamo statt, sondern werden Bestandteil des Alltags und eben auch „dieser Straße". Das Waterboarding als Teil des Systems hat uns als Syndrom alle im Griff.
Daneben steht aber auch eine beschwingte Leichtigkeit in der Tradition Franz Josef Degenhardts, nicht nur in dem, wie im Beiheft angemerkt, an diesem orientierten „Knistert, furzt im Parlament", sondern auch z.B. bei „Das ganz normale Ekel".
Und letztlich wird es auch immer wieder besinnlich, wie in „Hat da gewohnt" oder „Ein besonderes Haus". Fazit also: Auch mit den traditionellen Instrumenten des Liedermachens bekommt man eine moderne Vielfalt an Sound hin, die als Soundtrack zu unserer Zeit mehr als nur taugt. Also: Kaufen, reinhören und checken, wann das „kleine elektronische weltorchester" in der Nähe auftritt. (bew)

Bernd Köhler und ewo2
„In dieser Straße – das Waterboarding-Syndrom"
(VÖ - 12.03.2015)
JumpUp-Records,
Art.Nr.: JUP-00035. 14 Songs,
15,00 Euro

„Die Disteln brennen!"

Ein Nachruf auf Yasar Kemal

Er wurde als Kemal Sadık Gökçeli geboren, als die Hirten mit ihren Herden von den Bergen des Taurus herabstiegen, wie er sagt, ziemlich sicher im Oktober, nur ob 1922 oder 1923 ist unklar, da es in dem kleinen Dorf Hermite (heute Gökçedam) keine Aufzeichnungen gibt. Die Frauen singen bei der schweren Arbeit Lieder über die Freiheit, hoffen auf eine bessere Zukunft für ihre Kinder. Ihr Dorf wurde erst einige Jahre zuvor von ihnen selbst gegründet, als sie als Kriegsflüchtlinge von der Stadt Van im Osten über den Taurus zum Rand der Çukurova wanderten, zum Rand der fruchtbaren Ebene um Adana. Sein Vater Sadi verliebte sich schon am Vansee in die viel jüngere Nigar. Alle ihre acht Brüder sind Räuber, über einen von ihnen, Mayro, werden in ganz Ostanatolien und darüber hinaus Geschichten erzählt. Mayro wird mit 25 früh sterben, aber auch, wenn Kemals Romanfigur „Ince (der dünne) Memed", mit ihm nicht eins zu eins gleichzusetzen ist, wird ihn sein Neffe mit dem 1955 veröffentlichten Roman „Memed, mein Falke" dennoch unsterblich machen: Ein Leibeigener wird zum Rächer der einfachen Menschen, die von den Herren, den Agas, brutal unterdrückt werden.

Kemals Kindheit verläuft dramatisch: Früh verliert er ein Auge bei einem Unfall, als sein Vater zum Opferfest ein Schaf schlachtet. Einerseits ist er der Vielgeliebte, der als einziger in der kleinen Dorfgemeinschaft die Schule besuchen kann, alle legen für ihn zusammen! Anderseits umgibt ihn von klein auf nicht nur bittere Armut, sondern auch die Erfahrung heftiger Leidenschaften. So erdolcht sein Adoptivbruder Yusuf seinen Vater beim Gebet in der Moschee aus Eifersucht, und das unmittelbar vor den Augen des etwa Vierjährigen. Als Folge stottert er bis zu seinem zwölften Lebensjahr. Kemal hat keinen ordentlichen, eher einen magischen Lebenslauf: Notgedrungen arbeitet er in mehr als zwanzig Berufen, unter anderem als Hirte, Lastwagenfahrer, Hilfslehrer, Büchereigehilfe, Landarbeiter. Als Aufseher lässt er Bauern nachts heimlich vom Wasser der Gutsbesitzer schöpfen, als Briefeschreiber hilft er vielen, die nicht lesen und schreiben können.

Seine Liebe aber gilt dem Erzählen und der Musik, er lernt die Saz, die türkische Laute, und wäre nach eigenen Angaben wahrscheinlich ein fahrender Sänger geworden, wenn er nicht das Schreiben entdeckt hätte.

Denn als er zwischen 1951 und 1963 im Auftrag der Tagezeitung Cumhuriyet unter dem Pseudonym Yasar Kemal als einer der ersten Journalisten das ländliche Anatolien bereist, sind die Folgen phänomenal: Noch nie hat jemand so über die Habenichtse und Hungernden, über das Elend der bettelnden Kinder und auch nicht über den Dünkel und Hochmut der großen Herren geschrieben. Dazu verweigert er sich dem sterilen Hochtürkisch, er schreibt in der lebendigen Sprache, die er von den einfachen Menschen kennt. Aufgrund seiner Artikel kommt es zu heftigen gesellschaftlichen Debatten, selbst in der Nationalversammlung.

Trotz kurdischer Herkunft versteht er sich als türkischer Schriftsteller, aber er wird wieder und wieder für Minderheiten Partei ergreifen. 1962 tritt er der marxistischen „Arbeiterpartei der Türkei" bei und schreibt einen Leitfaden über den Kommunismus. Seine Haltung ist kompromisslos humanistisch, so tritt er nach dem Einmarsch der Sowjetischen Armee in die Tschechoslowakei 1968 wieder aus der Partei aus und hofft, dass sich die Menschen in den sozialistischen Ländern von den Bürokratien befreien und ihr Leben in die eigenen Hände nehmen. 1973 gründet er die türkische Schriftstellergewerkschaft.

Jedes seiner Memed-Bücher endet mit einem Aufruf zur Revolte: Flammen verwandeln trockene Distelfelder auf Berggipfeln in weithin leuchtende Signalfeuer, die Menschen feiern den Tod eines Ausbeuters.

Seine Erzählungen, Romane und Reportagen bringen Kemal in Schwierigkeiten: Er wird oft festgenommen, inhaftiert und einmal auch gefoltert, dreimal wird ihm der Prozess gemacht; seine Frau und Übersetzerin ins Englische, die Jüdin Thilda Serrero, mit der er 50 Jahre bis zu ihrem Tod 2001 zusammenlebt, wird sogar länger eingesperrt als er. Vom Staat und von Rechtsextremisten bedroht, lebt er zeitweilig im französischen und schwedischen Exil. Selbst noch 1995 wird er vor Gericht gezerrt, weil er sich in einem „Spiegel"-Interview für die Selbstbestimmung der Kurden einsetzt und thematisiert, dass im nichterklärten Bürgerkrieg im Osten der Türkei Zehntausende von Menschen den Tod gefunden haben und dass das Militär ungezählte kurdische Dörfer vernichtet hat. Immerhin wird er diesmal nicht inhaftiert und fordert bei zahlreichen internationalen und nationalen Preisverleihungen weiterhin die Einhaltung der Menschenrechte in seiner Heimat. Es ist nicht zu ermessen, was er für alle getan hat, die sich nach Freiheit, Gleichheit und einem selbstbestimmten Leben sehnen. Seine Helden und Heldinnen, nicht nur Memed, sondern auch Mutter Hüru, Ferhat Hodscha oder Ali, der Hinkende, werden im kollektiven Gedächtnis weiterleben, nicht zufällig sind seine Bücher in über vierzig Sprachen übersetzt worden. Als er Ende Februar 2015 in Istanbul stirbt, hinterlässt er seine zweite Frau Ayse Semiha Baban und seinen Sohn Rasit Gökçeli. Zu seiner Beisetzung auf dem Istanbuler Zincirlikuyu Friedhof neben dem Grab Thildas geben ihm Tausende von Menschen das letzte Geleit. Sein Geist aber lebt nicht nur in seinen Büchern weiter, sondern wird auch immer wieder zur Çukurova Ebene heimkehren. Denn, wie er in seinem Roman „Der letzte Flug des Falken" schreibt: „In der Çukurova ist alles licht und klar: Felsen, Erde und Bäume, Vögel, Käfer, Schlangen und Menschen sogar ... Der Himmel ist klares Blau, die Nächte sind sternenklar. Läge der Koran auf dem Grund eines Gewässers, er ließe sich lesen."

Oliver Steinke

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Alles eine Frage der Gene?

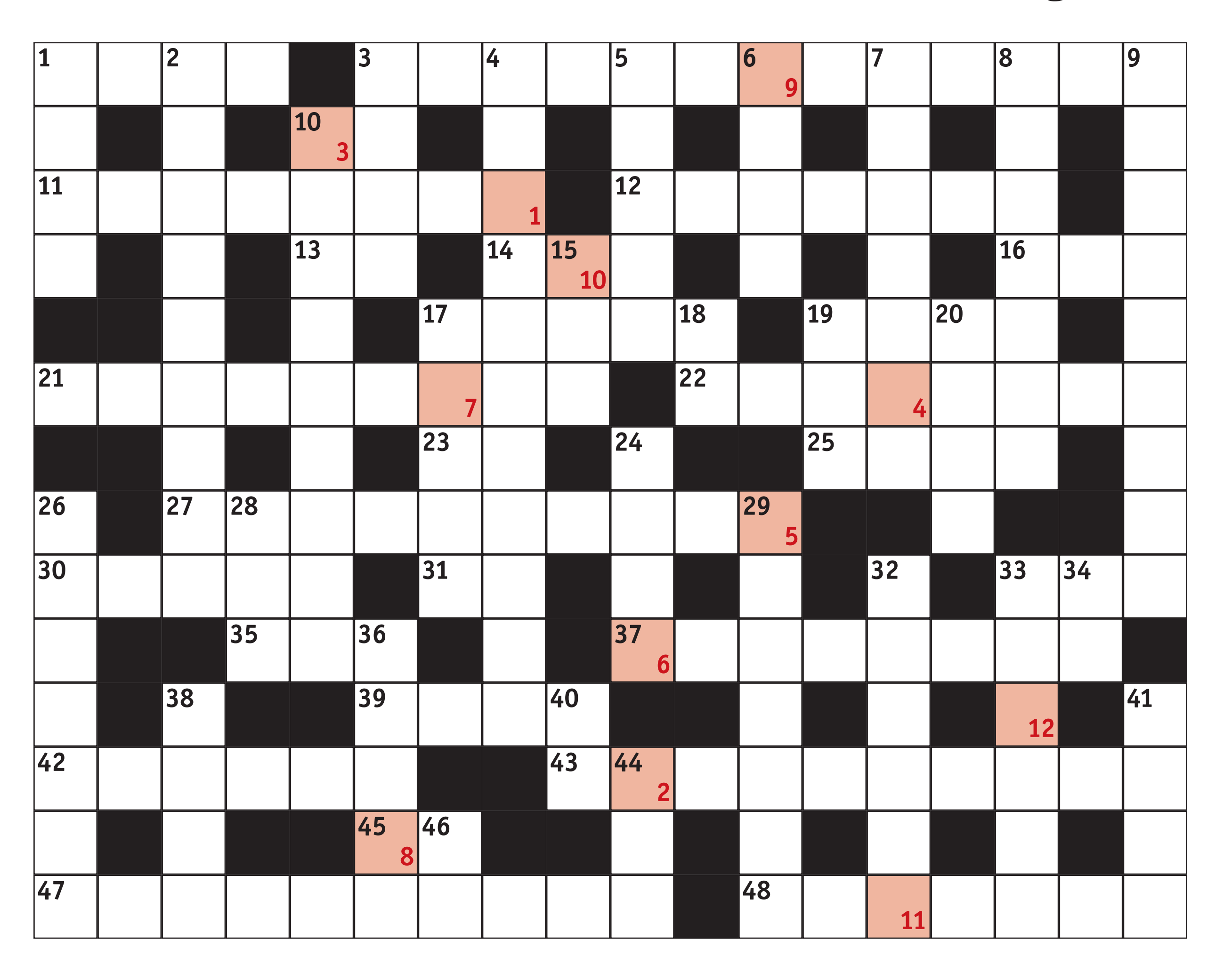
Des letzten Rätsels Lösung: Prekariat







Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 94



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

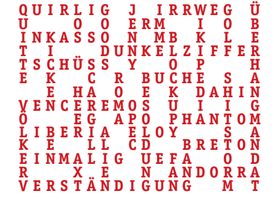
1. Richter in islamisch geprägten Ländern 3. Kinderbuchheldin: Ronia ˜ 10. im Rahmen dieser Parteigliederung hat die NSDAP von 1931 bis 1945 „Volksgenossen" im Ausland für ihre mörderische Ideologie organisiert 11. Profifußballmannschaft in Italien 12. Begriff für Nordafrika westlich von Ägypten 13. Kfz-Kennzeichen für Diepholz 14. US-amerik. Schriftsteller (1809-49), der die Genres der Kriminalliteratur, Science Fiction und Horrorgeschichte prägte 16. Mineral, aus dem Metall gewonnen wird 17. die Angelegenheit ist verfahren: die ˜ steckt im Dreck 19. der südliche und bei weitem größte Rheinarm im Flussdelta des Rheins in den Niederlanden 21. Nörgler, Quengler 22. Partisan, Freischärler 23. angesagt, in Mode <engl.> 25. franz. Adeliger (1740-1814), der dank einer Reihe erotischer, kirchenkritischer und philosophischer Romane bekannt wurde: Marquis de ˜ 27. geräucherte, lang haltbare Wurst 30. etwas zerschlagen, zertrümmern: es kurz und ˜ schlagen 31. Umschreibung für „ö", wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 33. griechische KP, die nicht dem Syriza-Bündnis angehört 35. von den ArbeitnehmerInnen eines DDR-Betriebs gewählte Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern zur Leitung der Gewerkschaftsorganisation <Abk.> 37. zu früh geborenes Kind 39. männlicher und (selten) weiblicher Vorname 42. Gewürz 43. Befruchtung einer Eizelle 45. chemische Formel für Kohlenmonoxyd 47. Fremdenfeindlichkeit <bildungssprachlich> 48. stimmungsvoll, gefühlsbetont

Senkrecht

1. Schiffsbett 2. was AktionärInnen nach einem guten Ausbeutungsjahr erwarten 3. deutscher Historiker, Sozialforscher und Arzt mit stark vom Operaismus beeinflusstem Ansatz, Vorname: Karl Heinz 4. manch eine „Kathedrale der Elektrizität" steht heute unter Denkmalschutz 5. eine Weizenart (Zweikorn) 6. westafrikanisches Land, ehemalige deutsche Kolonie 7. traditionelle Hochburg der AnarchistInnen in Norditalien, für ihre Marmorindustrie bekannt 8. Übersicht in Spalten oder Listen 9. Taschentuch <derb> 10. Anspielung, kurze Bemerkung 15. Schule: ein ˜ zum Entspannen zwischen den Wochenenden <Spontispruch> 17. beeindruckende Szenen eines Volksaufstandes spielten sich 2011 in dieser ägyptischen Großstadt ab 18. erste Hälfte des Palindroms für ein rechenartiges Ackergerät 19. Vorname des Regisseurs des erfolgreichen Kinofilms „Grand Budapest Hotel" (2014) 20. Menschen mit dieser Krankheit werden stark diskriminiert 24. Historiker und Publizist, langjähriger Wegbegleiter und Freund der FAU Berlin, der 2013 verstarb, Vorname: Andreas 26. ökosozialistische Partei, die nach der „realpolitischen Wende" der Grünen von einigen Mitgliedern des Fundi-Flügels gegründet wurde 28. Fachzeitschrift für Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen sowie Jugend- und Azubivertretungen, die seit 1980 monatlich erscheint <Abk. des Titels> 29. unterirdisch lebender, in der franz. Küche geschätzter Pilz 32. ganz gerade, ohne Umwege: ˜gerade 33. brit. Ökonom und Politiker (1883-1946), der im Gegensatz zur Laissez-faire-Marktwirtschaft dem Staat eine entscheidende wirtschaftspolitische Rolle zudachte 34. Kfz-Kennzeichen für Konstanz 36. Revolutionärin und Pazifistin, die mit Kurt Eisner durch Münchner Rüstungsfabriken zog und „von Frau zu Frau" über Frieden, Abrüstung und Demokratie diskutierte und Streiks und Demonstrationen organisierte (die letztendlich zur Revolution führten), Vorname: Sara Sonja 38. etwas verstaubt wirkender Männername 40. Kfz-Kennzeichen für den Elbe-Elster-Kreis 41. Ackerland, Saatfeld 44. Begriff innerhalb der EU für die Staaten Mittel- und Osteuropas <Abk.> 46. in manchen Ländern ein Symbol für Toilette

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main).
Gewinner#228: Bernd H. aus München

Auflösung # 93



DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt/Main

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 230: 12. Juni 2015